

Informationsdienst

Südliches Afrika

Z 21913 E

Nr. 4/5 Mai 1983
Preis DM 5.-
ISSN 0721-5088



ZIMBABWE 18 Jahre Unabhängigkeit

Editorial

INHALT

Schwerpunkt:

Zimbabwe

Solidarität mit Zimbabwe	3
Der Konflikt im Matabeleland	6
Dissidenten "in der Mangel"	8
Feindselige Nachbarschaft:	
Pretorias Politik	
gegenüber Zimbabwe	11
Nationale Wirtschaftspolitik	
und regionale Kooperations-	
Bemühungen	13
Resettlement und	
ländliche Entwicklung	16
Lohnarbeiter in Zimbabwe	19
Pamberi ne Utano –	
Vorwärts mit der Gesundheit	21
Ausbau oder Umbau?	25
Chikwizo	28
Bondamakara School	29
Aufholen oder Überholen?	
Frauen in Zimbabwe	31
Zimbabwe Netzwerk e.V.	34

Namibia

Brief aus Namibia	35
Zeitschriftenschau	36

Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (ISSA)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
Telefon: 0228/ 21 32 88
Postscheck Köln 281210-504
Spk Bonn 119 000 222

Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin e.V. (AAB)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
Telefon: 0228/ 21 13 55
Postscheck Köln 12979-501
BfG Bonn Nr. 101 9894500

Preise:

Einzelheft	DM 5,00
Jahresabonnement	
Inland/Ausland	DM 40,00
Luftpost	DM 55,00
Institutionen	DM 60,00
Förderer	DM 60,00

Redaktion:

Christa Brandt, Gottfried Wellmer, Lothar Berger, Alrun Hürter, Hein Möllers (verantw.), Christoph Reichert, Dietrich Weinbrenner, Ingeborg Wick, Gernot Herrmann

Redaktionsschluß der Ausgabe: 1.4.1983
Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Belegexemplar an die Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag: ISSA

Satz, Layout, Grafik:
DK Kierkowski, Bonn-Beuel

Druck:
Leppelt Druck + Repro, Bonn-Beuel

Zimbabwe drei Jahre nach der Unabhängigkeit – die Nachrichten der letzten Wochen gaben wenig Anlaß zur Freude. Um dies gleich klarzustellen: Die Ereignisse in Matabeleland sind nicht, wie Premierminister Mugabe behauptete, Erfindungen einer 'Verleumdungskampagne der westlichen Presse'. Unabhängig von der Richtigkeit der Zahlenangaben über Opfer in der Zivilbevölkerung steht in der Substanz außer Frage, daß in Matabeleland von Regierungstruppen Terror nicht nur gegen bewaffnete 'Dissidenten', sondern auch gegen die Bevölkerung ausgeübt wurde. Der zimbabweschen Regierung liegen dazu Dokumentationen verschiedener kirchlicher Stellen vor. Während die lokale Presse weitgehend schwieg, traute sich das katholische MOTO-Magazin -- glaubwürdig gerade wegen seiner Unterstützung der Befreiungsbewegungen vor der Unabhängigkeit und wegen seiner kritischen Unterstützung für die heutige Regierung -- an die Öffentlichkeit: "Aus Quellen, die zu unterschiedlich und zu zuverlässig sind, um in Zweifel gezogen zu werden, hat MOTO Berichte von Brutalität, Greueln und Töten, die unter keinen Umständen entschuldbar sind, vernommen." Wir dokumentieren den MOTO-Bericht. Weiter stellt Ruth Weiß Hintergründe und Entwicklung des innenpolitischen Konflikts dar.

Mit weniger als der vollen Wahrheit lassen sich Solidarität und Unterstützungsarbeit nicht begründen. Die Solidaritätsbewegung muß sich selbst klarmachen und nach aussen auch gegenüber zimbabweschen Partnern, zeigen, daß sie nicht bereit ist, zu übersehen, sich selbst und andere zu täuschen.

Das bedeutet nicht, daß nun die Zeit zum Rückzug gekommen wäre. 'Enttäuschung' und 'Abwendung' sind eher ein Problem der Psychologie westlicher Solidaritätsbewegungen, als daß sie angemessen den Inhalt von Entwicklungsprozessen in Ländern der Dritten Welt widerspiegeln. Es ist Zeit, sich Gedanken zu machen über die realen Bedingungen von Entwicklung, statt eigene Wünsche auf anderer Leute Kämpfe zu projizieren.

Dazu gehört eine differenzierte Analyse der Probleme, die – im aktuellen Fall – weder die staatliche Repression als einzig entscheidendes Merkmal benennen darf, noch, wie es in zimbabweschen Regierungsverlautbarungen häufig geschieht, ZAPU, Nkomo, 'Dissidenten' und südafrikanische Destabilisierungsbemühungen in einen fallen lassen und zu dem im Interesse der Gesamtentwicklung zu unterdrückenden Staatsfeind erklären kann. Drei Punkte nur seien hier hervorgehoben: 1. Militärisches Vorgehen gegen die bewaffneten 'Dissidenten' in Matabeleland ist unvermeidlich. Oder soll die Regierung in Harare zusehen, wie weite Teile dieser Region immer unsicherer werden, bis sie schließlich keinerlei Kontrolle mehr hat? Soll sie warten, bis einheimische 'Dissidenten' und südafrikanische Aktionen sich verbinden zu einer Kraft, die wie in Mosambik und Angola in immer größerem Ausmaß die Entwicklung des Landes sabotieren kann? 2. Es gibt keine militärische Lösung des Konflikts in Zimbabwe. Eine Lösung kann nur politisch durch Integration von ZAPU, die nun einmal die Bevölkerung Matabelelands repräsentiert, gefunden werden. Der Versuch, sich auf militärische Mittel zu beschränken, ist der sicherste Weg zu angolanischen und mosambikanischen Verhältnissen. 3. Die brutale Unterdrückung der Zivilbevölkerung Matabelelands durch Mugabes Fünfte Brigade ist durch nichts zu rechtfertigen und hat das Ausgangsproblem eher vergrößert als es in den Griff bekommen.

Steht der innenpolitische Konflikt aktuell im Vordergrund, so sind doch die Entwicklungsaufgaben Zimbabwes von Dauer und dieselben geblieben. Auf ihnen liegt der Schwerpunkt dieses Heftes. Auch in diesem Bereich gibt es viel Anlaß zum Überdenken und Lernen; die Unabhängigkeitseuphorie ist (hoffentlich) vorüber. Solidaritätsgruppen müssen, wie auch nach der Unabhängigkeit anderer Länder, ihre Erwartungen korrigieren; sie müssen sich auf die realen Bedingungen von Entwicklungsprozessen einlassen, ihre oft etwas gradlinigen Entwicklungsmodelle beiseitelegen, in Begriffen des 'Möglichen' denken lernen. Das heißt nicht, jede Entwicklung als die einzige 'realistische' zu deklarieren.

Chr. Reichert

Solidarität mit Zimbabwe

Martin Stäbler

In der Woche nach der Unabhängigkeitsfeier im April 1980 versuchte ich, in Harare telefonisch alte Freunde aufzuspüren. Sie alle waren – schon seit der Wahl Anfang März – in Führungsaufgaben der Regierung hineingestellt worden. Den Kontakt mit ihnen aufzunehmen, war mühevoll. In den Büros waren es die Sekretärinnen, in den Privathäusern Hausangestellte oder Angehörige der extended family, die mir den Weg zum Chef oder hochgestellten Verwandten nicht so leicht freimachten. Eine Person bedankte sich überschwenglich, daß ich trotz der Hindernisse die Suche nicht aufgegeben hatte, denn: "You know, I am loosing all my friends, and I don't have time to make new ones". Diplomatencocktails und Regierungssessen seien nicht das geeignete Pflaster, Freunde zu finden. Sehnsucht lag in dieser Äußerung nach den Erfahrungsmöglichkeiten in den Tagen der intensiven und persönlichen Begegnung und Aktion bei Rundreisen und Besuchen, auch bei den Gruppen hier in der Bundesrepublik.

Und noch eine andere Erfahrung: im September 1981, nachdem er schon (!!) fast zwei Wochen im Land gewesen war, sagte mir der Repräsentant einer Spendenorganisation aus Europa sinngemäß: 'So wie das hier läuft (er meinte speziell Programme für Flüchtlinge und ehemalige Guerillakämpfer), müssen wir uns erst überlegen, ob Zimbabwe noch auf unsere Prioritätenliste gehört'.

Die erste Erfahrung ist wohl aus einer sehr persönlichen Situation zu verstehen. Freunde verlieren, weil man bestimmte gesellschaftliche Verpflichtungen erfüllen muß, tut weh. Mancher Verlust wird unvermeidlich sein. Aber man wird sich fragen müssen, ob man so leicht abhängen darf, nur weil der 'Genosse von der ZANU' jetzt Führungsaufgaben hat, nicht mehr so leicht erreichbar ist und einige Lebensgewohnheiten ändert. Die zweite Erfahrung ist strukturell und politisch relevant. Hier gehen Freunde bewußt auf Distanz und lassen sogar die Finanzmuskeln spiegeln. Solidarität nur zu bestimmten ideologischen Bedingungen? Im Laufe unseres Gesprächs wurde einiges an Enttäuschung/Verwunderung deutlich über den Kurs der vom Volk gewählten Regierung Robert Mugabes, aber sie klang mir wie Bevormundung, als wollte man sagen: 'Selbstbestimmung ist gut, aber bitte nicht so'.

Darf unsere Solidarität einen so kurzen Atem haben? In welcher Weise können wir uns am gesellschaftlichen Transformationsprozeß in Zimbabwe beteiligen? Was verstehen wir hier unter Solidarität? Was wird eigentlich von Zimbabwe erwartet bzw. erhofft? Was bewirkt unsere Solidarität dort, was löst sie hier aus? Ist sie bedingungslos? Hat sie Grenzen (materiell ja ohnehin, aber auch ideologisch)?

Ich will und kann nicht all diese Fragen hier beantworten – Gegenstand der Diskussion innerhalb der Solidaritätsarbeit sollten sie allerdings werden. Ich will vielmehr auf dem Hintergrund meiner Beteiligung an der Unterstützung Zimbabwes vor der Unabhängigkeit und von Erfahrungen während eines 17monatigen Arbeitsaufenthaltes dort einige persönliche Eindrücke von den Bedingungen, Möglichkeiten und Zielrichtungen von Solidaritätsarbeit mitteilen und damit an der eben erwähnten dringend notwendigen Diskussion teilnehmen.

Während des Kampfes um die Befreiung von kolonialer Beherrschung und Unterdrückung war das Objekt der Solidaritätsarbeit klar: Das Volk von Zimbabwe zu unterstützen bei diesem Kampf. Als Vertreter dieses Volkes haben wir die Befreiungsbewegungen in Gestalt ihrer Repräsentanten kennengelernt, hatten sie zu Gast in unseren Wohngemeinschaften und bei unseren Veranstaltungen, transportieren sie über Land und halfen ihnen nach Kräften, für die Sache des Volkes von Zimbabwe einzutreten. Auf sie, die uns bekannten rundreisenden Genossen, auf die Tausende uns unbekannten Kämpfer im Busch und die Hunderttausende Flüchtlinge in Mosambik und Sambia richtete sich die Solidaritätsarbeit in erster Linie. Diese Frontstellung war eindeutig: Der Kolonialismus mußte weg, damit das Volk selbst bestimmen konnte.

Mit der Wahl im März 1980 ist dieses Ziel zunächst erreicht worden.

In einem allgemein Sinn besteht diese Eindeutigkeit der Zielrichtung fort: das Volk von Zimbabwe nunmehr bei der Ausgestaltung der erreichten Freiheit in allen Lebensbereichen zu unterstützen, um möglichst allen Menschen in Zimbabwe eine menschenwürdige Existenz zu sichern, frei von Angst und materieller Not. Die Rahmenrichtlinien hierzu kann jeder im Dreijahresplan nachlesen (vgl. Info 1/2 82). Trotzdem muß festgestellt werden: Smith und die interne Lösung zu bekämpfen, war für die Solidaritätsarbeit viel einfacher, als Prioritäten für Entwicklung zu erkennen, die die Regierung nun setzt. Die Kompromißlosigkeit, die im Kampf gegen den Kolonialismus ein eindeutiges Element war, läßt sich beim Regieren nur in wenigen Bereichen durchhalten. Die Aufgaben, vor denen die Regierung stand, waren schwer und vielfältig und mußten gleichzeitig schnell und überzeugend erfüllt werden.

Über eine Million Flüchtlinge integrieren, 50 000 Guerillakämpfer demobilisieren, die weißen Farmer beruhigen, überhaupt die Weißen im Land halten und neue aufnehmen, die Landbevölkerung rück-, an- und umzusiedeln, Landreformen ankurbeln, die alten weißen Beamten und die neuen Berater verkraften, die Genossenschaftsidee verankern..., man könnte diese Liste der Aufgaben im Inneren

beliebig verlängern. Dazu kommen Aufgaben nach außen, die nicht weniger brillant sind: Südafrika auf Distanz halten, den Westen wegen wirtschaftlicher Unterstützung und den Osten wegen politischer Ausgeglichenheit und Offenheit gewinnen, die Nachbarstaaten nicht enttäuschen und gleichzeitig deren Hoffnungen auf wirtschaftliche Impulse von Zimbabwe für ihre eigenen Länder nicht ins Kraut schießen zu lassen. Und überhaupt, muß Zimbabwe mit einer sehr hohen Erwartungshaltung der Außenwelt leben, gerade weil Mugabe einen solch glänzenden Start hatte.

Den hatte auch die Motivation für Solidaritätsarbeit. Nach jahrelangem Sich-solidarisieren mit Freiheitskämpfern, von breiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit als Terroristen diskriminiert, war man nun an einem neuen Staat beteiligt, man hatte mitgewonnen. Steckten in dem 'Mitsieg' viel Einsatz und Freizeit, Geld, harte Arbeit, Erdulden von Anfeindungen, Zweifeln und Hoffen, Engagement' mit Leib und Seele.

In den drei Jahren seit dem Sieg ist manches anders geworden. Die rundreisenden ZANU-Genossen sind inzwischen Minister in der Regierung, die auch Fehler machen. Früher genügte für ihren Empfang ein verrauchter Versammlungssaal. Heute erfährt man meist durch Zufall, daß sie im Land sind, und hat dann noch Glück, wenn Herren vom Bonner Protokoll Platz lassen für Solidaritätskontakte.



National Dance Company of Zimbabwe

Auch in der praktischen Solidaritätsarbeit sind neue Aspekte zu bedenken: Eine Befreiungsbewegung war schon für 1000 Paar Schuhe und eine Schachtel voller Armbanduhren dankbar und in der Lage, beides unbürokratisch zu vereinnahmen. Eine Regierung aber hat mit zahlreichen offiziellen und umfangreichen Abkommen alle Hände und Köpfe voll zu tun – muß mit ihren Kräften haushalten. Und wenn ein langjähriger Mitarbeiter in der Solidaritätsbewegung arbeiten will, so steht er vor einem schier unüberwindlichen Berg von Schwierigkeiten – trotz der sehr ermutigenden Einladung von seiten der Regierung dort.

Manche Schwierigkeit ist aber in der Solidaritätsbewegung selbst angelegt. Daß es die Regierung in Harare nicht so macht, wie sie es – in ihrem ZANU (PF) Teil – vor der Unabhängigkeit angekündigt hatte, geschweige denn wie es so manche Vorstellung von der reinen Lehre in unseren Reihen erforderlich machen würde, belastet viele. Dies kostet hier Nerven und

Kräfte und Zimbabwe hilft es nicht. Der Erfolgszwang "Zimbabwe muß gelingen" bedeutet eine zusätzlich Komplikation. Er lastet nicht nur auf der Regierung Zimbabwes, die Solidaritätsbewegung ist – aus durchaus verständlichen Gründen – einem eigenen ausgesetzt: In erster Linie natürlich deshalb, weil "Erfolg" bedeutet, daß es dann den Menschen besser geht, deren Not von Anfang an die Herausforderung war, auf die die Solidaritätsbewegung geantwortet hat. Aber es kommt ein psychologisches Moment dazu: Man will gut dastehen, will sein großes Engagement auf der richtigen Seite eingebracht haben, will den einstigen Einsatz hier in der Bundesrepublik jetzt gerechtfertig sehen, weil sich Zimbabwe nun eben doch positiv entwickelt und entfaltet, wie man es von Anfang an hätte wissen können und müssen.

Zimbabwe muß heute unsere Prognosen von einst einlösen. Vielleicht sollte man noch zugespitzter sagen: Muß Zimbabwe verwirklichen, was wir hier gerne täten,

Foto: Ministry of Information, Harare

aber nicht schaffen? Können wir noch unterscheiden zwischen den Zielen, die wir für hier haben und denen, die wir in Zimbabwe verfolgen? Ist unser Zimbabwe-Engagement gelegentlich überhaupt nicht ein Ersatz für eine sinnvolle politische Betätigung hier, zu der wir aber aus irgendwelchen Gründen immer noch nicht fähig sind?

Diese Fragen, und sicherlich viele andere, sollten in der Solidaritätsarbeit bedacht werden, auch im intensiven Dialog mit Partnern in Zimbabwe. Die Regierung dort weiß, daß, nachdem die klaren Ziele von früher, nämlich den Kolonialstaat abzulösen und 'majority rule' zu installieren, erreicht sind, dargestellt werden muß, an welchen nationalen Zielen die Solidaritätsarbeit sich jetzt orientieren kann. Wir sollten aber auch die Regierung in Zimbabwe, und alle Gruppen/Organisationen, mit denen schon Arbeitskontakte bestehen, dringend bitten, ihrerseits über die praktische Ausgestaltung effektiver Solidaritätsarbeit nachzudenken. Im

Zimbabwe-Netzwerk haben sich die Solidaritätsgruppen ein Instrument geschaffen, das hier die Initiative ergreifen und die Koordination übernehmen könnte.

Voraussetzung für eine positive weitere Entwicklung sind aber vor allem drei Dinge: die Erhaltung, Pflege und Vertiefung von bestehenden persönlichen Kontakten, das Sammeln, Verarbeiten und Weitergeben von sachlichen Informationen über die Entwicklung in Zimbabwe und schließlich das Leisten von persönlicher Hilfe.

1. Persönliche Kontakte

Wer solche hat, sollte sie pflegen und zu vertiefen versuchen. Es ist wichtig, daß möglichst viele Menschen in Zimbabwe persönlich erfahren, daß die Freunde zu ihnen stehen, auch wenn's holprig wird. Das Ende des Krieges und die Befreiung des Landes, die Heimreise, der Neuanfang dort mit der Wiederbegegnung in den Familien und im Arbeitsleben ist für die meisten ein sehr radikaler Einschnitt in ihrem Leben gewesen. Der Blick nach vorn war so intensiv — gelegentlich wohl auch etwas unrealistisch —, daß das Leben in Europa und die Freunde dort zwar nicht in Vergessenheit gerieten, aber für den Kontakt mit ihnen nicht genügend Zeit und Energie übrig war. Aber auch wir sollten realistisch sein: die alten Freundschaften aus der Kampfzeit und Exilsituation lassen sich nicht einfach in die neue Aera hinüberretten, sie brauchen einen Neuanfang mit neuen Perspektiven und Inhalten.

2. Sachliche Information:

Solidaritätsarbeit muß als eine wichtige Aufgabe die Sammlung, Aufarbeitung und Weitergabe von Informationen über Zimbabwe wahrnehmen. Solidaritätsarbeit selbst bedeutet vor allem Informieren und Mitlernen, Wahrnehmen, wie sich Zimbabwe als Nation entfaltet, was einzelne und Gruppen dort erleben, was Anlaß zu Hoffnung oder Sorge gibt, welche inneren und äußeren Kräfte die Entwicklung beeinflussen. In diesem Zusammenhang sehe ich das Wissen von Fakten in erster Linie als ein Element des persönlichen Engagements an einem Prozeß, und erst in zweiter Linie als Voraussetzung für dessen kritische Beurteilung, die ja manchmal leider in Belehrung und Notengebung (von außen!) abgleitet.

Weil die Solidaritätsarbeit das Geschehen in Zimbabwe im Rahmen des Möglichen gleichsam von innen her und engagiert beobachtet, entsteht bei ihr eine andere Qualität von Information, deren Verarbeitung eine wichtige Ergänzung und Korrektur zur Arbeit der Massenmedien ist. Gerade der dauernde Kontakt zu Gruppen und Personen in Zimbabwe verpflichtet die Öffentlichkeit hier aus diesem Engagement heraus zu informie-

ren. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei sein, daß weniger deutsche Berichterstatter zu Wort kommen, als viel mehr Zimbabwe ihre Situation selbst darstellen und kommentieren. In der Zeit des Befreiungskampfes hatte dieser Ansatz Tradition — er sollte jetzt fortgeführt werden.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate machen die Notwendigkeit besonders deutlich, auf die Informationsarbeit einen Schwerpunkt zu setzen. So wohl für den Dialog mit Zimbabwe, als auch für jegliche angemessene und verantwortliche Öffentlichkeitsarbeit hier ist es unabdingbar, auf aktuelle und zuverlässige Informationen zurückgreifen zu können. Gerade auch diesbezüglich sind die 'persönlichen Kontakte' von besonderem Wert.

3. Praktische Hilfe:

Es ist zunächst wichtig festzuhalten, daß die praktische Hilfe der Solidaritätsbewegung den Befreiungsbewegungen sehr geholfen hat in ihrem Kampf. Praktische Hilfe ist auch jetzt unerlässlicher Bestandteil von Solidaritätsarbeit als materielle Hilfe für konkrete Projekte aufgrund von konkret geäußertem Bedarf.

Die gelegentlich aufkommende Resignation, die vermutet, daß der riesige Bedarf an Hilfe nur noch von großen Organisationen bzw. Regierungen zu leisten sei, ist unbegründet. Zimbabwe wird eher in den Dörfern, Kooperativen und kleinen Selbsthilfegruppen entwickelt, als in großen Konferenzen und Regierungsbüros, wo Großprojekte beraten und Rahmenrichtlinien für die Entwicklung beschlossen werden. Zwar ist für die Solidaritätsarbeit auch der Kontakt mit offiziellen Stellen wichtig, im übrigen wird aber jede Hilfe um so effektiver sein, je direkter und unbürokratischer sie zu denen kommt, die sie angefordert haben. Und das schließt auch Personalhilfe ein. (Anfragen an Zimbabwe Netzwerk).

Zusammenfassend gilt es m.E. nochmals zwei Punkte klar herauszustellen:

Erstens: Solidaritätsarbeit in und mit Zimbabwe ist keine Möglichkeit für Mitbestimmung im fremden Land, wohl aber eine Chance für uns, am Bemühen eines ganzen Volkes um Menschenwürde und Entwicklung beteiligt zu sein. Dies schließt die Hoffnung ein, auch für solche Bemühungen bei uns, die ähnliche Ziele haben, zu lernen.

Zweitens: Trotzdem ist eine solche Beteiligung nicht ohne bestimmte Bedingungen denkbar. Welche diese sein könnten, was wünschbar und möglich ist, in der Kooperation mit einem unabhängigen Land, und gerade im Südlichen Afrika, darüber sollte ein intensiver Dialog einsetzen, unter uns hier und mit den Partnern in Zimbabwe.

Ruth Weiss



Ein Lied ohne Musik

Politische Autobiographie

Laetare Frauenprogramm

Ruth Weiss

Ein Lied ohne Musik

Politische Autobiographie

ca. 340 Seiten, Tabu, ca. DM 16,80

ISBN: 3-7664-0105-X

Laetare-Verlag

Vierzig Jahre lang hat die Journalistin Ruth Weiss im Südlichen Afrika gelebt, hat die Entwicklung der Republik Südafrika zum Apartheidstaat der Burenregierung von Anfang an miterlebt, kennt wie keine zweite auch das Leben und die politischen Geschehnisse in den Frontstaaten, in Sambia und Zimbabwe. Sie berichtet vom alltäglichen Leben der Menschen genauso wie von Treffen mit bekannten Persönlichkeiten.

Aber die biographischen Erinnerungen von Ruth Weiss beziehen ihre Spannung, gerade auch für ein deutsches Publikum, vor allem aus zwei anderen Tatsachen: Ruth Weiss ist eine deutsche Jüdin, die während der Herrschaft der Nationalsozialisten Deutschland verlassen mußte und deshalb nach Südafrika ging, wo sie miterleben mußte, wie sich der gleiche Rassismus, der sich in Deutschland gegen sie, hier gegen die Schwarzen richtete. Außerdem ist Ruth Weiss eine Frau, die sich in der Männergesellschaft durchgesetzt hat, sich einen Platz erkämpft hat, ohne selbst die Mechanismen dieser Männergesellschaft anzuwenden. Man merkt bei der Lektüre: diese Frau, ihr Leben ist ein Sonderfall, eine Besonderheit, die so oft nicht anzutreffen ist.

Der Konflikt im Matabeleland

Ruth Weiß

In letzter Zeit macht Zimbabwe Schlagzeilen wie: 'Massaker in Matabeleland', 'Mugabe muß abwerten', 'Folterung von weißen Offizieren in Zimbabwe'. "Aha", ist die Reaktion, "wir haben es ja immer gesagt. Er sagt es schließlich selbst. Mugabe ist Marxist. Alle Hoffnungen auf eine westfreundliche Entwicklung sollte man nun vergessen." Wie immer, so sind auch hier derartig schnelle 'analytische' Bemerkungen fehl am Platze. Noch vor drei Jahren sprach man von der ZANU-Partei als marxistischen Teufeln, von kommendem Bürgerkrieg zwischen den 'kriegerischen' Matabele und den 'feigen' Schona. Wenige Wochen später, nach dem überwältigenden, unerwarteten Wahlsieg der ZANU, mit näherem Kennenlernen des klugen Führers Robert Mugabe geriet man in bewunderndes Staunen über den intelligenten 'Pragmatiker', den antisowjetisch eingestellten Premierminister Mugabe. Aus dem Terroristen war plötzlich ein 'Staatsmann' geworden.

Nun ist eben die Witterung umgeschlagen. Was ist Wahrheit, was ist Dichtung? Ehe man das beantwortet, sollte man – wieder einmal – an die Geschichte des Landes erinnern. Das Gebiet, das heute Zimbabwe heißt, wurde seit etwa dem 2. Jahrhundert von Schona-sprechenden Familien, Gruppen, später Dynastien bewohnt; im 15. Jahrhundert zerstörten die Portugiesen ein blühendes Reich (des Monomotapas), das sich jedoch erst im Laufe des letzten Jahrhunderts regional unterteilte. Anfang des 19. Jahrhunderts erschienen in Matabele (Ndebele), eine Gruppe, die sich vor allem aus Ngonis, aber auch aus anderen, durch die Zulukriege der damaligen Epoche versprengten unterschiedlichen Stammesmitgliedern zusammensetzte. Msilikazi, ihr König, besiegte einige Schonahäuptlinge, siedelte sich in der Gegend um Bulawayo – Plumtree an und wurde von den übrigen Schona geduldet – schließlich gab es genug Land. Es ist unergiebig, sich mit 'wenn' und 'aber' der Geschichte zu befassen: 'Wenn die Weißen nicht gekommen wären, so wäre das gesamte Gebiet unter die Herrschaft der Ndebele geraten', ist ein Argument, das wenig bringt. Tatsache ist, daß 1890 durch das Erscheinen der Siedler und Polizisten der British South Africa Company das Gebiet in Matabeleland und Mashonaland aufgeteilt wurde. Die Saat, die durch die ersten Matabeleangriffe auf Shona gesät worden war, wurde niemals richtig 'geerntet' – nur, wenn man so will, durch gegenseitiges Unverständnis und, nach 1963, durch Mißtrauen.

ZAPU und ZANU als 'Stammesparteien' zu beschreiben war in den 60er Jahren so trügerisch wie in den 80ern. ZAPU entwickelte sich aus den nationalen Massenparteien der 50er Jahre; ZANU spaltete sich – d.h. die Führerschaft – aus ideologischen und praktischen Gründen im Jahre 1963 von der ZAPU unter Joshua Nkomo ab. Da die Shona in Zimbabwe die Mehrheit (etwa 85% der afrikanischen

Bevölkerung) bilden, waren die Mehrzahl der ZANU Shona; aber ZAPU hatte und hat weiter Shona-Mitglieder, und auch in der ZANU gibt es Ndebele an leitender Stelle.

Selbstverständlich gibt es Stammes- und regionale Differenzen, selbst innerhalb der ZANU – wie in jedem Land, in jeder Partei. In den 70er Jahren ging es um die unterschiedliche Strategie der Kriegsführung. ZAPU und ZANU schlossen sich, wie bekannt, in der Patriotenfront zusammen, um mit der Kolonialmacht Großbritannien erfolgreich zu verhandeln. Danach trennte sich ZANU wieder von Nkomo, weil man ein für allemal einen Führer wählen lassen wollte. Wäre die Patriotenfront als Koalition vor die Wähler getreten, so wäre eventuell Nkomo als Altführer nach afrikanischer Sitte Premierminister geworden, was für die Mehrheit in ZANU keineswegs akzeptabel gewesen wäre.

Es kam also, wie es kommen mußte: Mugabe wurde Premierminister; Nkomo lehnte zuerst den ihm angebotenen Posten des Staatsoberhauptes ab, dann erwies sich sein 'Ja' als verspätet, und er trat dem Kabinett lediglich als Polizeiminister bei, verlor an Macht und wurde Minister ohne Portfolio.

Dann kam 1981 die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen ehemaligen ZIPRA-Kämpfern (Mitgliedern des ZAPU-Militärflügels) und der Regierung; die ZIPRA-Kämpfer wurden von der nationalen Armee besiegt. Im Jahr 1982 folgten die Ausgrabungen großer Waffenlager auf Farmen, die entweder Nkomo persönlich oder der ZAPU gehörten.

Handelte es sich bei diesen Lagern, wie die Regierung behauptet, um Vorbereitungen für einen Putsch gegen Mugabe? Das Gerichtsverfahren gegen sieben ehemalige ZAPU- und/oder ZIPRA-Führer läuft noch; aber die Anklage wegen Hochverrats wurde gegen sechs der Beschuldigten am 22. März vom Gericht nicht länger aufrechterhalten. Lediglich Dumiso

Dabengwa, der für den ZIPRA-Geheimdienst verantwortlich war, hat sich weiter gegen diese Anklage zu verteidigen wegen eines Briefes, den er an den KGB schreiben ließ. Alle sieben müssen sich weiter gegen die Anklage unerlaubten Waffenbesitzes verteidigen. Bis jetzt ist keinswegs klar, inwieweit es sich um Einzelaktionen oder um solche der Partei handelt. Außerdem kann man über Gerichtsverfahren keine Klarheit haben, solange diese noch laufen.

Sicher ist, daß nach der Unabhängigkeit im April 1980 keiner keinem traut. Während der Wahlkampagne hatte sowohl ZANU als auch ZAPU Freiheitskämpfer außerhalb der von den Briten festgelegten Sammellager; schließlich konnten die Kämpfer in den Lagern in Fallen geraten sein – man konnte den Smith-Truppen kaum trauen. Auch ZAPU und ZANU betrachteten einander zum Teil mit Feindseligkeit. Also vergrub man Waffen. Dazu kam, daß seit langem bekannt war, daß Nkomo trotz Sowjethilfe auch von Multis Geldspenden erhalten hatte und diese für Geschäftszwecke benutzte.

Die Briten bildeten aus den drei Armeen – ZIPRA, ZANLA (dem Militärflügel der ZANU) und der Smith-Armee – eine nationale Armee; sie mußten dabei tausende junger Männer und Frauen 'demonobilisieren'. Entlassene Freiheitskämpfer hielten zwei Jahre lang eine kleine Rente, aber für viele war es schwer, zu beweisen, daß sie darauf Anspruch hatten. Wie hätte es unter damaligen Umständen anders sein können? Schließlich handelte es sich um viele tausend junge Menschen, die kaum regelrechte Ausweise besaßen. Dies alleine trug zum Teil zu Unzufriedenheit bei. Dazu kam, daß Genossen aus dem Krieg sich zurückgestellt fühlten gegenüber denjenigen, die nicht gekämpft, sondern studiert hatten und nun die richtigen Zeugnisse besaßen, um zu guten Posten zu kommen – das gilt für Shona wie für Ndebele.

Es ist auch bewiesen, daß Weiße versuchten, mit der im Wahlkampf besiegten ZAPU Kontakt aufzunehmen – wegen eines Putsches oder einfach wegen politischer Aktivitäten ist noch nicht klar; sicher handelte es sich in beiden Gruppen, bei den Weißen wie bei ZAPU-Mitgliedern, um Einzelpersonen. Jedoch rief eine derartige Opposition in Regierungskreisen Bitterkeit hervor: Schließlich war man sich bewußt, daß die Weißen weiterhin die Wirtschaftsmacht besaßen, hatte man ihnen die Hand zur Versöhnung gereicht. Man fand dieses Angebot zum Teil zurückgewiesen oder nicht anerkannt. Mugabes Politik von Versöhnung (zwischen weiß und schwarz, schwarz und schwarz), Aufbau und Entwicklung schien nach zwei Jahren in bezug auf die Versöhnung etwas zu stolpern.



Nkomo, nach der Waffenperiode aus der Regierung ausgeschlossen, blieb weiter im Parlament, andere ZAPU-Führer wurden in die Regierung geholt. Doch ein neues Problem, die sogenannten 'Dissidenten', verschlechterten im Laufe des Jahres 1982 die innere Sicherheit. 'Dissidenten' – das sind unterschiedliche Gruppen, keineswegs eine einheitliche, geschlossene Opposition. Seit dem Krieg gibt es schließlich Waffen im Überfluß, nicht alle wurden – siehe jene Waffenfunde – während einer gesetzlichen Amnestieperiode abgeliefert.

Kriminelle können sich also leicht an Waffen heranmachen und tun es auch; dazu kommen eben jene unzufriedenen ehemaligen Freiheitskämpfer, die sich persönlich schlecht behandelt sehen: Wofür haben sie denn gekämpft, fragen sie sich; für den Erfolg anderer haben sie den Kopf hingehalten? Eine weitere Gruppe besteht zweifelsohne aus entlaufenen ZIPRA-Mitgliedern, die sich in der Nationalen Armee nicht wohlfühlten. Als letztes muß man mit einer extrem-linken Gruppe rechnen, für die es lediglich eine nationale Befreiung und keine zu Ende geführte Revolution gibt; diese prangern sowohl Mugabe als auch Nkomo als bürgerliche Elemente an und wollen auf ihre Weise weiter kämpfen.

ZAPU hatte stets eine andere Strategie des Krieges als ZANU gehabt, hatte die Zivilbevölkerung durch Attentate gegen die damalige Kolonialregierung aufge-

bracht; sie konnte sich aus unterschiedlichen Gründen nicht wie ZANLA in den Dörfern aufhalten: ihr Terrain war eben anders. Nun scheint es, als würde diese Strategie von 'Dissidenten' weitergeführt: Unterdrückung der Zivilbevölkerung, wodurch die Regierung einen Teil des Landes nicht unter Kontrolle hat, anscheinend machtlos ist; die Entführung ausländischer Touristen stört die Tourismusindustrie, Viehdiebstal stört die Landwirtschaft. Dazu kommt, daß die Regierung anscheinend keinen Erfolg hatte, 'Dissidenten' jeglicher Art aus dem Matabele- und umliegenden Gebiet ausfindig zu machen. Das läßt auf Unterstützung seitens der Dorfbewohner, sei diese freiwillig oder nicht, schließen.

Der nächste Schritt war leider vorprogrammiert: Ausgangssperre in bestimmten Gebieten und dann, gegen Ende Januar, die Entsendung einer Sonderbrigade, der bekannten, von Nordkoreanern ausgebildeten 5. Brigade, nach Matabeleland, wo scharf gegen die 'Dissidenten' vorgegangen wurde und anscheinend – wie während des Krieges – die Dorfbewohner die Menschen in der Mitte waren: von 'Dissidenten' gezwungen, ihnen zu helfen, von den Sicherheitstruppen gezwungen zu sagen, ob sie geholfen hätten und wo die Männer sich versteckt hielten.

Kaum war etwa Mitte März die Aktion beendet und laut Regierungssprechern und Kollegen der lokalen Medien, die in Matabeleland waren, das Gebiet von 'Dissidenten' 'gesäubert', wurde weder ein

Weißen entführt. Ein von den Entführern hinterlassener Brief behauptete, die im vergangenen Jahr gekidnappten Touristen lebten noch, würden aber wie auch die neue Geisel getötet, wenn die Regierung den gestellten Forderungen (– wie der nach Freilassung der vor Gericht stehenden ZIPRA-Führer) nicht nachkomme. Wenige Tage später wurde eine weiße Familie, darunter zwei Enkelkinder der Erwachsenen ermordet, nachdem zuvor die 'Dissidenten' die Farmangestellten gefragt hatten, ob es 'gute' Herren gewesen seien. Die Sicherheitstruppen suchen weiter und sperren Gebiete in Bulawayo ab, um Durchsuchungen von Haus zu Haus durchzuführen. In Harare spricht man vom Dissidentenproblem, in Matabeleland fürchtet man sich vor allen Gewalttätigkeiten.

Inzwischen ist Nkomo aus Zimbabwe geflohen; sein Stellvertreter, Josiah Chinaman, spricht von Einigkeit der beiden Parteien – aber nicht vom Einparteienstaat. War Nkomos Leben in Gefahr? Oder wollte er 'nur' einem polizeilichen Zugriff entkommen? Es ist unmöglich, als Außenstehender diese Frage zu beantworten. Doch politisch gesehen hat Nkomo als Führer anscheinend ausgespielt. Das bedeutet nicht, daß ZAPU gestorben ist, daß es nicht zu Gesprächen zwischen ZANU und ZAPU kommen sollte. Schließlich ist ZAPU nicht der 'Kopf' der 'Dissidenten', wenn auch die Partei wie auch die Ndebele-Bevölkerung vielen dieser Menschen näher als ZANU steht. Die ZAPU-Minister, die im letzten Jahr ernannt wurden, sind weiter in der Regierung.

Man befürchtet, daß wie damals die ehemaligen Truppen von Bischof Muzorewa nun ehemalige ZIPRA-Mitglieder – eben einige der Dissidenten, die ja anscheinend keine feste Einheit bilden – durch Südafrika Unterstützung finden. Das ist keineswegs reine Regierungspropaganda. Man weiß schließlich, was in Mosambik, in Angola geschah und geschieht.

Dies ist das Dilemma der Mugabe-Regierung: hart vorzugehen, gleichzeitig aber Menschen wie die weißen Farmer (in Matabeleland gibt es vor allem riesige Viehranches) und die Dorfbewohner selbst (viele sind in die Städte geflüchtet, wie damals im Befreiungskrieg) zu schützen. Dazu kommt der schreckliche Sommer, die Trockenheit: keineswegs die erste, aber die schlimmste Dürre seit vielen Jahrzehnten.

Das 'Dissidentenproblem', so sagte selbst Nkomo, ist kein Bürgerkrieg. Es ist zu hoffen, daß gegen den Hunger, der bevorsteht und zum Teil schon besteht, durch die Regierungsmaßnahmen geholfen werden kann – das ist die beste Methode, 'Herz und Seele' der Dorfbewohner zu gewinnen.

Dissidenten "in der Mangel"

Der Verteidigungsminister Genosse Sydney Sekeramayi wies im letzten Monat entschieden ständig in Zimbabwe auftauchende, und von detaillierten Anschuldigungen in der ausländischen Presse begleitete Berichte zurück, nach denen während der Kampagne zur Bekämpfung der Dissidenten in Matabeleland eine große Anzahl von Zivilisten getötet oder brutal behandelt worden sein soll.

In Erwiderung einer Anfrage eines ZAPU-Abgeordneten teilte er dem Parlament mit, daß die Nationalarmee keine Bauern und Arbeiter vergewaltige, ermorde, terrorisiere oder verschleppe. Er fügte hinzu: "Bei den gegenwärtig laufenden Operationen ist eine gewisse Anzahl von Dissidenten und deren Kollaborateuren ums Leben gekommen". Genaue Zahlen wurden nicht von ihm angegeben.

Der Minister umging die Frage des RF-Abgeordneten Don Goddard nach dem Wahrheitsgehalt eines Artikels in Newsweek, demzufolge in den vorausgegangenen drei Wochen etwa 500 Zivilisten getötet worden seien, indem er sagte: "Wenn es Leute gibt, die die Spekulationen dieser Zeitschrift unterhaltsam finden, dann ist das deren eigene Sache".

Auf die Frage des ZAPU-Abgeordneten Edward Ndlovu, ob er wisse, daß "die Mehrheit" der in jüngster Zeit Getöteten Zivilisten seien, antwortete Dr. Sekeramayi, es sei bedauerlich, daß "es in einer Konfliktsituation ... wahrscheinlich auch einige unschuldige Opfer gebe". Berichte in der britischen und der europäischen Presse enthielten Details über angebliche Grausamkeiten; in ihnen war auch von "einigen tausend" Flüchtlingen zu lesen, die nach Schießereien und Prügeleien in ihren Dörfern nach Bulawayo geflohen seien.

Gewicht verliehen wurde derartigen, nach der plötzlichen Verlegung der Fünften Brigade nach Matabeleland im Januar zunehmenden Berichten zuerst von ZAPU-Führer Joshua Nkomo. Die Minister übergingen die Anschuldigungen. Die Anschuldigungen verloren an Glaubwürdigkeit, als die Behauptung Nkomos, einer der Getöteten sei der ehemalige Präsident Zimbabwe-Rhodesiens, Josiah Gumede, von Gumede persönlich als falsch bewiesen wurde.

MOTO hat jedoch selbst aus sicheren Quellen direkte Berichte darüber erhalten, daß es beträchtliche Beweise zur Stützung vieler der Anschuldigungen gibt – siehe die Briefe in diesem Bericht.

Ohne Zweifel hat sich die Haltung der Regierung gegen Menschen, die verdächtigt werden, Dissidenten zu verbergen, in den letzten Wochen verschärft.

Dr. Sekeramayi teilte Anfang dieses Monats Bergbaubesitzern und Managern in Matabeleland mit, daß sie nicht überrascht sein sollten, "festzustellen, daß einige ihrer Angestellten in die Mangel genommen" worden seien, während der ehemalige Minister Edgar Tekere im Parlament sagte, es gelte eine "Situation wie in Biafra" zu verhindern.

Eine ähnlich harte Position wurde von Sicherheitsminister Munangagwa vertreten, und Minister Nkala warnte in mehreren Reden in der Provinz Matabeleland unmöglich verständlich, daß Unterstützer der Rebellen mit dem Tod rechnen müßten. Ein weiterer Hinweis auf die sich verhärtende Haltung der Regierung ist die von internationalen Hilfsorganisationen berichtete Einstellung der Nahrungsmittelehilfe in die Gebiete unter Ausnahmezustand – die Midlands, Nord-Matabeleland und Süd-Matabeleland. Die Auswirkungen dieser Maßnahme zu einer Zeit, in der die Bevölkerung dieser Gebiete vollständig auf die Nahrungsmittelehr-

sorgung von außen angewiesen ist, sind naheliegend.

Die Verhängung einer 14jährigen Gefängnisstrafe durch den Obersten Gerichtshof über einen Mann, der es unterlassen hatte, die Anwesenheit von Dissidenten anzugeben, weist auch darauf hin, daß auch die Justiz eine harte Linie verfolgt.

Auf einer Kundgebung im selben Monat sagte Premierminister Mugabe: "Die ZANU (PF) hat das Land mit dem Gewehrlauf gewonnen, und sie wird mit dem Gewehr die Dissidenten zerschlagen und die Unabhängigkeit des Landes schützen". Er beschuldigte die bewaffneten Banden, einen "Stammeskrieg" zu führen, um Nkomo an die Macht zu bringen, und kündigte an, daß die Fünfte Brigade Matabeleland erst verlassen werde, wenn der letzte Dissident besiegt sei.

"Die Regierung wird gegen die Dissidenten vorgehen, bis ihnen klar wird, daß Zimbabwe eins ist und niemals nach Stammesinteressen regiert werden wird", fügte er hinzu.

Energische Schritte der Regierung mögen den Anschein haben, eine schnelle Lösung für die schwierige Lage Zimbabwes zu bie-

ten. Aber ist die Lösung so einfach und das Problem so eindeutig? Wir haben es mit offen gegen die Regierung gerichteten Aktionen zu tun, die jeweils "Dissidenten" oder "Banditen" zugeschrieben werden. Der Regierung bieten sich zur Bewältigung dieser Problematik verschiedene Optionen an, die in ihrem analytischen Grund entweder politisch oder aber militärisch sind. Aber bevor sie sich für irgendeine der offenstehenden Optionen entscheidet, muß das Wesen des Problems selbst klar bestimmt werden.

Unterschiede

Die Begriffe "Dissident" und "Bandit" sind in den Medien und von einigen unserer Politiker als miteinander austauschbar verwendet worden. Nach dem korrekten Sprachgebrauch impliziert jede Aktivität von Dissidenten ein politisches Motiv, Banditentum hingegen ist Räuberei mit rein krimineller Intention.

Es ist notwendig, diesen Unterschied zu verdeutlichen, da aus beiden Handlungsweisen eine grundlegend unterschiedliche Problemstellung für den Staat folgt, die jeweils andere Reaktionen erfordert.

Sowohl die Rechten wie die Linken haben ideologische Gründe für einen Dissens mit der Regierung. Auf der Rechten gibt es sowohl inner- wie außerhalb des Landes Leute, die die Errungenschaften der Unabhängigkeit rückgängig machen würden und die in der Regierung von Premierminister Mugabe eine Bedrohung sehen. Auch bei der Linken gibt es Leute, die über die Richtung der derzeitigen Regierung nicht glücklich sind, da sie den Eindruck haben, in ihr käme die Ausrichtung auf eine sozialistische Umgestaltung nicht deutlich genug zum Ausdruck – das sind Leute, die wegen des Tempos und der Qualität des Wandels frustriert sind.

Ferner gibt es noch eine dritte Gruppe, die aus rein sektiererischen, tribalistischen und regionalen Gründen nicht mit der Regierung glücklich ist, und die diese Interessen über das nationale Interesse stellt. Derartige enttäuschte Leute hätte es immer in Zimbabwe gegeben, gleich welche Partei erfolgreich aus den Wahlen hervorgegangen wäre.

Darüberhinaus gibt es für die Aktivitäten der Dissidenten auch ökonomische Gründe, die mit den politischen unabdingbar verknüpft sind: das Fehlen sinnvoller Arbeitsmöglichkeiten und die unveränderten Produktionsverhältnisse. Auf die schweren Jahre des Kampfes folgten zu hochgesteckte Erwartungen an eine neue Gesellschaft. Als nach der Unabhängigkeit die Monate vergingen und die Guerilla sich immer noch in den Sammellagern befand, stauten sich die Frustrationen auf.

Integration und Demobilisierung (bisher

wurden über 25 000 Guerilleros demobilisiert) brachten weitere Probleme mit sich und konnten nicht immer die Befürchtungen einiger Genossen beseitigen. Sie haben während des Kampfes ihre Möglichkeiten zu Erziehung und Ausbildung geopfert, ohne einen konkreten Gegenwert dafür zu bekommen. Aber wo sollen diese jungen Menschen ohne Ausbildung und ohne Erziehung eine Arbeitsstelle finden?

Feindseligkeit

Vollkommen verschieden von all diesen Gruppen sind die offen konterrevolutionären, in Südafrika stationierten oder von Südafrika unterstützten Kräfte. Ihre Feindseligkeit ist gegen die Souveränität des Volkes von Zimbabwe und der Frontstaaten gerichtet. Es besteht ein erheblicher Unterschied zwischen diesen Versuchen des Apartheidregimes, die Frontstaaten zu destabilisieren und ihre Regierungen zu stürzen, und der Kritik und den Aktionen, die sich aus den ehrlich empfundenen Frustrationen ehemaliger Kämpfer ergeben können – wie fehl am Platze sie auch immer sein mögen.

Im ersten Fall besteht für unsere Regierung ganz einwandfrei die Pflicht, entschieden und kompromißlos die Souveränität unserer Nation zu verteidigen. Im letzteren Fall jedoch haben wir es mit Frustrationen bei jenen Kräften zu tun, die für die Befreiung des Landes gekämpft haben. Diese Probleme müssen frei und offen diskutiert werden, damit wir im vollen Bewußtsein der Lösungsmöglichkeiten für die realen objektiven Schwierigkeiten finden können. Die Tradition der freien und offenen Kritik und Selbstkritik war ein Schlüsselfaktor im Aufbau des Befreiungskampfes.

Barbarei

Auf welche Weise manifestierten sich die gegen die Regierung gerichteten Aktivitäten in Zimbabwe? Die am dramatischsten publizierte dieser Aktivitäten war die Entführung von sechs bisher immer noch verschwundenen Touristen Ende Juli. Außerdem wurden drei Touristen und eine zunehmende Anzahl Einheimischer in den vergangenen Monaten ermordet.

Die barbarischste dieser Aktivitäten war der Überfall auf einen Bus auf der Straße Bulawayo-Gweru am Weihnachtsabend, bei dem drei Menschen getötet und weitere 21 verletzt wurden. Ferner gab es eine Reihe bewaffneter Überfälle auf Geschäfte und auf Busse in den ländlichen Gebieten, die Zerstörung von Baumaschinen und -ausrüstung und Wert von 2 Millionen DM.

Dazu kamen Sabotageakte gegen militärische Ziele: den Flughafen Thornhill, die Inkomo-Kasernen, den Einbruch in



Ein Mann am Grab seines erschossenen Bruders in Matabeleland.

Ein Brief aus Matabeleland Haß zwischen den Menschen

“Die Soldaten der Nationalarmee belästigen die Leute derartig, daß das nur zunehmenden Haß hervorbringen kann. Ich frage mich, ob die für die Einheiten der Armee in unserem Gebiet Verantwortlichen wissen, was vor sich geht.

In der vergangenen Woche ging ein Soldat zu den Lehrerwohnungen. Er drohte, einen der Lehrer zu erschießen und zwang ihn, einen Stock zu holen. Dann mußte er sich hinlegen, und er wurde heftig geschlagen. Danach mußte sich eine Lehrersfrau ausziehen und hinlegen. Er schlug sie nicht. Aber anschließend schlug er fünf andere Lehrer, darunter drei Frauen. Als er später eine weitere Lehrerin schlagen wollte, wurde er von einem anderen Soldaten daran gehindert. Kurz darauf erschienen weitere Soldaten und untersuchten, was geschehen war. Einer von ihnen, offensichtlich der Kommandeur, machte Notizen.

Ein anderer entschuldigte sich und bat uns um Verzeihung für den Missetäter. Mir fiel nur auf, daß bereits alle Schüler über die Ereignisse informiert waren und dafür sorgen würden, daß es sich in der ganzen Gegend herumsprechen würde. Später kam die Polizei und nahm ihre Ermittlungen auf.

Die Soldaten hatten auf einer nahegelegenen Missionsstation ihr Lager. Ein Mann, der beschuldigt wurde, mbanje (Marihuana) angebaut zu haben, wurde vor den Lehrern und den Schulkindern ausgeprügelt. Ergebnis: zehn Lehrer verließen den Ort, weil sie einfach Angst hatten, daß sie am nächsten Tag an der Reihe wären, ausgeprügelt zu werden.

In einer anderen Schule veranstalteten die Soldaten ein nachtlanges pungwe mit Eltern, Kindern und Lehrern. Als sie große Jungen aus der obersten Klasse sahen, beschuldigten sie sie, Dissidenten zu sein. Sie versammelten die Schulkinder, pickten drei von ihnen heraus und schlugen sie zusammen. Der Direktor der Schule wurde ebenfalls geschlagen.

Am gleichen Tag wurden zahlreiche in der Nähe wohnende Leute zusammengeschlagen. Ein Mann von einer nahegelegenen Schule wurde erschossen. Ein anderer Mann, der dort geschlagen wurde, kam in das Missionskrankenhaus. Er hat immer noch ein böse angeschwollenes Knie.

Zwei Tage später brachte einer der Polizisten des Ortes einen Mann ins Krankenhaus, der schrecklich geschlagen worden war. Sein Unterarm war mindestens doppelt gebrochen. Nach Auskunft des Polizisten sei er von Soldaten in die Mangel genommen worden.

Das sind nur einige Vorfälle, von denen ich weiß. Sie zeigen, daß einige Soldaten das Recht selber in die Hand nehmen, ohne dafür gemäßregelt oder bestraft zu werden. Sie säen Zwist und Haß statt Eintracht und Versöhnung.”

Ein Brief aus Matabeleland Die Lage ist sehr schlecht

"Ich komme gerade von einer dreistündigen Versammlung im Ort zurück. Es waren ziemlich viele Leute dort. Ich fühle mich niedergeschlagen und frustriert. Die Lage ist sehr schlecht."

"Alle Geschäfte sind geschlossen, es fahren keine Busse mehr. Privatautos dürfen nur noch mit einer Sondergenehmigung der Polizei fahren, und selbst das schließt Belästigungen durch die Armee nicht aus. Bis jetzt lebten die meisten Leute immer noch von dem upfu (Maismehl), das sie in den Läden gekauft hatten. Hat das Militär Anweisungen, die Leute auszuhungern, um die Dissidenten zu erledigen? Es ist schon fast normal, wenn Schüler im Klassenzimmer ohnmächtig werden, oder wenn Eltern nach ihren Kindern suchen müssen, die auf dem Weg nach Hause ohnmächtig geworden sind."

"Die Schülerzahl einer Schule, die hier in der Nähe liegt, ist bereits von 1.000 auf 400 gesunken."

"Der Kommandeur der Truppen war auf der Versammlung sehr barsch. Er sagte, daß jeder, der im Verdacht stehe, Dissidenten zu verbergen oder mit Lebensmitteln zu versorgen, auf der Stelle erschossen werde. Das ist schlimmer als alles, was ich in den Kriegsjahren erlebt habe. Wir befinden uns praktisch wieder im Belagerungszustand, die Gewehre herrschen. Die Menschen leben in großer Furcht."

die Cranborne-Kasernen und den Stützpunkt Grand Reef – und die Bombardierung des ZANU (PF)-Hauptquartiers in Harare. Eine weitere, von Minister Sekeramayi in einer früheren Nummer von MOTO erwähnte Aktion (s. Info Nr. 11'82) war der Zusammenstoß zwischen Elementen, die nie Mitglieder der Nationalarmee gewesen sind, und Mitgliedern der Nationalarmee. Dies hatte, wie er sagte, zu einigen Zwischenfällen und Desertionen aus der Armee geführt. Und schließlich waren versteckte Waffenlager ein Hauptgrund für die Beunruhigung der Regierung im vergangenen Jahr.

In den meisten Fällen wurden ehemalige, unter der politischen Anleitung einiger ZAPU-Elemente vorgehende Zipra-Kämpfer für die Gewalt verantwortlich gemacht – aber ist das die ganze Wahrheit? Ist nicht die Annahme logisch, daß andere Kräfte, vor allem das Pretoria-Regime und ihm loyal gesinnte Kräfte die Lage aus-

nutzen, um den Aufbau einer sozialistischen, nichtrassistischen und blühenden Gesellschaft in unserem Land zu verhindern?

Minister Munangagwa hat wiederholt auf südafrikanische Aktivitäten in Zimbabwe hingewiesen, einschließlich des Aufbaus der Matabele-Brigade in Südafrika, die, wie er sagte, darauf abziele, die Dissidenten-Situation im westlichen Teil des Landes auszunutzen. Ist es deshalb nicht gut möglich, daß südafrikanische Elemente für einige der in Matabeleland vorkommenden Aktivitäten verantwortlich sind? Es gab nicht viele Bemühungen, öffentlich die Verantwortlichen zu unterscheiden und zu identifizieren. Wird dies nicht getan, so besteht die Gefahr oberflächlicher Verallgemeinerungen, häufig mit tribalistischen Untertönen. Die Feinde unseres Landes haben die ganze moderne Geschichte hindurch die Spaltung zwischen Shona und Ndebele gefördert.

Eine Lösung?

Es ist tragisch, daß sich einige Zimbabwe mit dem Gefühl, berechtigte Beschwerden zu haben, für das Gewehr entschieden haben, um eine Veränderung zu erreichen. Liegt die Lösung für ein derartiges Fehlurteil nicht eher auf der politischen als auf der militärischen Ebene? Wenn die Desillusionierung gegenüber der Regierung in deren Unfähigkeit liegt, die hohen Erwartungen zu erfüllen – welche Strategien sollte dann die Regierung nach Meinung derjenigen, die desillusioniert sind, verfolgen?

Eine Frau vor ihrer ausgebrannten Hütte in Matabeleland.



Bisher sind die Dissidenten noch nicht mit einem politischen Aktionsprogramm, das konkrete Alternativen zu der derzeitig von der Regierung verfolgten Politik enthält, an die Öffentlichkeit getreten. Es gibt keine vorgefertigten Antworten bei der Suche nach einer sozialistischen Alternative. Aber ohne grundsätzliche politische Bereitschaft aller fortschrittlichen Zimbabwe zur kritischen Diskussion und offenen Auseinandersetzung werden wir noch nicht einmal in die Lage kommen, jemals die Frage stellen zu können. Inwieweit ermutigen die Reaktionen der Regierung den

Dialog statt der Konfrontation?

Jede Regierung, die mit Aufstand konfrontiert wird, wird energisch darauf reagieren. Dabei sollte jedoch die Erfahrung bedacht werden, daß zunehmend brutalere Maßnahmen ein Klima der Gewalt produzieren können, das zu nur noch härteren Maßnahmen führt – und am Ende wird es außerordentlich schwierig, diesen Teufelskreis der Gewalt aufzubrechen.

Reaktionen in Matabeleland weisen darauf hin, daß breit angelegte repressive Maßnahmen, vor allem wenn sie Erinnerungen an die von der ehemaligen rhodesischen Armee ausgeübten hervorrufen, mit Wahrscheinlichkeit zu einer Verfestigung der Fronten statt zu deren Überwindung führen werden.

aus: Moto. Gweru, Zimbabwe. Nr. 10, März 1983

Feindselige Nachbarschaft: Pretorias Politik gegenüber Zimbabwe

Ronald Meinardus

Die dreijährigen Beziehungen zwischen Südafrika und Zimbabwe sind alles andere als spannungsfrei und gutnachbarlich. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich die Regierung in Pretoria bis heute nicht mit dem Sieg Mugabes und dem politischen status quo im nördlichen Nachbarland abgefunden hat. Schon aufgrund seiner exponierten geographischen Lage ist Zimbabwe fast zwangsläufig ein Opfer der von Pretoria betriebenen Regionalstrategie der "offensiven Verteidigung". Hinzu kommt, daß Zimbabwe von Beginn an eine Politik der Dissoziation vom mächtigen Nachbarn befolgt hat, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Apartheidstaat zu begrenzen. Südafrika ist es trotz wirtschaftlicher und militärisch-subversiver Zwangsmaßnahmen nicht gelungen, Zimbabwe zu einem willfährigen Partner seiner Afrikapolitik zu machen. Dafür zahlte Zimbabwe seinen politischen und wirtschaftlichen Preis: Das Land hat die Frontstellung gegen Südafrika nicht unbeschadet überstanden.

Fallbeispiel Treibstoffversorgung

Im Morgengrauen des 9. Dezember vergangenen Jahres fliegen in der mosambikanischen Hafenstadt Beira die Treibstofflager in die Luft. Von Beginn an besteht wenig Zweifel darüber, daß der Sabotageakt primär nicht Mosambik, sondern Zimbabwe treffen soll: die zerstörten Öldepots sind über eine Zuführleitung an die Pipeline angeschlossen, die den mosambikanischen Hafen mit dem ostzimbabwischen Grenzort Mutare verbindet. Mit der Wiederinbetriebnahme dieser Rohrleitung Mitte 1982 ist das Binnenland Zimbabwe in einem strategisch wichtigen Sektor von Südafrika unabhängig geworden. Doch infolge des Sabotageaktes muß Zimbabwe die erst kurz zuvor abgebrochene Zusammenarbeit mit Südafrika in der Treibstoffversorgung zumindest vorübergehend wieder aufnehmen. Dieser Anschlag auf die Öldepots von Beira – der sicherlich nicht von ungefähr fast auf die Stunde genau mit dem militärischen Überfall auf die Hauptstadt Lesothos zusammenfällt – ist nicht der erste, und bleibt nicht der letzte Versuch Pretorias, die Ölzuflüsse Zimbabwes über Mosambik zu kappen: Saboteure aus Südafrika und ihre mosambikanischen Helfershelfer haben sich in der Vergangenheit wiederholt an der 300 Kilometer langen Rohrleitung zu schaffen gemacht; nach amtlichen mosambikanischen Angaben sind in der zweiten Jahreshälfte 1982 allein vier Anschläge auf die Pipeline verübt worden. Im vergangenen November entsendet Zimbabwe ein Truppenkontingent ins östliche Nachbarland, das gemeinsam mit mosambikanischen Soldaten den Schutz der Pipeline verstärken soll (2). Daß es Pretoria Anfang Dezember dennoch gelingt, die Ölzuflüsse nach Zimbabwe zu unterbrechen, läßt erkennen, wie schwer es ist, eine strategische Anlage von den Ausmaßen dieser 300 Kilometer langen Rohrleitung effektiv ge-

gen treffsichere Sabotagetrupps abzuschirmen.

Spezialkommandos aus Südafrika?

Die Verantwortung für den Angriff wird umgehend von einem Sprecher der MNR im fernen Lissabon reklamiert (3). Offiziellerseits wird in Mosambik hingegen bezweifelt, ob eine derartig komplizierte und ausgereifte Aktion allein von der MNR ausgeführt werden könnte und ohne direkte Hilfeleistung aus der RSA erfolgt sei. Es ist anzunehmen, daß ähnlich wie bei dem Anschlag auf die Ölraffinerie in der angolanischen Hauptstadt Lunda im Frühjahr letzten Jahres auch bei diesem Unternehmen ein Spezialkommando aus Südafrika die Finger mit im Spiel hatte (4).

Natürlich ist es nicht möglich, eine derartige Behauptung einwandfrei zu belegen; viel wichtiger und zudem unzweideutig ist die Antwort auf die Frage nach dem "cui bono", zu deutsch, dem Nutznießer der Sabotageaktion. Hier kommt nur das Regime in Pretoria in Betracht, das auch umgehend danach trachtet, die in Zimbabwe ausbrechende Benzinknappheit in einen politisch-diplomatischen Erfolg umzusetzen: es bietet Harare einen dreijährigen Liefervertrag für Treibstoff an, macht den Abschluß eines derartigen Abkommens jedoch von bilateralen Verhandlungen auf Ministerebene abhängig. Die Werbewirksamkeit eines derartigen Ministertreffens für die südafrikanische Anti-Boykott-Propaganda liegt auf der Hand.

Obwohl verschiedentlich in der internationalen Presse gemeldet (5), ist der Abschluß eines geheimen Treibstoff-Liefervertrages zwischen Pretoria und Harare von beiden Regierungen dementiert worden. Anfang Januar – nur wenige Tage vor dem geplanten Wiederbeginn des Pumpbetriebes in Beira, unterbricht ein weiterer Anschlag die Rohrleitung erneut

(6). Es scheint unklar, ob Zimbabwe sich in der Frage eines lang angelegten Öl-Liefervertrages mit Pretoria hat umstimmen lassen.

Pretorias

militärisches Destabilisierungspotential

Die südafrikanischen Anstrengungen, die alten Abhängigkeiten – vor allem im infrastrukturellen Bereich – aufrechtzuhalten, sind nur ein Aspekt der Zimbabwe-Politik Pretorias in den zurückliegenden drei Jahren. Eine zweite Komponente ist die Ausrüstung eines "Destabilisierungspotentials", die erkennen läßt, daß Pretoria sich auch gegenüber dem nördlichen Nachbarland die Option für ein direktes Eingreifen zu einem späteren Zeitpunkt offenhält.

Es sei kurz daran erinnert, daß mit dem Machtwechsel in Zimbabwe hunderte von Soldaten der rhodesischen Siedlerarmee von der "South African Defence Force" (SADF) angeworben werden; ebenso finden hunderte, wenn nicht tausende der ehemaligen "auxiliaries" Bischof Muzorewas südlich des Limpopo Unterschlupf. Nach früheren Angaben der Regierung in Harare beläuft sich die Zahl der nach der Unabhängigkeit Übergelaufenen auf 5 000 Mann (7). Von diesen in Sonderlagern im nördlichen Transvaal stationierten Söldnertruppen hat man über einen längeren Zeitraum nichts näheres gehört, bis 1982 verschiedene Vorkommnisse an sie erinnern.

Mitte August letzten Jahres dringt ein Kommando ehemaliger Angehöriger der Smith-Armee weit auf zimbabwisches Territorium vor; die Eindringlinge werden 30 km landeinwärts aufgespürt und drei von ihnen von Regierungssoldaten erschossen. Nach Angaben der Johannesburger Tageszeitung "The Citizen" geht es den – im Dienste der SADF stehenden – Soldaten um die Befreiung "politischer Gefangener" in Südzimbabwe



Soldaten der National-Armee führen Beutewaffen von südafrikanischen Invasoren vor.

(8). In diesem Kontext ist es interessant, aus einem Bericht der alles andere als Südafrika-feindlichen Neuen Zürcher Zeitung zu zitieren:

“Als der südafrikanische Oberbefehlshaber Viljoen daraufhin erklärte, die drei hätten sich auf einer “nicht autorisierten” Mission befunden, rächten sich deren rhodesische Kameraden in Südafrika mit entsprechenden Enthüllungen, unter anderem über die Existenz eines “Zentrums für Destabilisation” in Pretoria. Zum erstenmal lagen damit einigermaßen konkrete Hinweise auf das Training von Spezialeinheiten, sogenannten “Reconnaissance Commandos” in Südafrika vor, denen weiße und schwarze ehemalige “Selous Scouts” (Sondereinheiten des Regimes Smith im ehemaligen Rhodesien), die

Am 13. Mai 1983 findet die jährliche Aktionärsversammlung der Dresdner Bank statt. Dieser Anlaß soll sowohl in der Versammlung als auch außerhalb vor den Filialen dazu genutzt werden, auf die Geschäftsbeziehungen der Dresdner Bank zu Südafrika hinzuweisen und deren Beendigung zu fordern. Informationen zur Dresdner Bank, wie auch Flugblätter für diesen Aktionstag können ab dem 20.4. 1983 bei der Anti-Apartheid-Bewegung und der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (Unterlindau 80, 6000 Frankfurt a.M. 1) bestellt werden.

“Auxiliaries” des Übergangs-Premiers Bischof Muzorewa, weiße ehemalige rhodesische Soldaten und zahlreiche Deserteure von Josuah Nkomo’s “Zipra” aus Matabeleland angehören sollen” (9). Die Existenz eines “Zentrums der Destabilisation” in Südafrika wird ferner durch die Aussagen während eines Gerichtsverfahrens in Harare bezeugt, in dem zwei junge Zimbabwier – Melusi und Peter Ncube – aufgrund ihrer Verbindungen zum südafrikanischen Militär zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt werden. Die Ncube-Brüder erklären vor Gericht, kurz nach der Unabhängigkeit angeworben und zusammen mit anderen geflohenen Zimbabwern im Norden Südafrikas in subversiver Kriegstechnik gedrillt worden zu sein. Ferner sagen sie aus, daß sowohl das Attentat gegen den ANC-Vertreter in Harare, Joe Gqabi, im August 1981 als auch der Bombenanschlag gegen das Hauptquartier der Regierungspartei ZANU im Dezember desselben Jahres auf das Konto von Pretoria angeheuerter und im Norden Transvaals kasernierter zimbabwischer Agenten gehe (10). Zu den Sabotageakten, die die zimbabwische Regierung dem südlichen Nachbarn zuschreibt, zählen darüber hinaus die Sprengungen eines Munitionslagers bei Harare (Inkomo Barracks) Ende 1981 und der Angriff gegen den Militärflughafen Thornhill bei Gweru Ende Juli 1982, bei dem auf einen Schlag ein Viertel der zimbabwischen Luftwaffe in Flammen aufgeht. Ähnlich wie in allen voranstehenden Fällen wird der Wahrheitsgehalt dieser Pretoria zur Last gelegten Anschuldigung vermutlich niemals einwandfrei zu

“verifizieren” sein; trotz dieses Vorbehalts nennt das Londoner Bulletin “Africa Confidential” Südafrikas Verwicklung in den Angriff bei Gweru “practically ascertained” (praktisch erwiesen) (11).

Unterstützung für die “Dissidents”?

Eine von Grund auf neue Situation ist mit der Eskalation des sog. Dissidenten-Problems im Südwesten Zimbabwes entstanden. Sowohl der zimbabwische Sicherheitsminister Emmerson Mnangagwa als auch Ministerpräsident Robert Mugabe haben wiederholt den Vorwurf erhoben, daß die “Dissidents” mit Südafrika zusammenarbeiten (12). Ende Februar bezichtigte der zimbabwische Regierungschef auch den Führer der größten Oppositionspartei (ZAPU), Joshua Nkomo, der Kumpanei mit dem Apartheid-Regime und stellt einen “positive link” zwischen der – zweifelsohne bestehenden – auswärtigen Bedrohung und der internen “Dissidenz” her (13). Obwohl es – wie in der zimbabwischen Presse berichtet (14) – als sicher gelten kann, daß einige der desertierten ZIPRA-Kämpfer sich über Botswana nach Südafrika abgesetzt haben, und es noch weniger Zweifel darüber geben kann, daß der gegenwärtige Konflikt im Südwesten Zimbabwes – wie jedes Blutvergießen zwischen schwarzen Menschen – in Pretoria Frohlockungen auslöst, wäre es eine Simplifizierung, die gegenwärtige innenpolitische Krise Zimbabwes monokausal auf südafrikanische Destabilisierungsversuche zurückzuführen. Die entscheidenden Determinanten dieses Konflikts sind lokaler Natur und haben ihren Ursprung zum Teil lange vor der Unabhängigkeit des Landes. Man kann nur hoffen, daß es den Zimbabwern bald gelingt, eine Lösung ihres Bruderzwistes zu finden, denn nicht nur stehen die Errungenschaften ihrer dreijährigen Unabhängigkeit auf dem Spiel, das gesamte befreite südliche Afrika würde bei einer ausbleibenden Lösung des Konfliktes einen gewaltigen Rückschlag erleben.

Anmerkungen:

1. FAZ, 10.1.1983
2. The Times, 26.11.1982
3. The Guardian, 9.12.1982
4. Africa Today, Jg. 1983, Nr. 2, s. 16
5. The Guardian, 3.1.1983; FR 4.1.1983
6. The Guardian, 8.1.1983
7. The Herald, 29.1.1981
8. The Citizen, 28.8.1982
9. NZZ, 3.2.1983
10. Africa Now, a.a.O., S. 18 und The Herald, 3.11.1982
11. Africa Confidential, 15.12.1982
12. The Herald, 4.1.1983 und The Guardian, 23.2.1983
13. The Guardian, 26.2.1983
14. The Herald, 14.2.1983

Nationale Wirtschaftspolitik und regionale Kooperations - Bemühungen

Zimbabwe-Informationsgruppe, Harare

Obwohl die Regierung von Zimbabwe drei Jahre nach der Unabhängigkeit in vielen Bereichen auf keine konsistente Strategie zur Lösung der anstehenden Probleme zurückgreifen kann, ist sie bemüht, sowohl im nationalen wie auch im regionalen Zusammenhang (Southern African Development Coordination Conference – SADCC und Preferential Trade Agreement – PTA) neue Akzente zu setzen. Trotz der vorhandenen Widersprüche, die teils aus der ererbten Wirtschaftsstruktur, teils aber aus der Etablierung einer afrikanischen Elite resultieren, darf nicht vergessen werden, daß die Regierung Mugabe die Verantwortung für das Wohl von ca. 8 Mio. Zimbabweern übernommen hat. Bedenkt man, daß die ganze Wirtschaftsstruktur auf die etwa 250.000 Weißen (vor der Unabhängigkeit) ausgerichtet war, so ist man kaum überrascht feststellen zu müssen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme rasch zunehmen.

Geringer Zugang der Afrikaner zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten während der Kolonialzeit äußert sich heute darin, daß die Auswanderung von Weißen zu ernsthaften Schwierigkeiten für die nationale Wirtschaft führte. Unter dem Zwang, eine rasche Afrikanisierung vornehmen zu müssen, ergab sich der unerwünschte aber unvermeidliche Effekt, daß einige Afrikaner in Positionen gelangten, von denen sie überfordert sind, was sich z.B. in wenig effizienter Arbeit niederschlägt. Nicht zu verleugnen ist auch, daß der Machtmissbrauch einzelner zur wohlbekannten "Vetternwirtschaft" führt. Weniger problematisch wäre diese Tatsache an sich, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß sich diese Strukturen verfestigen und eine Basis für eine bürokratische Elite abgeben.

Weder die Lage der nationalen Wirtschaft, die im Bereich der Landwirtschaft nun von zwei Dürreperioden, daneben von Devisenproblemen, Fachkräftemangel und Transportproblemen in allen Bereichen heimgesucht wird, noch die Weltmarktsituation, die besonders die Landwirtschaft, den Bergbau und die verarbeitende Industrie trifft, lassen erwarten, daß die interne sich abzeichnende Klassenfrage gelöst werden kann. Die sich verschlechternde Zahlungsbilanz, die nicht durch die geringen Reserven (ZD 160 Mio., das entspricht etwa den Importen für drei Monate) aufzufangen ist, wird zur Folge haben, daß sich Zimbabwe weiterhin dem internationalen Kapital (durch Aufnahme von Krediten) öffnen muß.

Nationale Wirtschaftspolitik

Der Haushalt 1982/83 sieht eine weitere Erhöhung der Ausgaben der "Öffentlichen Hand" vor. Erziehungswesen (ZD 408 Mio.), Verteidigung (ZD 291 Mio.), Landwirtschaft (ZD 142 Mio.) und Gesundheitswesen (ZD 142 Mio.) genießen weiterhin Priorität.

Die Ausgaben des Haushalts sind mit ZD 2849,8 Mio. veranschlagt (Februar:

Nachtragshaushalt mit zusätzlichen ZD 86 Mio.) und sollen aus Steuern auf Güter und Dienstleistungen (29,9%), aus Einkommenssteuern (30,2%), Krediten/Anleihen (31,2%) und zu 8,2% aus nicht spezifizierten Einnahmen finanziert werden. Da die angesetzte Höhe der Steuereinnahmen nicht realistisch ist, ist davon auszugehen, daß der Prozentsatz der Finanzierung über Kredite/Anleihen sich noch erhöht.

Das Haushalts-Defizit wird sich auf etwa ZD 900 Mio. erhöhen, und die Auslandsverschuldung wird weiter zunehmen. Zwischen März 1981 und Juni 1982 erhielt Zimbabwe ausländische Kredite in Höhe von ZD 387 Mio. Die ausländischen Schuldverschreibungen und Abkommen mit parastaatlichen Institutionen sollen die oben genannte Summe noch beträchtlich übersteigen. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Zinssatz von 10% (für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Kredite) stellt dies eine beträchtliche Belastung für die Zukunft dar. 1979/80 wurden 4% der Export-Einnahmen für die Rückzahlung von Krediten aufgewendet. 1982/83 müssen bereits 20% der Export-Einnahmen für die kurzfristig aufgenommenen Kredite durch die Regierung aufgebracht werden.

Um Kredite/Anleihen über Weltbank bzw. Internationalen Währungsfonds zu bekommen, muß Zimbabwe Auflagen erfüllen. Es ist mit Sicherheit kein Zufall, daß im Oktober 1982 ein Beraterteam des Internationalen Währungsfonds in Zimbabwe war und im Dezember eine 20%ige Abwertung des Dollar vorgenommen wurde. Naheliegend ist auch, daß die "Empfehlungen" gegeben wurden, vorerst keine weiteren Lohnerhöhungen vorzunehmen und eine Einschränkung des Haushalts-Defizits zu veranlassen. Letzteres bedeutet sicher, daß die sozialen Leistungen gekürzt, zumindest aber nicht ausgeweitet werden. Vor dem Hintergrund, daß die Lebenshaltungskosten während der letzten zehn Monate 1982 für die unteren Einkommensgruppen um

11,2% und für die höheren Einkommensgruppen (– verursacht hauptsächlich durch die Anhebung der Mindestlöhne bei Hausangestellten und Landarbeitern –) um 12,3% gestiegen sind und die Inflation insgesamt trotz Abwertung eher bei 25% (1982: 20%) liegen dürfte, ist nicht schwer zu folgern, daß die Masse der afrikanischen Bevölkerung am härtesten von diesen Maßnahmen betroffen ist, zumal nach der Abwertung bereits die Preise für Lebensmittel, Getränke, Benzin und Tabakwaren gestiegen sind. Es ist auch davon auszugehen, daß die Regierung aufgefordert ist, ihre Politik der Preiskontrollen und der Subventionen weiter abzubauen und "zugunsten" des freien Wettbewerbs zu revidieren.

Zimbabwes Interesse an der wirtschaftlichen Kooperation im Südlichen (SADCC) und östlichen (PTA) Afrika

Sowohl die SADCC (neun Länder sind beteiligt) wie auch das PTA-Abkommen (bisher von zwölf der neunzehn vorgesehenen Staaten unterzeichnet) zielen im südlichen und östlichen Afrika darauf ab, eine Zusammenarbeit von gegenseitigem Nutzen aufzubauen. Das PTA-Abkommen zielt auf eine Ausweitung des Handels zwischen den beteiligten Staaten. Der Erfolg dieser Zusammenarbeit im Bereich des Handels ist aber fraglich, da der inter-regionale Handel bei weniger als 5% liegt und die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen der beteiligten Länder kaum erwarten lassen, daß sie ihre Handelsbeziehungen wesentlich erweitern oder auf die PTA-Länder umorientieren können.

Die Ziele der SADCC wurden auf der Konferenz in Lusaka (April 1980) in der Grundsatz-Erklärung "Southern Africa: Towards Economic Liberation" folgendermaßen bestimmt:

- Reduzierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit im allgemeinen, insbesondere aber von Süd-Afrika;
- Verbindungsglieder zwischen den Län-

Wirtschaftsdaten der SADCC-Länder und Daten zum Außenhandel von Zimbabwe

	Fläche ('000 km ²)	Bevölkerung (in Mio) pro Kopf Mitte in US-Dol		Warenhandel (in Mio US-Dol)		Exporte von Zimbabwe in SADCC-Länder, Namibia und Südafrika (in '000 Z-Dol)		Importe von Zimbabwe aus SADCC-Ländern, Namibia und Südafrika (in '000 Z-Dol)	
		1980	1980	Exporte 1980	Importe 1980	1981	Jan-Sept 82	1981	Jan-Sept 82
Angola	1 247	7,1	470	1 000	1 250	2 323	2 765	155	x
Botswana	600	0,8	910	x	x	28 678	19 030	17 362	25 270
Lesotho	30	1,3	420	x	x	1 170	197	4 215	306
Malawi	118	6,1	230	317	439	14 226	7 705	15 038	7 686
Mosambik	783	12,1	230	180	270	11 154	14 795	18 829	5 440
Swaziland	17	0,6	680	x	x	1 440	989	2 983	1 929
Tanzania	945	18,7	280	508	1 258	1 373	x	179	44
Zambia	753	5,8	560	1 700	1 000	35 284	23 633	24 635	18 907
Zimbabwe	391	7,7	630	1 415	1 287	—	—	—	—
SADCC-Staaten insg.	4 866	60,2	490	x	x	95 648	x	83 396	x
Namibia	823	1,0	1 220	x	x	2 369	x	Wird über Südafrika importiert	
Südafrika	224	29,3	2 300	26 130	18 838	192 177	105 729	279 652	188 577

x bedeutet, daß keine Daten verfügbar sind oder daß sinnvollerweise kein Durchschnittswert angegeben werden kann.

Quelle:

Weltentwicklungsbericht 1982, Zimbabwe, Statement of External Trade 1981, Zimbabwe, Monthly Digest of Statistics, December 1982

dern zu schmieden, um eine auf Gleichheit basierende regionale Integration zu schaffen;

- die gemeinsame Erschließung von Ressourcen anzugehen, um eine gemeinsame Politik auf nationaler, zwischenstaatlicher und regionaler Ebene zu fördern;
- Aktionen abzustimmen, um internationale Kooperation im Sinne der Strategie der wirtschaftlichen Befreiung zu nutzen.

Im Rahmen der oben genannten SADCC-Strategie wurden neun Prioritätsbereiche (Transport- und Fernmeldewesen, Arbeitsmarktfragen und Ausbildung, Industrialisierungsprogramme, Energiepolitik, Plan für die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung in der Region und ferner Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der Forschung) festgelegt.

Der Außenhandel Zimbabwes mit den SADCC-Ländern und Südafrika

Die Außenhandelsdaten (vgl. Tabelle) zeigen, daß sowohl bei Exporten wie auch bei Importen Südafrika zwar mit abnehmender Tendenz aber weiterhin unbestrittener Handelspartner von Zimbabwe ist.

Schlüsselt man zunächst die **Gesamtausfuhr** von Zimbabwe auf, so zeigt sich, daß wertmäßig die meisten Exporte (inländische Erzeugnisse) im Bereich von Fertigwaren (26,8%) getätigten wurden. Danach folgten Getränke und Tabak (25,3%), gefolgt von Rohstoffen, Lebensmitteln und Lebend-Vieh. 1981

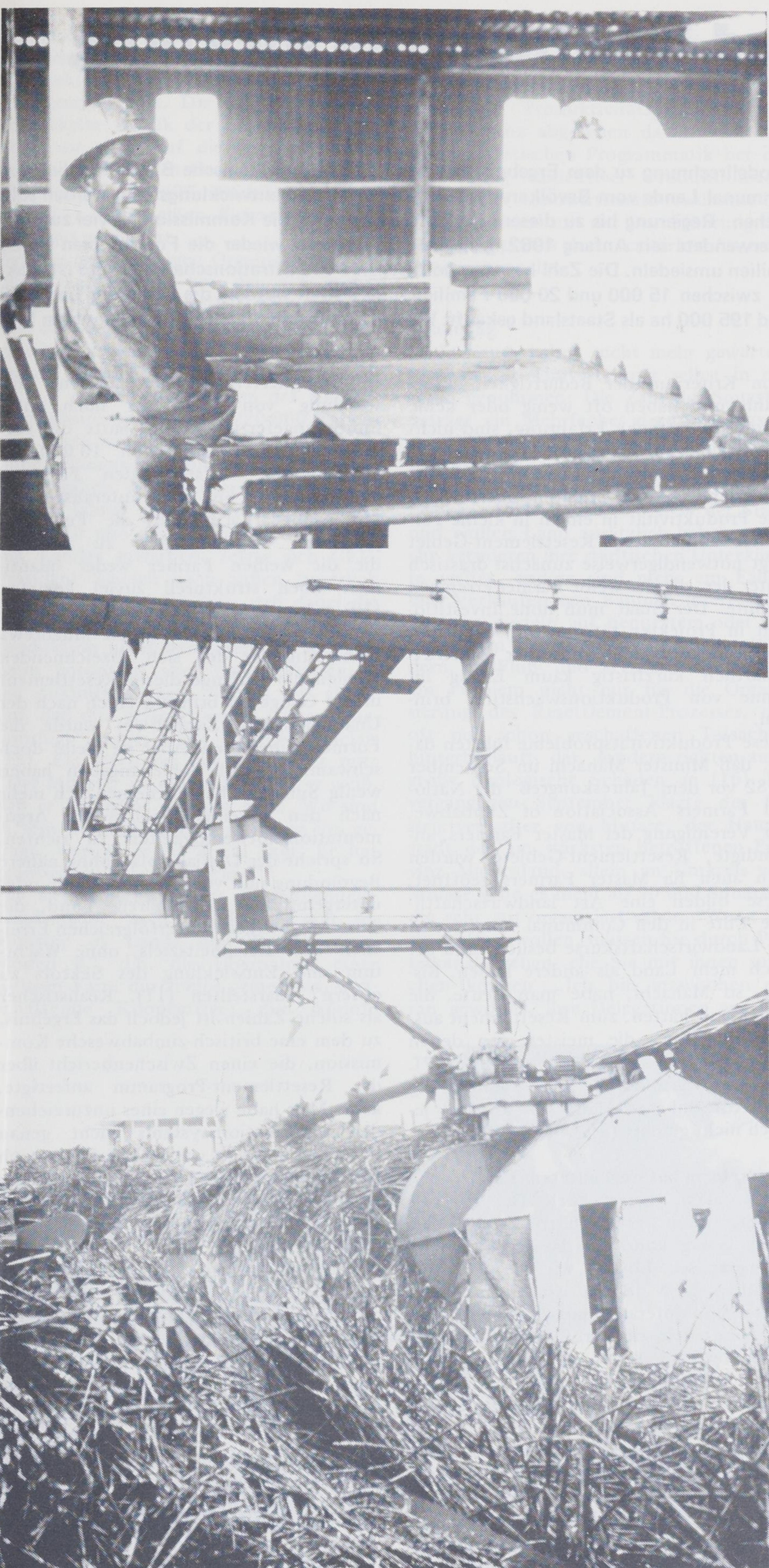
gingen 21,6% der Exporte **nach Südafrika**. Sie setzten sich aus verschiedenen Fertig- und Halbfertigwaren zusammen. 10,8% der zimbabweschen Exporte (1981) gingen in **SADCC-Länder**. Hierin wurden hauptsächlich Nahrungsmittel (Mais) und Lebend-Vieh ausgeführt; diese Posten machten insgesamt rund 67% der Exporte in die SADCC-Länder aus. Der Rest verteilte sich auf Fertigprodukte wie z.B. Maschinen, Ausrüstungsgegenstände usw. Die **Gesamteinfuhr** (1981) setzte sich aus Maschinen und Ausrüstungsgegenständen (32,2%), Brennstoffen und Elektrizität (22%), unverarbeiteten Stoffen und Nahrungsmitteln zusammen. 27,5% der Importe kamen **aus Südafrika**; Fertigwaren (28,7%), Maschinen und Ausrüstungsgegenstände (23,1%), Chemikalien und Brennstoffe (in der Reihenfolge) machten den Hauptanteil der aus Südafrika eingeführten Waren aus. Die Importe **aus den SADCC-Ländern** betragen, gemessen an den Gesamtemporaten von Zimbabwe 1981 7,8%. Von diesen 7,8% wurden 52,5% für Öl (Plus Derivate) und Elektrizität (Mosambik und Sambia) ausgegeben. 21,7% wurden für Fertigwaren (hauptsächliche aus Botswana) ausgegeben.

Eine schrittweise "Einübung" von Kooperation auf Gebieten, die für alle SADCC-Länder von gleichem Interesse und unmittelbarem Nutzen sind, würde eine solide Basis für eine vertiefte Kooperation abgeben. Dies würde bedeuten, daß die SADCC-Länder sich auf gemeinsame Projekte einigen müßten, die durch

eigene Mittel finanziert werden. Im Augenblick wird die SADCC fast ausschließlich durch internationale Geber finanziert, was bedeuten könnte, daß sie zum Instrument von ausländischen Interessen umfunktioniert wird.

Probleme der Realisierung der SADCC-Strategie

Bisher hat das im letzten Jahr errichtete SADCC-Sekretariat in Botswana seine Arbeit unter dem Generalsekretär Blumeris (Zimbabwe) noch nicht aufgenommen. Die Koordinierung der SADCC-Projekte bleibt neben der Zuständigkeit für die festgelegten Bereiche weiterhin den einzelnen Ländern überlassen. Da diese vielfach nicht über die personellen Kapazitäten und die materielle Infrastruktur (z.B. Transport) verfügen, um zusätzliche Aufgaben für die SADCC zu übernehmen, ist die Motivation, die Ziele der SADCC zu verwirklichen, sehr unterschiedlich. So werden für Fachtreffen der einzelnen Ministerien für den SADCC-Bereich keine oder wenig kompetente Vertreter entsandt. Am Beispiel von Zimbabwe, das für das Programm der regionalen Nahrungsmittelsicherung (Frühwarn-System) zuständig ist, zeigte sich anlässlich eines dreitägigen technischen Treffens der Landwirtschaftsministerien das Problem, daß am ersten Tag nur drei SADCC-Staaten und am dritten Tag schließlich sieben Staaten vertreten waren. Allerdings erschienen die für diesen Bereich ebenfalls wichtigen Staaten Angola und Mosambik nicht.



Nickelherstellung in Bindura

Abwesenheit ohne Begründung soll kein Ausnahmefall bei SADCC-Treffen sein. Zimbabwe ist im Bereich der Nahrungs- mittelsicherung für neun Projekte feder- fürend. Diese werden vor allem von US- Aid, der FAO, dem Commonwealth Fund for Technical Cooperation, Kanada, Dänemark und der Europäischen Gemein- schaft finanziert. Die Abhängigkeit von Gebern wird daran deutlich, daß nach Ablauf der Projektunterstützung keines- wegs gesichert ist, ob die verantwortli- chen Länder die laufenden Kosten zur Weiterführung der Projekte aufbringen können/wollen.

Äußerst wichtig für die weitere Ent- wicklung der SADCC wäre es, wenn Be- reiche/Projekte von gemeinsamem In- teresse identifiziert und mit eigenen Mit- teln finanziert würden. Da die SADCC- Länder aufgrund ihrer finanziellen Si- tuation wenig Mittel für neue gemeinsame Projekte aufbringen können, wäre es sinnvoll, bereits bestehende Projekte und Einrichtungen zu nutzen und mit gerin- gem finanziellen Aufwand zu erweitern. Anbieten würden sich z.B. verschiedene Bereiche der Forschung wie Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, Tsetse- fliegen-Bekämpfung, geographische Da- tenerhebung, Verbesserung der landwirt- schaftlichen Anbaumethoden, Viehhalt- ung usw. Alle beteiligten Länder wären dann gezwungen, einen gemeinsamen Nenner zu finden, der sich auch in ihrer nationalen Entwicklungsplanung nieder- schlagen müßte. Falls der Wille und die Notwendigkeit zur Kooperation nach wie vor vorhanden sind, sollten Projekte wie z.B. in Zimbabwe der Ausbau von Hwange II (Energie) im Interesse einer gemeinsamen Energiepolitik überdacht werden, was im oben genannten Fall hieße, daß die Versorgung durch Sambia (Kariba) und Mosambik (Caborabassa) geprüft werden müßte. Bleibt das Stre- ben nach Eigenversorgung und Unabhän- gigkeit im Rahmen der SADCC die Priorität der Regierungen, und nimmt man lieber riesige Kredite in Kauf, um dieses Ziel zu erreichen, so bleibt wenig Spielraum für eine auf gegenseitigem Nutzen basierende Kooperation.

Zuckerrohrzerkleinerung in Hippo Valley

Resettlement und ländliche Entwicklung

Christoph Reichert

Die Riddell-Kommission kam 1981 in einer Modellrechnung zu dem Ergebnis, daß rund 220 000 afrikanische Bauernfamilien auf weißes Land umzusiedeln seien, wenn die Communal Lands vom Bevölkerungsdruck entlastet und entwicklungsfähig werden sollten. Die Resettlement-Planung der zimbabweschen Regierung bis zu diesem Zeitpunkt kritisierte die Kommission als viel zu niedrig. Die Regierung griff diese Kritik auf und verwendete seit Anfang 1982 nach außen hin immer wieder die Formel, man werde innerhalb der nächsten drei Jahre 162 000 Familien umsiedeln. Die Zahl hat eher politischen Demonstrationscharakter und ist praktisch nicht zu erreichen. Bis Ende 1982 waren zwischen 15 000 und 20 000 Familien umgesiedelt worden; die Regierung hatte 1,8 mio ha Land für das Resettlement-Programm und 195 000 ha als Staatsland gekauft. Warum kommt die Landreform nicht voran (1)?

Technische Probleme des Resettlement

Von Anfang an war klar, daß die Landreform nicht bloße Umsiedlung sein darf, sondern daß die Schaffung von sozialer und ökonomischer Infrastruktur Bedingung des Gelingens ist. So hielt das ZIMCORD-Dokument fest: "Die Regierung ist entschlossen sicherzustellen, daß das Resettlement-Programm nicht eine Übertragung oder Ausdehnung von Subsistenzlandwirtschaft auf neue Gebiete darstellen wird" (2). Es ist kein Wunder, daß die Bereitstellung dieser Infrastruktur, d.h. von Bauten, Wasserversorgung, landwirtschaftlichen Beratungsdiensten u.a. die vorhandenen Kapazitäten überfordert; zwei Dürreperioden haben die Situation drastisch verschlimmert. All dies verzögert den Umsiedlungsprozeß. Als im September letzten Jahres der stellvertretende Staatssekretär im Ministry of Lands, Resettlement and Rural Development, Dr. M. Paraiwa, in einem recht spektakulären Statements behauptete, der Resettlement-Prozeß werde durch Landknappheit aufgehalten (3), wies der Präsident der Commercial Farmers' Union, Jim Sinclair, mit gewissem Recht darauf hin, daß die Regierung bisher mehr weiße Farmer gekauft als besiedelt habe (4).

Die Kosten

Der Minister of Lands, M. Mahachi selbst, korrigierte Paraiwa öffentlich: Nicht Landknappheit, sondern Geldknappheit sei das Problem; man habe mehr Land zum Kauf angeboten bekommen, als man bezahlen könne (5). Die Finanzierung ist sicher ein Problem für Zimbabwe, und die Regierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die von Großbritannien 1981 zur Verfügung gestellten 30 Mio Pfund für Landkauf und Resettlement nicht ausreichten. Aber bis jetzt, so teilte die britische Botschaft in Harare Anfang des Jahres mit, seien davon nur 13 Mio abgerufen; der Rest werde wohl im Laufe des Jahres 1983 ausgegeben werden (6). Das Kostenproblem wird kompliziert, betrachtet man die volkswirtschaftlichen Kosten insgesamt: die schwarzen Bauern, die auf ehemals weißem Farmland angesiedelt werden, sind in der Regel nach

dem Kriterium der Bedürftigkeit ausgewählt und haben oft wenig oder keine landwirtschaftliche Erfahrung, sind nicht unmittelbar zur Aufnahme kommerzieller Produktion fähig, zum Teil mit den 5 ha Ackerland, die sie erhalten, überfordert. Die Produktivität in einem in kleine Parzellen aufgeteilten Resettlement-Gebiet liegt notwendigerweise zunächst drastisch unter der, die der weiße Farmer erreichen konnte. Der Staat muß hohe Investitionen in Projekten tätigen, die sozial und politisch notwendig sind, aber volkswirtschaftlich kurzfristig kaum Ertrag im Sinne von Produktionswachstum bringen.

Diese Produktivitätsprobleme führten dazu, daß Minister Mahachi im September 1982 vor dem Jahreskongreß der National Farmers' Association of Zimbabwe, der Vereinigung der Master Farmers, ankündigte, Resettlement-Gebiete würden nun auch für Master Farmers geöffnet; diese bilden eine Art landwirtschaftliche Elite in den Communal Lands, weil sie Landwirtschaftskurse besucht und oft auch mehr Land als andere haben. Bisher, so Mahachi, habe man Leute, die kein Land hätten, zum Resettlement ausgewählt, "aber die meisten von denen wissen nicht, wie man anbaut" (7). Zu einer grundsätzlichen Veränderung der Auswahl hat Mahachis Vorstoß jedoch nicht geführt (8).

Landreform auf ungenutztem Land?

Trotz allem hatte auch Dr. Paraiwa Recht, wenn er darüber klagte, daß nicht genug Land für das Resettlement verfügbar sei. Ebenso wie die '162 000 Familien in 3 Jahren' stellt das 'ungenutzte und untausgenutzte weiße Farmland', auf dem der Großteil der Landreform stattfinden soll, eher eine Formel oder Sprachregelung mit politischer Funktion als eine empirisch abgesicherte Realität dar. Als R. Riddell 1978 vorrechnete, daß die weißen Farmer zwar Land für sich reservierten, dies aber längst nicht alles auch nutzten, demonstrierte dies mit dem Nebeneinanderbestehen von Mangel und Überfluß die Irrationalität der rhodesischen Landverteilung (9).

Im 'Integrierten Plan für ländliche Entwicklung' von 1978, der noch unter Smith angefertigt wurde, hatte die vorgesehene Umsiedlung von 10 000 (!) afrikanischen 'aufstrebenden Farmern' auf 4 mio ha un- oder untausgenutzten weißen Farmland die Funktion, politische Zugeständnisse zu machen, die die weißen Farmer weder quantitativ noch strukturell zuviel kosteten (10). Zur Zeit der Lancaster House-Konferenz Ende 1979 suchte Muzorewa rechtzeitig vor den sich abzeichnenden Wahlen die Anfänge dieses Resettlement in die Gänge zu bringen. Auch nach der Unabhängigkeit Zimbabwes wurde die Formel beibehalten. Aber sie bleibt doch schwammig, und Zahlenangaben haben wenig Substanz bzw. scheinen sich mehr nach den jeweiligen politischen Argumentationsnotwendigkeiten zu richten. So spricht der Dreijahrsplan ohne nähere Begründung nun von 7,2 Mio ha un- oder untausgenutztem bebaubarem Land, die "eine Möglichkeit zum erfolgreichen Erreichen des Gleichheitsziels, ohne Wachstum und Entwicklung des Sektors zu opfern", darstellten (11). Realistischer als solche Zahlen ist jedoch das Ergebnis, zu dem eine britisch-zimbabwesche Kommission, die einen Zwischenbericht über das Resettlement-Programm anfertigte, kam: Man habe wegen eines unzureichenden Informationssystems nicht genau feststellen können, wieviel Land jetzt noch für das Resettlement zur Verfügung stünde, doch sei "der größte Teil des unbesetzten oder ungenutzten Landes nun resettled" (12).

Beamte des Ministry of Lands machten mich im Gespräch auch auf weitere Implikationen aufmerksam: Was heißt es, wenn man auf 'ungenutztem' Land ansiedeln will? Es bedeutet, daß man dem Farmer sein schlechtes Land abkauft, denn das bessere will er nicht verkaufen. Und sie gestehen auch zu, daß die '162 000 Familien in 3 Jahren' eine politische Zahl sind: Niemand weiß, wo man das Land dafür hernehmen soll, und niemand glaubt ernsthaft, das in 3 Jahren zu bewältigen.

Die Umverteilung von Land in Zimbabwe

hat ihre ganz manifeste Grenze an der wirtschaftlichen Bedeutung des weißen Farmsektors für Nahrungsmittelversorgung und Export. Die im Dreijahrsplan entwickelte Politik der Exportsteigerung setzt vor allem auf die Landwirtschaft, deren Anteil an den Gesamtexporten von 32% 1981/2 auf 40% 1984/5 anwachsen soll (13). Die weißen Farmer sind also recht gut versichert.

Bei der gegenwärtigen Organisationsform des Resettlement, bei der auf individueller Basis pro Familie 5 ha Ackerland und durchschnittlich 45 ha Weideland zugeordnet werden, brauchte die Regierung für die Umsiedlung der 162 000 Familien 8,1 mio ha, für die von der Riddell-Kommission geforderten 220 000 Familien 11 mio ha Land. In dieser Größenordnung schwanken denn auch die offiziellen Angaben. Als Minister Mahachi Mitte letzten Jahres mitteilte, der Staat wolle bis zu 10 mio ha, d.h. rd. 66% des weißen Landes erwerben, zeigte sich CFU-Präsident Sinclair nach außen 'ärgerlich und unglücklich' darüber, daß dabei die Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelproduktion nicht berücksichtigt sei (14), kann ansonsten aber recht gelassen in die Zukunft blicken: 'Wenn wir glaubten, daß dies gelänge, wären wir echt beunruhigt', zitierte der 'Spiegel' Sinclair (15). Ein Vertreter der CFU sagte mir: 'Der Minister ist ein netter Kerl; er weiß, daß er das nicht machen kann. Wir sind in sein Büro gegangen und haben ihn gefragt, warum er so etwas sagt. Er hat geantwortet 'That's politics'.'

Als 'siedlerintensiver' als die individuelle Landvergabe nach 'Modell A' gilt im Ministry of Lands das 'Resettlement-Modell B.', d.h. die Übernahme einer weißen Farm durch eine gemeinsam wirtschaftende Kooperative; dies könnte

auch, sofern es auf freiwilliger Basis erfolgt und sofern die nötigen Qualifikationen vorhanden sind, zur Lösung der genannten Produktivitätsprobleme beitragen, ganz abgesehen davon, daß von der sozialistischen Programmatik her die Einführung kollektiver Produktionsformen in der Landwirtschaft erwünscht ist. Sicher werden mit der Durchführung des Dreijahresplanes dazu verstärkte Anstrengungen gemacht.

Squatting

Viele Leute haben nicht mehr gewartet, sondern die Umverteilung selbst in die Hand genommen: Die Zahl der Squatter beträgt ein Mehrfaches der 'ordnungsgemäß' Umgesiedelten. Zu ihnen gehören sehr verschiedene Gruppen und nicht nur solche, die das Land am dringendsten benötigen: Viele haben Arbeit in der Stadt und wollen Land zusätzlich haben, manche vermieten ihre städtischen Unterkünfte weiter, andere sind mehr am Fällen und Verkaufen von Bäumen interessiert. Squatter siedeln auf benutztem oder unbenutztem Farmland, in staatlichen Wältern, an Fluß- und Seeufern. Sie stellen ein Problem nicht nur für die Organisierung des Resettlement-Prozesses, der oft nur schon geschaffenen Tatsachen hinterherläuft, dar, sondern richten auch große ökologische Schäden an (16). Im vergangenen September klagte der Distriktsverwalter von Mutare, der Hauptstadt der am stärksten betroffenen Provinz Manicaland, allein im Umkreis von Mutare gebe es mehr als 90 000 Squatter, die sehr gut organisiert seien: 'Wenn Sie sie treffen wollen, müssen Sie durch Parteikanäle gehen, ehe Sie mit ihnen sprechen können ... Ich bin inzwischen daran gewöhnt, ihre Delegationen aus ver-

schiedenen Gebieten zu treffen, die ihre Klagen vorbringen. Manche übergeben mir sogar ihre Spenden für das neue ZANU (PF)-Hauptquartier' (17).

Die Reaktion der Regierung war insgesamt eher ratlos. Der frühere Minister of Lands, S. Sekeramayi, stellte richtig fest: 'Das Squatter-Problem ist eine Manifestation und ein Symptom von Landlosigkeit. ... Landlosigkeit ist die Krankheit, die geheilt werden muß' (18). Entsprechend versuchte man weitgehend, die Situation durch Aufkauf der betroffenen Farmen zu legalisieren und die Squatter ins Resettlement-Programm einzubeziehen. Später, als das Problem unkontrollierbare Ausmaße annahm, versuchte man es mit der Setzung eines Stichtages: Wer vor dem Juli 1981 'illegal' Land besetzte, sollte beim Resettlement berücksichtigt werden; später gekommene Squatter sollten zum Verlassen des Landes gezwungen werden (19). Die Polizei wurde zur Vertreibung von Squattern von Privatbesitz autorisiert, es kam zu einer Reihe von gerichtlichen Verurteilungen. Mitte Dezember letzten Jahres schließlich bildete man eine Kommission, die aus Vertretern des Ministeriums für Lokalverwaltung, des Innernministeriums, des Ministry of Lands, der Armee und aus lokalen politischen Führungspersönlichkeiten besteht und die zunächst Manicaland und Mashonaland West bereiste und Squatter durch die Demonstration von Einigkeit der verschiedenen staatlichen Stellen zur Aufgabe bewegen sollte (20). Doch es ist unwahrscheinlich, daß reisende Kommissionen Strukturprobleme lösen können.

Perspektiven des Resettlement-Programms

Was folgt aus den dargestellten Problemen für die Perspektiven des Resettlement-Programms? Zunächst ist festzuhalten, daß trotz aller Mängel große Anstrengungen unternommen werden. Die 'einfache Lösung', das sollte deutlich geworden sein, gibt es nicht. Daß innerhalb der nächsten Jahre auch nur die von der Regierung anvisierten 162 000 Familien umgesiedelt werden, ist nicht zu erwarten. Dr. Paraiwa hat die unangenehme Wahrheit ausgesprochen: 'Eigentlich steht im Moment gar nicht zur Debatte, daß die Regierung die Landfrage völlig lösen könnte. Unsere Priorität ist die Umsiedlung von Leuten, die wirklich verzweifelt sind wie Kriegsflüchtlinge, Entwurzelte und Arbeitslose', sagte er. 'Wir haben deshalb erkannt, daß die Umverteilung von Land nicht das Allheilmittel für sämtliche ökonomischen Probleme Zimbabwes ist. Deshalb müssen wir auch Möglichkeiten in anderen Wirtschaftsbereichen prüfen' (21).

Im günstigen Fall wird es mit viel staatlicher Anstrengung über Jahre hinweg ge-



lingen, die Resettlement-Projekte produktiv und zu einem lebensfähigen Bestandteil des 'Small Scale Commercial Sector' der Landwirtschaft, der bisher von den afrikanischen Farmern in den führenden Purchase Lands gebildet wird, zu machen (22). Es wird sich dann eine breite afrikanische Kleinbauernschicht, die sich von der Bevölkerung der Communal Lands abhebt, entwickeln. Die Übervölkerung und Überlastung der Communal Lands wird auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Um so dringlicher stellt sich die Frage, welche Ansätze zu ländlicher Entwicklung es weiter gibt.

Aufgabe:

'Replanning' der Communal Lands

Natürlich ist ungeheuer viel geleistet worden in den drei Jahren nach der Unabhängigkeit: Durch das Wiederaufbauprogramm ist zerstörte Infrastruktur wiederhergestellt worden; diskriminierende gesetzliche Regelungen, die die Vermarktung der afrikanischen landwirtschaftlichen Produktion behinderten, wurden abgeschafft. Bekannt sind die großen Anstrengungen im Bereich von Erziehungs- und Gesundheitswesen. Aber der Wiederaufbau von Infrastruktur stellt zunächst nur den Vorkriegsstand der Unterversorgung der CLs wieder her, und die Bereitstellung von 'sozialen Dienstleistungen' wie Erziehungs- und Gesundheitsversorgung ist keine hinreichende Bedingung für die wirtschaftliche Entwicklung, kann im Gegenteil sich sehr schnell als unfinanzierbar erweisen, wenn sie nicht von einer wirtschaftlichen Entwicklung getragen wird. Ein Gesamtkonzept zur Entwicklung der CLs, so gestehen Beamte im Ministry of Lands ohne weiteres zu, gibt es noch nicht. Minister Mahachi kündigte Ende letzten Jahres als 'drittes Programm zur ländlichen Entwicklung' "die Neuplanung und Neuentwicklung aller Communal Areas" an (23).

Zum Beginn einer solchen einheitlichen Neuplanung kam man erst, nachdem man nach der Unabhängigkeit zunächst mit alten Plänen und unter ausgesprochenem Kompetenzwirrwarr verschiedener an ländlicher Entwicklung beteiligter Ministerien weitergearbeitet hatte. Der 'Integrierte Plan für ländliche Entwicklung' von 1978 hatte vor allem auf Bewässerungsprojekte, die Entwicklung von 'Growth Points', ein begrenztes Resettlement-Programm und das Konzept der 'Intensive Rural Development Areas' (IRDAS) gesetzt (24).

Diese Bestandteile finden sich auch noch in der ZIMCORD-Dokumentation von 1981: Man will Bewässerung weiterentwickeln, übernimmt aus dem Plan von 1978 die fünf IRDAs, in denen man eine "integrierte Strategie für ländliche Entwicklung" durchführen will: "Bewässe-

rungsprojekte, verbesserte Beratungsdienste, die Bereitstellung von Inputs und Schaffung von Vermarktungsmöglichkeiten, sozialen Diensten und Stadtentwicklung werden wahrscheinlich die Komponenten des Programms für diese Gebiete sein" (25). In den Communal Lands allgemein soll ein "Netzwerk von städtischen Plätzen mit der Aufgabe, landwirtschaftliche Inputs, Produktmärkte, Läden und Dienstleistungen mit Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzustellen", entstehen: Growth Points, Rural Service Centers und einfache 'Business Centers', d.h. Läden (26). Allgemein, so heißt es in der ZIMCORD-Dokumentation weiter, sollen die Infrastruktur der afrikanischen Gebiete verbessert und soziale Dienstleistungseinrichtungen geschaffen werden (27).

Die IRDAs sind heute bei den zimbabwischen Planern aus der Diskussion. Man will demgegenüber mit dem 'Replanning' der CLs eine einheitliche Gesamtplanung statt der Ausgrenzung einzelner Gebiete. Die einzelnen Bausteine einer solchen Strategie werden jedoch notwendigerweise dieselben bleiben.

Ländliche Industrialisierung

Große Entwicklungseffekte und die Schaffung von Arbeitsplätzen verspricht sich die zimbabwische Planung von einer Politik ländlicher Gewerbeförderung. Durch Anreize und staatliche Lenkung soll die Dezentralisierung von Industrie, die zu 70% in Harare und Bulawayo konzentriert ist, gefördert werden; auch Growth Points sollen von privaten Investitionen profitieren (28). Eine Small Enterprise Development Corporation (SEDCO), die im Handelsministerium eingerichtet wird, soll den Aufbau kleiner ländlicher Handels- und Gewerbebetriebe – privat oder kooperativ organisiert – unterstützen. Das Bauministerium fördert die Bildung von 'Baubrigaden' und 'Baukooperativen', die Bauarbeiten verbilligen und Beschäftigung schaffen (29). All dies sind Ansätze, die vom Ziel einer Durchdringung der ländlichen Gebiete mit Kleingewerbe, -industrie und Handelsunternehmen jedoch noch weit entfernt sind. Eine an der Universität in Harare durchgeführte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß Zimbabwe einen der am wenigsten entwickelten ländlichen Gewerbesektoren habe; kaum 5% der Landbewohner seien im industriell-gewerblichen Bereich beschäftigt (30).

Staatsfarmen

Zu den 'Formen sozialistischer Eigentumsverhältnisse', die der Dreijahresplan einführen will, gehören auch Staatsbetriebe, die im Bereich der Landwirtschaft von der parastaatlichen Agricultural and Rural Development Authority (ARDA),

die dem Ministry of Lands untersteht, betrieben werden. ARDA expandiert in aktuellen Mangelbereichen wie Reis, Weizen, Soja und Sonnenblumenproduktion. (31). Die staatliche Landwirtschaft hat Aufgaben vor allem im Hinblick auf die Brotkorbfunction, die Zimbabwe im Rahmen der SADCC und von internationalen Organisationen zugeschlagen ist, und bei der geplanten Schließung von Lücken bei der eigenen Nahrungsmittelversorgung. Der Dreijahresplan sieht die Bildung von Staatsfarmen in jeder Provinz Zimbabwes auch als Modelle für Bauernkooperativen vor (32).

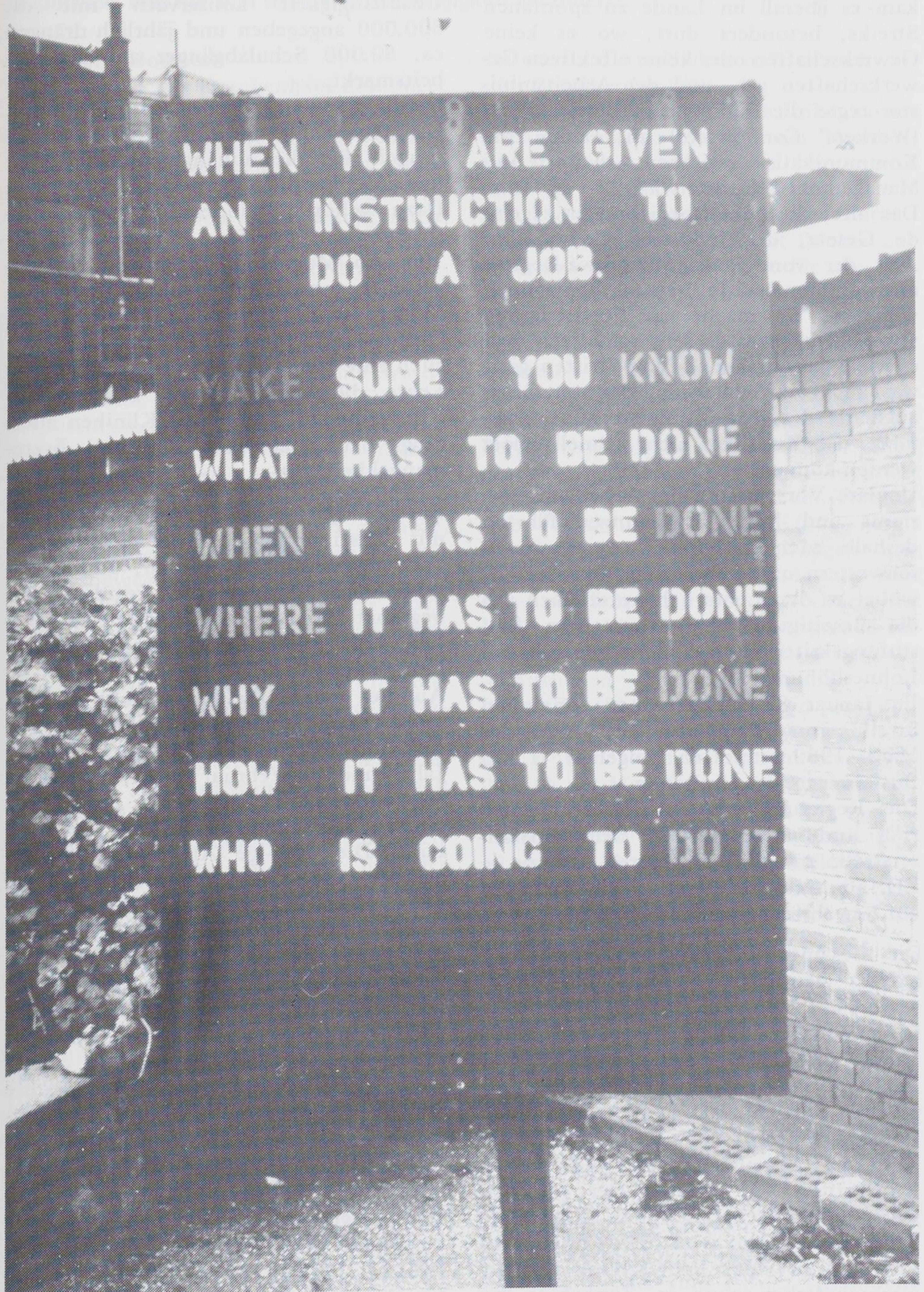
Anmerkungen

1. Zum Resettlement-Prozeß und anderen Bestandteilen ländlicher Entwicklung vgl. die früheren Artikel in Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 6/1982 und Nr. 7 - 8/1982
2. Zimcord Conference Documentation, 1981, S. 3
3. The Herald 20/9/82
4. The Herald 21/9/82
5. The Herald 23/9/82 und 30/9/82
6. The Sunday Mail 30/1/83
7. The Herald 7/9/82
8. Vgl. Äußerungen des Stellvertretenden Minister of Lands, M. Dube, in The Herald 22/1/83
9. Riddell, Roger, The Land Question in Rhodesia, Mambo Press 1978
10. Integrated Plan for Rural Development, July 1978, S. 20 f
11. Republic of Zimbabwe, Transitional National Development Plan 1982/83 – 1984/85, Harare 1982, S. 65
12. The Sunday Mail 12/8/82
12. Transitional National Development Plan, a.a.O., S. 50
14. Moto, July 1982, S. 5
15. Der Spiegel 21/2/83
16. Moto, July 1982, S. 6 ff
17. The Herald 20/9/82
18. The Herald 18/1/82
19. The Herald 15/2/82 und 5/3/82
20. The Herald 22/12/82
21. The Herald 20/9/82
22. Vgl. Transitional National Development Plan, a.a.O., S. 67
23. The Herald 9/11/82
24. Integrated Plan for Rural Development, a.a.o., S. 22 ff, S. 25 ff
25. Zimcord Conference Documentation, a.a.O., S. 41
26. Ebd., S. 40
27. Ebd., S. 42
28. Transitional National Development Plan, a.a.O., S. 54 ff; vgl. auch S. Muzenda, in The Herald 4/8/82
29. The Herald 19/8/82; The Sunday Mail 12/9/82
30. C. Stoneman/B. Zwizwai/J. Kaliyati/C. Utete, Industry and Rural Development in Zimbabwe. Paper presented at the Zimbabwe Economic Society Conference on Rural Development, Juni 8 - 10, 1981, S. 2.
31. The Herald 27/10/82
32. Transitional National Development Plan, a.a.O., S. 20

Lohnarbeiter in Zimbabwe

Gewerkschafts- und Einkommensentwicklung

Zimbabwe-Informationsgruppe



Anweisung für afrikanische Arbeiter, Trojan Nickel Mine (Anglo American Corporation), Bindura

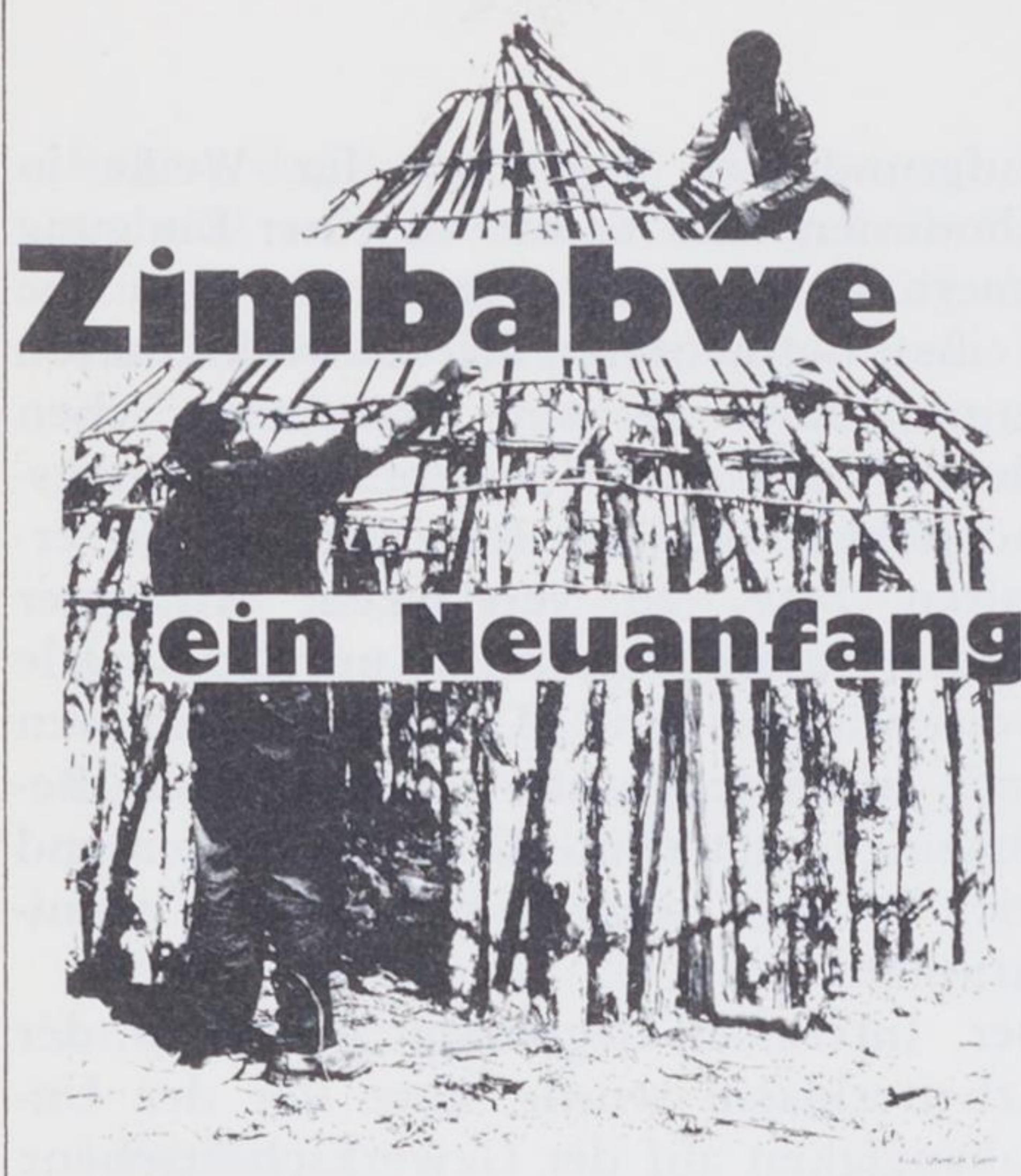
Aufgrund der Vorrechte für Weiße in Rhodesien kam es nie zu einer Einigung innerhalb der Arbeiterklasse, denn die Weißen betrachteten ihre Gewerkschaften immer auch als ein Instrument, eben diese Vorrechte (bessere Ausbildungsmöglichkeiten, Job Reservation), zu erhalten bzw. zu verstärken. Afrikaner mußten deshalb getrennt um die soziale Gerechtigkeit und Gleichheit kämpfen und gründeten unter schwierigsten Bedingungen getrennte Gewerkschaften und wie bekannt eigene politische Organisationen.

Der Interessen-Gegensatz innerhalb der Arbeiterklasse wurde kurz vor der Unabhängigkeit auf der Gewerkschaftsebene etwas verwischt, als sich der Rhodesischen Front, ZANU (Sithole) und Muzorewa nahestehende Gewerkschaften zu einem gewerkschaftlichen Dachverband, nämlich den United Trade Unions of Zimbabwe (UTUZ) zusammenschlossen, ohne daß es dabei zu gemeinsamen Aktionen kam.

Kurz danach, noch im Jahre 1980, wurde durch den Arbeitsminister ein Koordinierungsausschuß einberufen, der die Gründung eines neuen und einheitlichen Gewerkschaftsbundes in Zimbabwe vorbereiten sollte. Zurecht wurde dabei von Gewerkschaftern kritisiert, daß die meisten Mitglieder dieses Ausschusses ZANU-PF-Mitglieder wären und daß dadurch die Ausgewogenheit nicht gewährleistet sein würde. Obwohl dann der Koordinierungsausschuß erweitert wurde, verließen einige Gewerkschafter mit ZAPU- und ZANU- (Sithole-) Couleur den Ausschuß, weil nach ihrer Meinung der politische Einfluß der ZANU/PF und der Regierung zu groß wäre.

Im März 1981 kam es dann zur Gründung des **Zimbabwe Congress of Trade Unions** (ZCTU) als neuem Gewerkschaftsdachverband, wobei die Mandatsprüfungs-Kommission, die die Anzahl der Delegierten der Einzelgewerkschaften auf dem Gründungskongress nach deren Mitgliederzahl festlegte, nicht genau feststellen konnte, ob die angegebene Mitgliederzahl tatsächlich den Realitäten entsprach. Es kam zu Kampfabbestimmungen zwischen den hauptsächlich in Harare beheimateten ZANU-PF-Aufsteigern und den erfahreneren Gewerkschaftern aus Bulawayo. Im Führungsgrremium des ZCTU konnten sich mit Ausnahme des Schatzmeisters und eines stellvertretenden Generalsekretäres der ZANU/PF angehörende Gewerkschafter durchsetzen.

Dem Gründungskongress des ZCTU vorausgegangen waren Absplitterungen und Neugründungen von Gewerkschaften von bereits bestehenden. Diese neuen Gewerkschaften wurden vorwiegend von



Informationsmappe herausgegeben von AKAFRIK (Aktionskomitee Afrika) e.V. 1000 Berlin 61, Friedr.str. 296, Tel. 030/2510268 • Anti-Apartheid-Bewegung e.V. 5300 Bonn 1, Blücherstr. 14, Tel. 0228/21358 • Arbeitsmarkt, Postfach 4126, Tel. 0228/213172 • Arbeitsmarkt und Information Südliches Afrika e.V. 5300 Bonn 1, Blücherstr. 14, Tel. 0228/213488 • medien international e.V. 1000 Frankfurt-Hausen, Landstr. 147, Tel. 0611/490350 • Organisationsteilkomitee der Afrika Solidaritätsgruppen, 4600 Bochum 25, Postfach 250240, Tel. 0234/492506 • terre des hommes Deutschland e.V. 4500 Osnabrück, Postfach 4126, Tel. 0541/73036 • Weltfriedensdienst 1000 Berlin 61, Friedr.str. 296, Tel. 030/2510516 • Zimbabwe Hilfsaktion e.V. (ZHAI) 4630 Bochum 1, Graffing 47, Tel. 0234/31272

Die Mappe informiert in 10 ein- bis zweiseitigen Artikeln knapp und verständlich über die Bilanz von 2 Jahren Unabhängigkeit, Wiederaufbau, Versöhnungspolitik, Landreform, Geschichte Zimbabwes, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Erziehungswesen, Situation der Frauen. Die Mappe soll der Informationsarbeit auch im Rahmen der Unterstützung für ein Schulfarmprojekt in Zimbabwe, das Brot für die Welt gemeinsam mit verschiedenen Solidaritätsgruppen finanzieren wird, dienen. "Schulfarmen" für frühere Flüchtlingskinder in Zimbabwe sollen den Grundstein für eine Umgestaltung des Bildungswesens zu "Erziehung mit Produktion" legen. Die Mappe ist auch für Unterrichtszwecke gut geeignet.

Sie kann zum Preis von DM pro Einzelexemplar bezogen werden, u.a. bei: ISSA (Informationsstelle Südliches Afrika) e.V., Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/21 32 88

C 7527 F
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
KORRESPONDENZ



EPK

4/82 (Nov.) DM

Der ZCTU hatte und hat auch heute noch ca. 50 Mitgliedsgewerkschaften mit 300.000 (?) Gewerkschaftsmitgliedern, wobei eine effektive Vertretung wohl nur in der Textilbranche, der Bekleidungs-Industrie, im Bergbau, bei den Eisenbahnern, der Nahrungsmittelindustrie, in der Motorenherstellung sowie bei den Gemeindearbeitern gewährleistet ist. Daneben gibt es noch eine Beamten-Standesorganisation mit stärker werden- den gewerkschaftlichen Tendenzen, die auch monatlich eine Zeitung (The Record) herausgibt.

Schon vor und nach der Unabhängigkeit kam es überall im Lande zu spontanen Streiks, besonders dort, wo es keine Gewerkschaften oder keine effektiven Gewerkschaften gab, und der Arbeitsminister regte die Bildung von Betriebsräten (Workers' Committees) an, damit "die Kommunikation zwischen Arbeitern und Management gefördert wird."

Das alte, die Arbeitsbeziehungen regelnde Gesetz, der Industrial Conciliation Act, der vom Smith-Muzorewa-Regime übernommen wurde, ist auch heute noch wirksam. Er macht die Registrierung von Gewerkschaften sehr schwierig, weil es viele bürokratische Vorschriften gibt, was auch bei Schlichtungen unter Oberaufsicht des Arbeitsministeriums dazu führt, daß Konflikte nicht schnell gelöst werden können.

Unklare Vorschriften des Arbeitsministeriums und hohe Erwartungen führten deshalb auch zu Streiks von Krankenschwestern und Lehrern im Oktober 81, wobei es den Lehrern hauptsächlich um die Beseitigung von ungerechten Einstufungskriterien und nicht generell um Lohnerhöhung ging.

Im Januar 82 gab es einen spontanen Streik von Weichenstellern, und im März 1982 streikten ungefähr 1.800 Busfahrer im ganzen Lande.

Die Regierung verhielt sich sehr autoritär und verhaftete z.B. beim Busfahrerstreik ca. 400 Busfahrer, die zu je ZD 50 Geldstrafe und Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt wurden.

Die Gesamtbevölkerung von Zimbabwe beträgt heute ca. 8 Mill. Einwohner, wovon ca. 1,06 Mill. (Stand Juni 1982) in abhängiger Arbeit beschäftigt sind: Landarbeiter 287 Tsd.; verarbeitende Industrie 182 Tsd.; Hausangestellte und private Gärtner 101 Tsd.; Öffentliche Gewerkschaftern, die der ZANU/PF angehörten (– teilweise opportunistischen Konvertiten –), geführt. Der von den neuen Gewerkschaftsgruppen ausgehende Konkurrenzkampf wirkt heute noch nach und hat zu einer Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in Zimbabwe geführt. Das trifft auch auf den ZCTU zu, der immer noch innerlich zerstritten und auch deshalb machtlos ist.

Dienste 81 Tsd.; Handel, Restaurants und Hotels 80 Tsd.; Erziehungswesen 71 Tsd.; Bergbau 51 Tsd.; Transport und Fernmeldewesen 50 Tsd.; Gesundheitswesen 19 Tsd.; Finanz- und Versicherungswesen 14 Tsd.; Elektrizität und Wasser 6 Tsd.; restliche 118 Tsd.

Die Mehrheit der Arbeiterschaft hat aber durch ihre Familie immer noch Verbindung zum Land. Ein Teil der Löhne wird zur Bebauung ihres Landes und zum Unterhalt ihrer Familie transferiert und dient im Falle von Alter und Arbeitslosigkeit als Absicherung. Die Anzahl der Arbeitslosen wurde vor der Unabhängigkeit konservativ mit ca. 500.000 angegeben und jährlich drängen ca. 80.000 Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt.

Durch die sozialistische (Reform)-Politik konnten bisher umfangreiche Verbesserungen für die abhängig Beschäftigten und ihre Familien herbeigeführt werden. Dazu gehören Mindestlöhne für Industriearbeiter in Höhe von zur Zeit ZD 105 pro Monat, im Falle von Hausangestellten und Landarbeitern ZD 50 pro Monat, sowie der rapide Aufbau von Grund- und Oberschulen. Dazu gehört auch eine freie Gesundheitsversorgung für Leute, die weniger als ZD 150 pro Monat verdienen, wobei die Kliniken allerdings häufig überfüllt sind und Ärztemangel herrscht.

Entlassungen können gegenwärtig nur mit Zustimmung des Arbeitsministeriums ausgesprochen werden, und Lohn erhöhungen sind staatlich reguliert und begrenzt. Preise von Grundnahrungsmitteln und Mieten sind direkt staatlich kontrolliert.

Auf der anderen Seite gibt es seit Januar 1982 noch keinen Ausgleich für die Inflation (offizielle Schätzung 17% pro Jahr) und im Februar 1983 wurden die Verkaufssteuern auf 15%, bzw. bei einigen speziellen Gütern auf 19% erhöht. Die 20%-ige Abwertung im Dezember 1982 hat sicherlich auch negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung. Für Mitte des Jahres hat die Regierung eine Revision der Mindestlöhne angekündigt.

Die Weltwirtschaftskrise trifft natürlich auch Zimbabwe und die Regierung ist in einigen Fällen gezwungen, Bergbaubetriebe durch langfristige Kredite von der Schließung abzuhalten. Trotzdem kam es schon zu Schließungen und Entlassungen. In diesem Jahr soll auch noch der Industrial Conciliation Act ersetzt werden; das neue Arbeitsgesetz entspricht nach Meinung der Zeitschrift 'Moto' (Januar 1983) nicht dem Interesse der Arbeiter, weil u.a. das Streikrecht eingeschränkt und die Übermacht des Arbeitsministeriums beibehalten werden.

Pamberi ne Utano – Vorwärts mit der Gesundheit

Zimbabwes Gesundheitswesen an der Basis erlebt

Reinhard Schuon*

Morgenster, ein Missionskrankenhaus mit 220 Betten, liegt südlich von Masvino (Fort Victoria). Hier arbeiten seit gut einem Jahr drei deutsche Ärzte, vermittelt von Dienste in Übersee. Was hat sich seit der Unabhängigkeit verändert?

Morgenster Hospital

Bis 1978 war das Krankenhaus dominiert von Weißen, überwiegend Südafrikanern. Der Krankenhaussträger, die Reformierte Kirche von Zimbabwe, war und ist materiell von der südafrikanischen Staatskirche abhängig. Doch dann wurde Mitte 1978 der Krieg zu heiß, die Situation zu unsicher und alle Weißen wurden evakuiert. Sie drohten: nach einer Unabhängigkeit wären keine Weißen mehr bereit, in Morgenster zu arbeiten. Es folgte eine schwere Zeit. Das Krankenhaus wurde ohne Doktor wie ein ländliches Gesundheitszentrum (Clinic) weitergeführt. Frau Mahanya, Medical Assistant, erzählt: "Tagsüber arbeiteten wir im Krankenhaus, wurden von rhodesischen Sicherheitskräften drangsaliert und verhört, nachts mußten die Angehörigen der Befreiungsbewegung mit Nahrung und Kleidung versorgt werden." Wenn der Krankenwagen z.B. eine Frau wegen eines Kaiserschnitts ins 20 km entfernte Fort Victoria bringen sollte, mußte erst mit den "boys", der Befreiungsbewegung verhandelt werden, dann mit den rhodesischen Sicherheitskräften. Die einen kontrollierten die Staubstraße im waldigen Bergland, die anderen die mehr übersichtlichere Teerstraße durchs weiße Farmerland. Dies änderte sich erst mit der Unabhängigkeit im April 1980. Danach wurde Morgenster einmal wöchentlich von einem Arzt besucht. Die Arbeit begann erst wieder in vollem Umfang im Juni 1981 mit Rückkehr des ehemaligen zimbabwischen, weißen Arztes ins Krankenhaus und Ankunft des ersten Doktors aus Deutschland.

Dieser kurze Abriß mag stellvertretend für die Situation vieler ländlicher Krankenhäuser nach dem Krieg sein, die meisten davon in Händen von Missionen oder Kirchen. 1979 waren etwa die Hälfte aller kirchlichen Krankenhäuser oder Clinics geschlossen oder zerstört (1). Der Staat hatte sich bis dahin mehr auf die Versorgung der Städte und der weißen Farmgebiete konzentriert, hatte für deren Versorgung zweimal soviel Mittel verwen-

det wie für die restlichen 85% der schwarzen) Bevölkerung (2).

Nach Wiedereröffnung des Krankenhauses bestand zunächst ein enormer Nachholbedarf. Die Ambulanz war immer voll und das Krankenhaus überfüllt. Fast während des ganzen Jahres lagen Patienten zwischen den Betten mit Decken auf dem Boden. Dies bedeutete für alle Mitarbeiter viel zusätzliche Arbeit und Belastung.

Seit 1980 ist die Gesundheitsversorgung kostenlos für alle, die weniger als 150,- ZS (375,- DM) monatlich verdienen. Der Mindestlohn für einen Industrie- oder Bergarbeiter liegt bei 105,- ZS (262,- DM) der eines Hausangestellten mit 54 Stunden wöchentlicher Höchstarbeitszeit oder eines Farmarbeiters bei 50 ZS (125,- DM). Um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen: eine Studie aus Bindura, nördlich von Harare, errechnete für 1981 eine Einkommensarmutsgrenze für Arbeiter auf großen Minen mit der durchschnittlichen 7-köpfigen Familie von 126,8 ZS (316,- DM) (3). Die praktisch kostenfreie Behandlung der Patienten ist die größte Veränderung im kurativen Bereich der Medizin seit der Unabhängigkeit.

Früher kostete in Morgenster ein Kaiserschnitt ca. 15,- DM, eine normale Geburt 12,- DM. Heute kostet ein Besuch pauschal 2,50 DM für alle, die über 150 ZS monatlich verdienen.

Der Wegfall dieser Einnahmen hat die finanzielle Situation des Krankenhauses zugesetzt: flossen früher reichlich Gelder aus Südafrika, so sind sie jetzt spärlich geworden. So fehlt es an Geld, um einen neuen Krankenwagen zu kaufen, um dringend benötigte Häuser für Mitarbeiter zu bauen. Die Regierung zahlt zwar Grundgehälter und Ausgaben für Patientenverpflegung und liefert Medikamente, aber wir befinden uns in einer verzwickten Lage. Die Arbeit hat zugenommen, doch neue Mitarbeiter sind schwer zu finden: schlechte Unterkünfte und die ländliche abgeschiedene Lage sind nicht attraktiv. Hinzu kommen Unterschiede in Gehäl-

tern, die ein Überwechseln von Regierungsinstitutionen zu privaten, kirchlichen Krankenhäusern nicht fördern. Hier liegt eines der größten Hindernisse, die Personalstruktur im ländlichen Bereich zu verbessern. Langfristig muß es wohl zu einer Gleichstellung aller Mitarbeiter im Gesundheitswesen kommen. Dabei muß dann über die Rolle und Behandlung des privaten Medizinsektors nachgedacht werden.

Basisgesundheitsversorgung

Am deutlichsten verändert sich das Gesundheitswesen seit 1980 durch die größere Betonung der Präventivmedizin und durch den Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung. Hier sind die Mittel von 5% auf 20% des Budgets gestiegen. Der Hintergrund für diese Entscheidung ist die Erkenntnis, daß etwa 80% der hiesigen Krankheiten vermeidbar sind durch Verbesserungen der Hygiene, durch bessere Ernährung, Impfen, Gesundheitserziehung. Die "Krankheiten der Armut" wie Fleckfieber, Cholera, Pest, Tuberkulose, Unterernährung waren früher auch in Europa die Regel und sind erst durch Verbesserungen der Lebensbedingungen enorm zurückgegangen. Die Entdeckung der Antibiotika und der Impfstoffe trugen dazu nur in geringem Umfang bei (4). Allein durch Verbesserung der Wasserversorgung, Abwasser- und Kotbeseitung und Bekämpfung der Hausfliege werden Krankheiten wie Durchfall, Typhus, Cholera, Leberentzündung und Augenentzündung wie das Trachom entscheidend beeinflußt. (5,6). Vitaminpillen und Kampagnen zur Familienplanung haben weniger Einfluß auf die Ernährungslage und das Bevölkerungswachstum als ausreichend zur Verfügung stehendes Land, Wasser und Schulbildung (7). Aus diesen Erkenntnissen heraus hat sich die Gesundheitspolitik verändert. Nicht neue, teure Krankenhäuser sind zu errichten, sondern es gilt einen möglichst umfassenden, wissenschaftlich vertretbaren, billigen und möglichst dezentralisierten, bevölkerungsnahen Gesundheitsdienst aufzubauen, die sogenannte Basisgesundheitsversorgung (10).

Die Dorfgesundheitsarbeiterin

Im Moment konzentrieren sich alle Bemühungen auf dieses Ziel. Eckpfeiler für dieses Programm sind 1. ein gut ausgebildeter und motivierter Dorfgesundheitsarbeiter (village health worker, VHW), 2. eine qualifizierte Unterstützung und

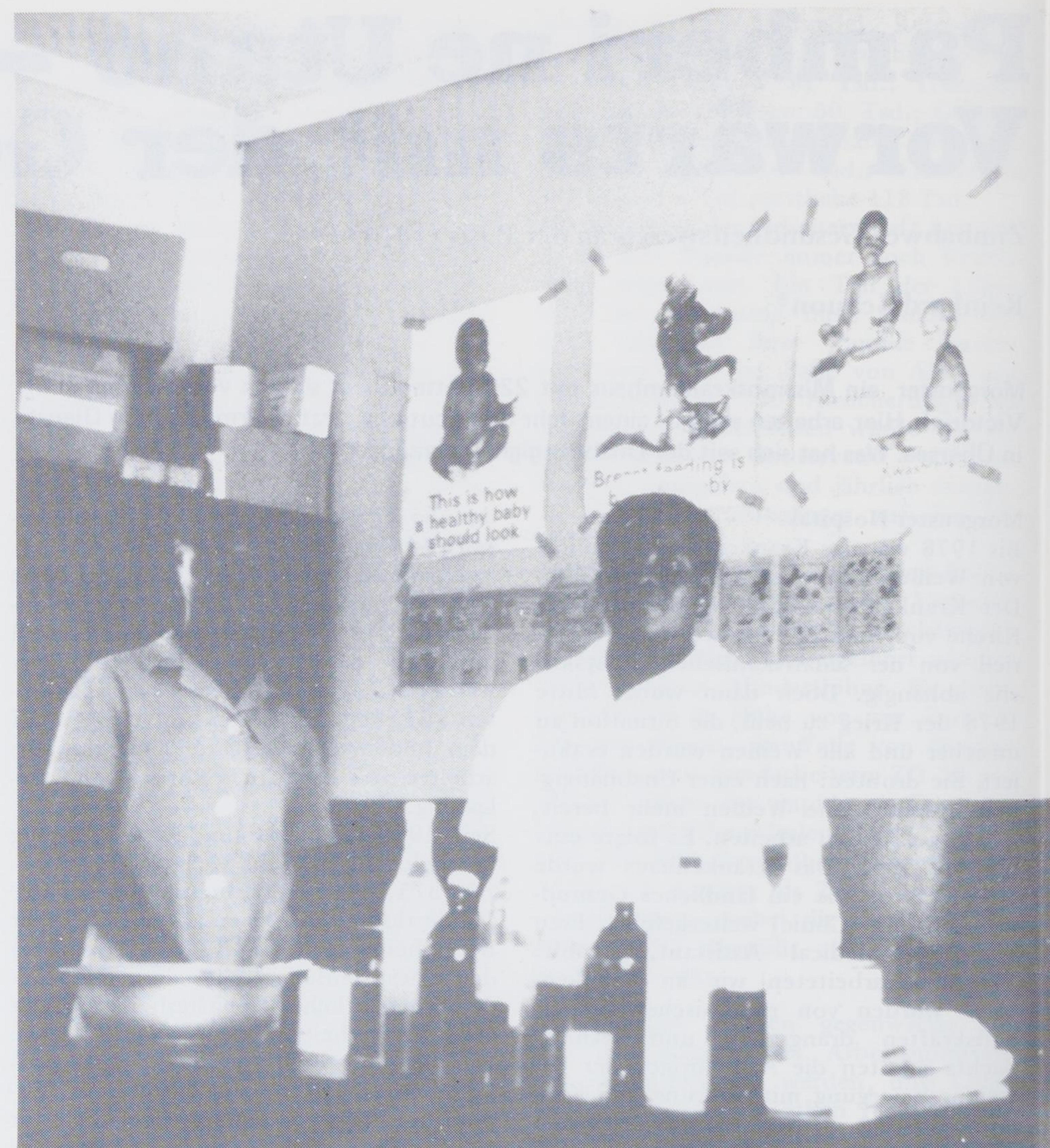
Überwachung desselben, 3. eine funktionierende Überweisungskette für Patienten.

Wer ist dieser Dorfgesundheitsarbeiter (VHW)? Er entspricht etwa dem chinesischen Barfufu-Fußdoktor, hat jedoch mit unserem Bild vom Arzt wenig gemein; die meisten VHWs sind Frauen. Die Aufgaben der VHWs in Zimbabwe lassen sich in drei Bereiche aufteilen; die Reihenfolge entspricht der Wichtigkeit:

1. Motivationsarbeit und Aufklärung der Bevölkerung. Dazu gehören Gesundheitserziehung wie persönliche Hygiene, Ernährung, Familienplanung. Weiterhin sollen sie zum Errichten von Brunnen und Latrinen anregen. Das eigentliche Bauen geschieht in enger Zusammenarbeit mit dafür speziell ausgebildeten Health Assistants.

2. Präventivmedizin: Die VHWs unterstützen an Impftagen das Personal der Clinics, motivieren Schwangere, zur Schwangerenvorsorge zu gehen. Seit kurzem haben wir ein System entwickelt, durch das die Dorfgesundheitsarbeiterin von jedem im Krankenhaus behandelten unterernährten Kind erfährt. Sie besucht dann die Familie und versucht, einem Rückfall vorzubeugen. Durch die Teilnahme an dem Impfprogramm sieht sie auch viele untergewichtige Kinder selbst, schreibt sich Namen und Adresse auf und organisiert dann sogenannte Fütterungspunkte. Dort kochen die betroffenen Mütter unter Anleitung täglich eine warme Mahlzeit für ihre Kinder. Dabei ist auch Zeit, sich über Ernährung, Hygiene und andere Familienprobleme auszutauschen, die Nahrungsmittel für dieses Programm werden vom Gesundheitsministerium bereitgestellt. Als Problem stellt sich heraus, daß viele Mütter meinen, diese eine Mahlzeit sei ja nun gut genug für den Tag. Die eigentliche Zielsetzung wird damit verfehlt, nämlich dem Kind eine zusätzliche Mahlzeit pro Tag anzubieten. Insgesamt kann dieses Programm auch nicht mehr sein als ein Tropfen auf den heißen Stein, denn dieses Jahr blieb der Regen in den meisten Teilen des Distrikts aus; wir rechnen jetzt mit einem 100%igen Ernteausfall, und ganze Dorfgemeinschaften sind auf Nahrungsmittel aus dem Dürrehilfsprogramm angewiesen.

3. Kurative Medizin: dieser in Deutschland als am wichtigsten empfundene Teil medizinischer Aufgaben spielt für die VHW nur eine untergeordnete Rolle. Sie wird ausgebildet, die häufigsten Krankheiten wie Malaria, Durchfall, Wurmerkrankungen, Unterernährung, Augenentzündung zu erkennen. Mit Kenntnissen



in Erster Hilfe und Flüssigkeitstherapie bei Durchfallerkrankungen sowie ausgerüstet mit fünf Medikamenten wie Chloroquin gegen Malaria, Aspirin gegen Schmerzen und Fieber, Rubriment gegen schmerzende Glieder, eine Hautdesinfektionslösung für Wunden und Tetracyclinsalbe gegen Augenentzündungen kann sie viele Patienten selbst früh behandeln. Schwierige Fälle werden an das nächstgelegene Gesundheitszentrum überwiesen.

Wir haben jetzt 25 ausgebildete und anerkannte Dorfgesundheitsarbeiter in unserem Distrikt, viel zu wenig bei einer Bevölkerungszahl von etwa 120 000 Menschen. Aber es ist ein deutlicher und guter Anfang, jedes Jahr werden etwa 25 dazukommen. Das Ziel ist 1 VHW je 1000 - 3000 Einwohner. Aufgaben und Organisation sind von der WHO festgelegt:

– VHW ist ein Teilzeitberuf, der es der VHW ermöglicht, weiterhin ihrer Arbeit nachzugehen. Zusätzliche Unterstützung soll durch die Gemeindeverwaltungen kommen.

Die VHWs sind von den Dorfbewohnern selbst gewählt. Das wird hier durch die Regierungspartei ZANU organisiert.

Sie werden im Distrikt selbst ausgebildet, bei uns im trockensten Gebiet Nyajena in der Nähe eines grösseren Gesundheitszentrums. Der Entfremdungswirkung einer stadtzentrierten Ausbildung soll entgegengewirkt

werden. Ein Kurs dauert 3 Monate, gefolgt von Wochenkursen zur Auffrischung während der nächsten zwei Jahre.

Die Arbeit der VHW kann nur erfolgreich sein, wenn sie qualifiziert unterstützt wird. Der Health Assistant leitet den Bau von Latrinen und Brunnen, das Personal der örtlichen Clinic hilft bei medizinischen Fragen, und die Auffrischungskurse im Trainingszentrum versuchen ebenfalls, der beruflichen Vereinsamung der VHW vorzubeugen. Jeden Monat fertigt die VHW einen kurzen Tätigkeitsbericht, der Grundlage für die Diskussion über die Probleme in der nächstgelegenen Clinic und für den Distrikt ist. So entsteht ein Kontakt zwischen kurativer und präventiver Medizin, zwischen Peripherie und Zentrum.

Zusammenfassend lässt sich sagen, daß dieses Programm bisher sehr erfolgreich ist und daß die Motivation der meisten VHWs sehr gut ist. Problematisch bleibt, daß die VHWs zeitlich überlastet sind und daß ihre Bezahlung in Zukunft noch nicht gesichert ist, denn die UNICEF hat nur die Kosten für die Ausbildung und für die ersten zwei Jahre Arbeit übernommen. Weiterhin besteht die Gefahr, daß VHWs sich später in medizinischen Institutionen bewerben und somit diese Ausbildung als Einstieg in eine traditionelle medizinische Laufbahn genutzt wird. Eine endgültige Einschätzung über den Erfolg des Programms kann es erst in 2 - 3 Jahren geben.

Clinics und Distriktkrankenhaus

Eng mit diesem Programm verbunden ist unsere Arbeit in Morgenster, dem Distriktkrankenhaus für den Masvingo-Distrikt. Jeder Doktor hat monatlich einige Gesundheitszentren (clinics) zu besuchen. Vor dem Krieg waren es acht, jetzt sind es schon 15 und in absehbarer Zeit werden es 18 sein. Da ist schon ein Hauch von Neubeginn, daß wir nicht länger nur missionseigene Clinics besuchen, sondern auch staatliche und sogar katholische.

Die Gesundheitszentren (Clinics) sind die erste Anlaufstation für die kurative Medizin. Hier arbeiten in der Regel 2 Medical Assistants und 2 - 3 Helfer. In 2 - 3 Räumen werden täglich etwa 20 - 60 Patienten ambulant gesehen und behandelt, werden monatlich zwischen 4 und 30 Frauen entbunden. Etwa 2 Betten stehen für schwere Kranke zur Verfügung. Wichtig bei der Arbeit in den Clinics ist die Vorauslese von eventuellen Notfällen, vor allem in der Geburtshilfe. Durch regelmäßige Schwangerenvorsorge ist dies möglich, und ein genauer Plan schreibt vor, wann eine Schwangere ins Krankenhaus überwiesen werden muß. Treten doch einmal Komplikationen auf, wird der Transport sehr teuer. 30 - 60 DM sind dann schnell notwendig, um einen privaten Autobesitzer zu bewegen, jemand ins 20 - 50 km entfernte nächste Krankenhaus zu bringen.

Basisgesundheitsdienst in Zimbabwe: "Unsere Aufgabe ist es, die Leute gesund zu halten, nicht ihre Krankheiten zu heilen." (Gesundheitsarbeiterin) In den Dörfern wurden Gesundheitsstationen eingerichtet. Gesundheitsarbeiter/innen informieren über Hygiene und Ernährung aus einheimischen Pflanzen und Früchten, sorgen für Malaria-Prophylaxe...



Wenn wir diese Clinics besuchen, kommt es vor allem darauf an, das Personal in seiner Arbeit zu unterstützen, Zeit für Fragen und Probleme zu haben. Wir sehen gemeinsam Patienten an, bei denen der Medical Assistant nicht sicher ist, in Diagnose oder Therapie, gehen andere Krankheiten durch, die ähnlich aussehen. Außerdem bereiten wir uns zu verschiedenen Themen auf Diskussionen vor und hoffen so, Anregungen zu geben und Bekanntes nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Diese Besuche werden zusätzlich genutzt, um Impfampullen und Nahrungsmittel zu den Clinics zu bringen und oft auch Zement für die VHWs für Latrinen und Brunnen. Auf dem Rückweg ist der Krankenwagen oft voll mit Kranken, die in Morgenster weitere Untersuchungen oder Therapie brauchen.

Seit knapp einem Jahr hat sich die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Clinics und dem Distriktkrankenhaus durch die vom Gesundheitsministerium vorgeschlagene Einrichtung einer "Gesundheitsversammlung" auf Distriktebene (District Health Authority) deutlich verbessert. Jede mit Gesundheit im weiteren Sinn befaßte Institution sendet einen Repräsentanten, außerdem ist ein Abgeordneter der Distriktsverwaltung zugegen. Hier können Probleme gemeinsam diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht werden. Es wird leichter, neue Programme wie das von der SHO finanzierte Erweiterte Impfprogramm (EPI) für Kinder unter fünf Jahren zu beginnen. Auch die Koordinierung des Programms zur Überwachung der ambulanten Therapie bei Tuberkulosepatienten und jenes zur regelmäßigen Betreuung von psychiatrischen Patienten durch einen speziellen Psychiatric Medical Assistant wird besser. Nicht so reibungslos ist bei uns die Zusammenarbeit mit den politischen Distrikträgern. Hier gilt es, Mißtrauen abzubauen und geduldig zu bleiben. Entscheidungsprozesse brauchen oft mehr Zeit, als wir es uns von außen kommend vorstellen.

Moderne und traditionelle Medizin

Nicht vertreten in dieser Versammlung sind die 'nangas, die Heiler der afrikanischen Medizin, und die traditionellen Hebammen. Einmal gab es bisher ein offizielles Treffen mit ihnen. Dabei wurde bestätigt, daß ihre Domäne psychische und psychosomatische Störungen sind und wir mehr für Krankheiten zuständig sind, die durch die (magische?) Injektion verhinderbar oder heilbar sind. Aber im Grunde findet keine offene Zusammenarbeit statt. Auch auf nationaler Ebene kommt der Versuch, die 'nangas zu organisieren und eine offizielle Zusammenarbeit zwischen westlicher und traditioneller Medizin zu beginnen, nur langsam voran (8). In einem benachbarten

Krankenhaus finden jedoch Kurse für traditionelle Hebammen über Hygiene bei der Geburt und sonstige Probleme statt. Aber solche Ansätze scheinen selten zu sein.

Dabei sind beide Bereiche im Alltag aufeinander angewiesen: wir empfehlen öfters 'nanga-Besuche bei Kranken, bei denen wir den Eindruck einer im Grunde psychischen Störung haben. Und oft bekommen wir die Auswirkungen sehr starker einheimischer Medikamente zu sehen: es gibt ein effektives Mittel zur Unterbrechung von Schwangerschaften, das in seinen Nebenwirkungen jedoch zu Blutarmut und Einschränkungen der Nierenfunktion führt. Auch gegen Durchfälle bekommen Erwachsene wie Kinder eine Medizin, die hilft, jedoch wahrscheinlich, wenn zu hoch dosiert, zu eigenartigen vorübergehenden Wesensveränderungen und Kreislaufstörungen führt.

Es gibt also noch viel zu tun in Richtung auf eine Integration der etwa 12 000 'nangas in eine allgemeine Gesundheitsversorgung. Daß es falsch wäre und unökonomisch, sie weiterhin zu ignorieren, zeigt eine Studie in Harare mit 200 Interviewten: 22% konsultierten erst den traditionellen Heiler, als sie krank wurden,

und 55% derjenigen, die entsprechend der westlichen Medizin behandelt wurden, besuchten hinterher einen 'nanga. Westliche Medizin kann mit ihren Pillen Symptome lindern, der 'nanga jedoch wird gebraucht, um die Ursache von Krankheit herauszufinden und zu behandeln. Hier liegt auch die grundlegende Kluft zwischen beiden Systemen: das traditionelle ist spirituell und religiös, das westliche gibt sich weltlich und wissenschaftlich. Da Vertreter beider Richtungen konservativ sind, stehen die Chancen schlecht für eine Integration (9).

Es wurde versucht, anhand eigener Erfahrungen zu beschreiben, wie das Gesundheitswesen im Masvingo-Distrikt funktioniert. Nicht dabei berücksichtigt wurden Rolle und Auswirkung des privaten Medizinsektors. Dieser Bericht kann und darf nicht für ganz Zimbabwe verallgemeinert werden, wirft aber exemplarisch Licht auf Entwicklungen hier. Einige Distrikte haben es leichter, viele sind sehr viel schlechter dran.

All die geschilderten Aktivitäten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesundheitslage in Zimbabwe noch immer katastrophal ist, besonders im ländlichen Bereich. Die Kindersterblichkeit, ein guter Anzeiger für den Gesundheitszustand, ist immer noch hoch. Etwa 2,1% aller Kinder in Harare sterben im ersten Lebensjahr; in Binga, im trockenen Tongaland südlich des Karibasees, sind es 30% (8). Die dafür ursächlichen Krankheiten hängen eng miteinander zusammen:

Durchfall und Unternährung. Um ersteres zu bekämpfen, ist ausreichend sauberes Wasser notwendig. Dies verleitete Dr. Laing vom Bindura Hospital, zu sagen: "Klempner haben mehr Menschenleben gerettet, als Ärzte." Und das Ausmaß der Unternährung zeigte eine Studie 1981 (3) unter verdienenden (!) Minenarbeitern in 10 Minen: gut 50% aller untersuchten Kinder unter fünf Jahren waren unterernährt. Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß Minenarbeiter durchschnittlich so viel verdienen, daß sie gerade überleben können (Einkommenarmutsgrenze). Frau Jane Chantza, Beamtin in der Ernährungsabteilung des Gesundheitsministeriums, bestätigte in einem Interview (8): "Während Mangel an Wissen ein Teilstück für Unterernährung ist, ist das Hauptproblem, daß die Mehrheit der Bevölkerung arm ist. Die Leute haben einfach nicht eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln für eine ausgewogene Ernährung, weil ihnen die Mittel dafür fehlen. ... Das grundsätzliche Thema hier ist die Ungleichheit der Einkommen." Damit wird deutlich, daß die Wurzeln der hier angeschnittenen Probleme eher im politischen und wirtschaftlichen Bereich liegen als im Medizinischen.

Literaturhinweise:

1. Report of the visit of the World Christian Council, Medical Commission Team to Zimbabwe, 1980, in: CMC at World Council of Churches, Geneva.
2. Renate Giesler, 1982, Wir sind keine Götter in Weiß, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz 4/82, Hamburg, S. 43
3. S. Zengeya, R. Laing et al, 1982, The Health Status of Mineworkers Communities in Zimbabwe, in: Central African Journal of Medicine 28, S. 155.
4. Maurice King, 1966, Medical Care in Developing Countries. Oxford University Press, London.
5. D.M. Sanders, 1977, Sozio-ökonomische Bedeutung für Krankheit – Rhodesien und sein Gesundheitswesen. in: Blätter des IZ3W, Freiburg, Nr. 64, S. 23
6. D. Greenfield, 1978, Hygiene Handbook. ZACH, P.O.B. 1556, Harare, S. 16
7. H.J. Diesfeld, M. Heidegger, Bevölkerungsentwicklung und Familienplanung in der 3. Welt, in: Medizin in Entwicklungsländern, Handbuch für Ärzte, 2. Aufl, GTZ Projekt.
8. MOTO Magazine Nr. 9, Febr. 1983, P.5: Poverty is the Killer.
9. R. Carver, 1983, Integrating traditional healing, in: Africa Now, London, Nr. 21, Jan. 83, S. 57
10. Health by the People, 1975, WHO Geneva. J. Gilmurray, R. Ridell, D. Sanders, 1979. The Struggle for Health. Cath. Institute for Int. Rel. London, S. 50, D. Werner, 1977, The Village Health Worker – Lackey or Liberator, Int. Hosp. Federation Congr., Tokyo.

Der Autor arbeitet als Arzt in Morgenster, Zimbabwe.

Ausbau oder Umbau?

Entwicklungen im Erziehungswesen nach der Unabhängigkeit

Klaus Mehnert

Wie in allen ehemaligen afrikanischen Kolonien ist auch in Zimbabwe das Erziehungswesen am europäischen Schulsystem orientiert und hat damit europäische Bildungs-ideale übernommen. Die erste demokratisch gewählte Regierung erkannte, daß im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Veränderung der bisherigen Gesellschaftsordnung zu einer stärker sozialistisch orientierten strukturellen Veränderungen im Erziehungsbereich stattfinden müssen.

Recht auf Primarschulbildung

Die Ausdehnung des Ausbildungsbereiches für die schwarze Bevölkerung hat höchste Priorität. Zunächst sollte sicher gestellt werden, daß alle Kinder im schulfähigen Alter zumindest die Primarstufe durchlaufen können. Im September 1980 wurden die Schulgebühren in Primarschulen abgeschafft. Gleichzeitig setzte sich die Regierung das Ziel, das Angebot an weiterführenden Ausbildungsbereichen (Sekundarschulen und berufsqualifizierenden Einrichtungen) entsprechend den finanziellen Möglichkeiten zu erhöhen.

Tabelle 1 verdeutlicht die Anstrengungen, die im Bereich der quantitativen Maßnahmen von der Regierung seit der Unabhängigkeit unternommen wurden.

Vormittags- und Nachmittags-Unterricht, zu begegnen.

Schwerpunkt der staatlichen Bildungspolitik ist der Ausbau der Bildungskapazitäten in den ländlichen Gebieten. 1981 wurden auf dem Land 440 Sekundarschulen eröffnet, 1982 folgten weitere 50. Auch 1983 sollen die Gebiete mit dem dringendsten Bedarf, also insbesondere die ländlichen Gebiete und die dichtbesiedelten afrikanischen Wohngebiete in den Städten beim Neubau von Schulen bevorzugt werden. (1)

Aus- und Weiterbildung von Lehrern

Neben den knappen Schulplätzen ist der Lehrermangel der zweite große Engpaß im Bildungsbereich. Die erhöhte Ein-

in Sekundarschulen. In den ländlichen Schulen ist die Situation i.d.R. noch angespannter. Hinzu kommt die unzureichende Ausbildung: Etwa 21 000 Primar und 3 626 Sekundarschullehrer haben keine formale Qualifikation. (2) Deshalb wurden im Bereich der Lehrerbildung folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Ausgebildete und nicht-qualifizierte Lehrer können sich in Studiengängen und Kursen weiterbilden und spezialisieren. Die Qualität der Lehrerbildung soll durch schrittweise Verlängerung der Ausbildungsdauer von 3 auf 4 Jahre verbessert werden.
2. Erhöhung der Einschreibung an den bestehenden und Errichtung zusätzlicher Ausbildungsbereiche.
3. Als Übergangsmaßnahme werden ausländische Lehrkräfte beschäftigt, 1982 etwa 700.

Im Rahmen ihrer Bemühungen um die Umstrukturierung des bestehenden Bildungssystems versucht die Regierung, mehr praxisorientierte Ausbildungsbereiche in den Schulen einzuführen. So versucht das ZINTEC-Lehrerbildungsprogramm durch die Einbeziehung von technischen Fächern in die Lehrerausbildung eine stärkere Praxisorientierung zu erreichen. ZINTEC dient in erster Linie der Weiterbildung unzureichend ausgebildeter Primarschullehrer: Innerhalb von 4 Jahren sollen 9 000 Lehrer ihre formale Qualifikation erhalten. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis unterrichten ZINTEC-Studenten 2 1/2 Jahre des vierjährigen Kurses in ländlichen Primar- und Sekundarschulen.

Nach bestandener Abschlußprüfung erhalten die Absolventen Zertifikate der Universität und sind somit den Lehrerstudenten der herkömmlichen Lehrerbildungsbereiche gleichgestellt. 1982 befanden sich 4 750 Studenten in der Ausbildung. Neben den ZINTEC-Colleges gibt es 4 private und 5 staatliche Lehrerbildungsbereiche, wobei das "Belvedere Teachers' Training College" in Harare eine ähnliche Ausbildungsstruktur aufweist.

Insgesamt hat sich die Einschreibung an Lehrerbildungsbereichen von 3 082 (1979) auf 11 842 (1982) erhöht, wobei sich 1982 7 252 Lehrerstudenten in ihrer theoretischen und 4 567 in der praktischen Ausbildungsphase befanden. (3)

Neben den Maßnahmen zur quantitativen Ausdehnung des Schulwesens gibt es einige Ansätze zu dessen qualitativer Veränderung.

Tabelle 1:
Zahl der Schüler in Primar- und Sekundarschulen, 1979 - 1983

	Primarschulen	Sekundarschulen
1979	819 586	66 215
1980	1 235 994	74 321
1981	1 715 169	148 690
1982	1 934 614	224 609
1983 1)	2 182 000	340 000

1) vorläufige Schätzung

Quellen: Zimbabwe: *Review of Education 1959 - 1979. Current Problems and Prospects for the next 20 years*, Harare 1982, S. 17, 26 (unveröffentlichtes Konferenzpapier); *The Sunday Mail*, 6. Februar 1983

Tabelle 2:
Wiederauf- u. Ausbau von Primar- u. Sekundarschulen, 1979 - 1983

Anzahl der Schulen	1979	1980	1981	1982	1983
Primarschulen	2 401	3 161	3 698	3 805	3 894
Sekundarschulen	177	218	685	730	774

1) Planung für 1983, vgl. *The Herald*, 27.1.83

Quellen: Zimbabwe: *Review of Education 1959 - 1979*, a.a.O., S. 21, 26; *The Sunday Mail*, 6. Februar 1983

Voraussetzung für diese enorme Erhöhung der Schülerzahlen waren gewaltige Anstrengungen beim Wiederauf- und Ausbau der Bildungskapazitäten.

Derzeit wird noch versucht, dem Mangel an Schulplätzen mit dem System des "hot seating", d.h. der Rotation zwischen

schulung hat dieses Problem wesentlich verschärft. 1982 gab es insgesamt 53 215 Lehrer, wovon 44 892 etwa 1,9 Mio. Primar- und 8 386 die 224 609 Sekundarschüler zu unterrichten hatten. Dies ergab im Durchschnitt ein Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1:43 in Primar- bzw. 1:27

Entwicklung neuer Lehrpläne

Die neuen Lehrpläne sollen "nationalen Zielen" angepaßt werden. Da insbesondere der naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildung große Bedeutung beigemessen wird, konzentrierte man sich



Foto: W. Fiebek

zunächst auf diesen Bereich. Die gewünschte stärkere Beziehung zwischen allgemeiner, theoretischer Ausbildung und produktionsorientierten Aktivitäten der Schüler soll durch die Einführung des "ZimScience"-Programms in den Sekundarschulen gefordert werden. Die vom "Science Education Centre" der Universität und dem Erziehungsministerium ausgearbeiteten Leitfäden für den naturwissenschaftlichen Unterricht sollen diesen Teil der Ausbildung reformieren und die ersten drei Sekundarschuljahre abdecken. Der "ZimScience"-Unterrichtsleitfaden ist so konzipiert, daß auch nicht-naturwissenschaftlich ausgebildete Lehrer dieses Fach unterrichten können. Neben den Leitfäden wurden Versuchskästen für Lehrer und Schüler entwickelt, die zu äußerst niedrigen Kosten in Zimbabwe hergestellt werden. Die "ZimScience"-Ausstattung kostet pro Schule etwa DM 3 750,-, wovon etwa DM 150,- auf jährlich wieder anzuschaffende Chemikalien und andere Materialien entfallen. Weiterhin wurden die Lehrpläne in Englisch, Geschichte, Umweltstudien, den afrikanischen Sprachen Shona und Ndebele, Sozialkunde und Religion überarbei-

tet bzw. neu erstellt. Seit 1982 wird in Primarschulen das Geschichtsbuch "Zimbabwe. A new history" verwendet, das Schluß macht mit der "Entdeckung" Zimbabwes durch europäische Siedler und Abenteurer. In den staatlichen Schulen wurden Landwirtschaft und Shona/Ndebele als Unterrichtsfächer eingeführt. Englisch ist allerdings nach wie vor Hauptunterrichtssprache.

Erziehung mit Produktion

Das Konzept "Erziehung mit Produktion" wurde in seinen Ansätzen bereits während des Befreiungskampfes in den Flüchtlingslagern entwickelt. Es stellt einen ersten Versuch dar, die Inhalte von Bildung an der gesellschaftlichen Realität Zimbabwes zu orientieren. Um die neue Erziehung praktisch umzusetzen und weiterzuentwickeln, wurde im Januar 1981 vom Erziehungsminister die "Zimbabweische Stiftung für Erziehung mit Produktion" (ZIMFEP) gegründet. ZIMFEP ist als Planungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsorgan für 8 Schulfarmen verantwortlich, auf denen z.Zt. etwa 10 000 Kinder und Jugendliche – zum

großen Teil ehemalige Flüchtlingskinder – lernen, leben und arbeiten.

Hier werden neben den theoretischen Fächern Landwirtschaft, Metall- und Holzbearbeitung, Hauswirtschaftslehre und Konstruktion/Bauwesen angeboten.

Obwohl sich das Programm noch in seiner Aufbauphase befindet, konnten bisher zum Teil recht beachtliche Erfolge verzeichnet werden. So wurde 1982 auf der Nkululeko-Schulfarm aus dem Schulgarten ein Überschuß von etwa DM 20 000,- erzielt, der teilweise im Farmbereich investiert wurde und den Kauf von Sportartikeln für die Schule ermöglichte. Ziel ist, daß sich die Schulfarm zu "einer sich selbst tragenden kooperativen Einheit" entwickelt.

Das Schulfarm-Programm hat, so Erziehungsminister Mutumbuka, Modellcharakter, der die beabsichtigte Umgestaltung des formalen Schulsystems aufzeigen soll. Von diesem Ziel ist man jedoch noch weit entfernt, denn solange die Unterrichtsinhalte an alten Lehrplänen orientiert bleiben und die Schüler die allgemeinen staatlichen Prüfungen, einschließlich der externen britischen "Cambridge Overseas Examinations" zu absolvieren haben, werden die gewünschten inhaltlichen Veränderungen nicht entwickelt werden können.

Erwachsenenbildung

Schätzungen zufolge konnten zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 45% der Schwarzen über 15 Jahre weder lesen noch schreiben, 12% nur in geringem Umfang (11).

Bis 1985 sollen 2,5 Mio. Zimbabwer alphabetisiert werden. Aber das immer wieder angekündigte nationale Alphabetisierungsprogramm läuft nur sehr langsam an, weil erfahreneres Personal und die finanziellen Mittel fehlen.

Das Erziehungsministerium legte Mitte 1982 ein Programm (4) in Shona und Ndebele vor, das sich an der "Methode Paulo Freire" orientiert und z.Zt. in der Praxis erprobt wird. Bisher wurden 100 ehemalige Befreiungskämpfer in vierwöchigen Kursen zu Distrikt-Alphabetisierungs-Koordinatoren ausgebildet. Ihr Einsatz ist jedoch aufgrund des Mangels an Unterrichtsmaterialien und Transportmitteln schlecht vorbereitet. Die Initiativen nicht-staatlicher Organisationen, Privatpersonen, Selbsthilfegruppen und der Einsatz von etwa 1 000 Freiwilligen eingeschlossen, erreichte 1982 etwa 40 000 Analphabeten.

Insgesamt wurde jedoch im Bereich der Erwachsenenbildung bis heute zu wenig getan.

Zukünftige Regierungspolitik: gleiche Bildungschancen

Die Aussagen zur Bildungspolitik im Transitional National Development Plan



Foto: W. Fiebek

für 1982/83 bis 1984/85 lassen auch weiterhin mehr auf quantitative als qualitative Veränderungen und Maßnahmen schließen. (5) Für den Bereich der staatlichen Bildungspolitik hat das Ziel, allen Kindern gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, weiterhin Priorität. Das ist aber nur durch einen weiteren Ausbau des formalen Schulsystems erreichbar.

Im Haushaltsjahr 1982/83 sind 408 Mio. ZDol (etwa DM 1,02 Mrd.), das sind 22,1% der staatlichen Gesamtausgaben, für den Erziehungsbereich vorgesehen, was einer Steigerung von 29% gegenüber dem vorangegangenen Haushalt entspricht. (6)

Vom Staat allein können zukünftig derartige Ausgabensteigerungen nicht mehr aufgebracht werden, insbesondere nicht in Zeiten der ökonomischen Rezession, die auch Zimbabwe durch die Einbeziehung in den Weltmarkt empfindlich trifft. Daher fordert die Regierung eine stärkere Eigenbeteiligung der Eltern an den Ausgaben für die Ausbildung ihrer Kinder.

Im nationalen Entwicklungsplan ist vorgesehen, daß die Verantwortung für die ländlichen Primarschulen den "District Councils" übertragen wird, die dann finanzielle Zuschüsse erhalten werden. Von den ländlichen Gemeinschaften wird erwartet, daß sie sich am Bau und an der Unterhaltung der Schulen beteiligen, indem sie ihre Arbeitskraft und lokale Baumaterialien zur Verfügung stellen. Für die Landbewohner ist ein Eigenbeitrag allerdings nichts Neues: Viele Schulen in den ländlichen Gebieten konnten nur durch die aktive Mitarbeit und finanziellen Zuschüsse der Eltern errichtet werden. Für Primarschulen wurden zwar 1980 die Schulgebühren abgeschafft, in fast allen Schulen werden aber von den Eltern Zuschüsse zum Baufonds u.a. erwartet (i.d.R. pro Schüler DM 75.- für ein Schuljahr). Demgegenüber hatten die Eltern in den Städten bisher keine Eigenleistungen zu bringen. Um eine Gleichbehandlung zu erreichen und die Kosten des Schulsystems zu senken, sieht der Entwicklungsplan eine finanzielle Beteiligung der städtischen Bevölkerung an den Kosten

für die Primar- und Sekundarschulen vor. Darüberhinaus wurde von der Regierung beschlossen, daß Elternvereinigungen staatliche Primar- und Sekundarschulen auf der Grundlage entsprechender Verträge mit dem Erziehungsministerium relativ autonom verwalten können. Dies schließt ebenfalls ein, daß durch Mehrheitsbeschuß der Elternvereinigung Gebühren erhoben werden können, um z.B. die Kosten für zusätzliche Lehrer und Unterrichtsmaterialien aufzubringen. (7) Diese Pläne der Regierung haben eine heftige öffentliche Diskussion ausgelöst, denn viele (afrikanische) Eltern be-

fürchten zu Recht, daß über die Gebühren die sog. "community schools" (8) wieder eingeführt werden. Erziehungsminister Mutumbuka stellte zwar klar, daß kein Kind zum Verlassen einer Schule gezwungen werden kann, wenn die Eltern die Schulbeträge nicht aufbringen können, bis heute wurden aber keine verbindlichen Höchstsätze dieser Gebühren festgelegt. (9)

Trotz Überlastung des Schulsystems ist die Regierung gezwungen, Abstriche beim Ausbau zu machen. So ist im Entwicklungsplan festgehalten, daß in den Städten zusätzliche Schulplätze nicht mehr durch neue Schulen, sondern weitgehend durch den Ausbau bestehender Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Während der Dauer der wirtschaftlichen Rezession, so Premierminister Mugabe, könnten keine höheren Regierungszuschüsse an Sekundarschulen geleistet werden. An den Schulen bestehe eine Art "Notsituation", die die nächsten 2 bis 3 Jahre anhalten werde (10). Dem sprunghaften Anstieg der Einschulung in Sekundarschulen liegt die politische Entscheidung der Regierung zugrunde, für den Großteil der Schüler mindestens neun Schuljahre zu ermöglichen.

Einschätzung

Vor dem Hintergrund des kolonialen Erbes, das das unabhängige Zimbabwe in allen gesellschaftlichen Bereichen übernommen hat, muß das bisher Erreichte im Bildungssystem einerseits beeindrucken. Aufgrund des rhodesischen Systems der "Verhinderung von Bildung" für die Afrikaner und den Erwartungen, die die Bevölkerung an die Unabhängigkeit geknüpft hat, ist erklärbar, daß die Regierung die Hauptanstrengungen auf den forcierten Ausbau des ererbten Bildungssystems gelegt hat.

Abgesehen von Korrekturen im Sinne einer Afrikanisierung, der Reinigung der Lehrinhalte von rassistischen Aussagen, der Entwicklung neuer Lehrpläne in einigen Bereichen und dem Verbot der Rassendiskriminierung in den Schulen stehen aber strukturelle Veränderungen auch 3 Jahre nach der Unabhängigkeit noch aus.

Obwohl die praktische Umsetzung der Alternativkonzeption "Erziehung mit Produktion" nicht nur in den acht ZIMFEP-Schulfarmen, sondern in den meisten ländlichen Schulen versucht wird, spielt diese im Rahmen des gesamten Bildungssystems nur eine untergeordnete Rolle.

Da bisher kein durchgreifender Bruch mit dem rhodesischen Erbe in Wirtschaft, Verwaltung und den anderen Bereichen erfolgt ist, bestand auch kein unmittelbarer Anlaß, das Bildungssystem grundätzlichen Veränderungen zu unterziehen.

Nach der Unabhängigkeit sind zwar die politischen Führungspositionen mit Vertretern der neuen Regierung besetzt worden, aber auf allen Ebenen der Ministerien und der Verwaltung sind nach wie vor viele Beamte, die unter den vorangegangenen Regierungen die Politik der Rassendiskriminierung gestützt und umgesetzt haben. Insbesondere die Vertreter der weißen Ministerialbürokratie, aber auch Vertreter der wachsenden afrikanischen Mittelklasse, halten am traditionellen akademisch-orientierten und selektiven Erziehungssystem fest. Es wird immer deutlicher, daß zu den bisherigen ökonomischen, innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, denen die Regierung Mugabe ausgesetzt ist, ein zusätzliches Problem mit besonderem sozialen Zündstoff hinzukommt: die wachsende Zahl von Schulabgängern, die trotz bestandener Cambridge-Examen weder einen Arbeits- noch Ausbildungsplatz finden. Bei aller Kritik muß jedoch auch hinterfragt werden, inwieweit eine Veränderung des ererbten Systems, nicht nur des Bildungssystems, aufgrund der vorgegebenen Strukturen und Rahmenbedingungen überhaupt möglich ist. Für den Bildungsbereich hat sich gezeigt, daß alternative Konzepte und Vorstellungen nur schrittweise, in einem langen Übergangsprozeß, durchgesetzt werden können.

Anmerkungen und Zitatbelege

1. The Herald (Zimbabwe), 27.1.1983
2. The Sunday Mail (Zimbabwe), 19.9.1982
3. Vgl. Zimbabwe. Review of Education 1959 - 1979. Current problems and Prospects for the next 20 years, Harare 1982, S. 23 (unveröffentlichtes Konferenzdokument)
4. Vgl. Ministry of Education and Culture, Non-Formal Education Section 1982, Tribal Literacy Programme (Shona und Ndebele)
5. Vgl. Republic of Zimbabwe, Transitional national Development Plan 1982/83 - 1984/85, Volume 1, November 1982, S. 89ff.
6. The Herald, 16.9.1982
7. The Financial Gazette (Zimbabwe), 29.10.1982
8. Im Rahmen der "Internen Lösung" zwischen Smith und Musozorewa wurde die rassistische Diskriminierung im Bildungsbereich durch das im Februar 1979 in Kraft getretene neue Erziehungsgesetz zwar rechtlich aufgehoben, faktisch änderte sich jedoch für die Afrikaner kaum etwas. Das Gesetz gestattete wohlhabenden (d.h. weißen) Elterngruppen, staatliche Schulen zu erwerben und als "community schools" unabhängig zu verwalten. Das Verwaltungsorgan der Schule legte die Schulgebühren fest und entschied über die Auf- bzw. Nichtaufnahme von Schülern.
9. The Sunday Mail, 5.12.1982
10. The Herald, 14. und 15.12.1982
11. R. Ridell, Education for Employment, London 1980, S.19.

Chikwizo

Entwicklung in Selbsthilfeprojekten im Mudzi-Distrikt

Maketo Never*

Der Mudzi-Distrikt liegt im Nordosten von Zimbabwe und grenzt an Mosambik. Es ist ein großer Distrikt, und ein Drittel seines Gebietes gilt als sehr abgelegen und rückständig, verursacht vor allem durch Wasserknappheit und die schlechten Straßen; bei Regen sind die Verbindungen unterbrochen und das Reisen ist schwierig. Seit der Unabhängigkeit bemüht sich die Regierung, mit der Hilfe der Bewohner die Situation der Gegend zu verbessern; mit Steinen und Holzblöcken haben die Leute einige Brücken repariert. In dem ganzen Gebiet, das eine Bevölkerung von mehr als 20 000 Menschen hat, gibt es nur fünf Krankenstationen; in jeder Station arbeiten eine einzige Krankenschwester und ein Helfer.

Während des Krieges wurden wenigstens drei Viertel der Schulen in diesem Distrikt zerstört. Beim Wiederaufbauprogramm lieferte die Regierung Baumaterial und die Eltern stellten die Arbeitskraft, und es war interessant, den Drang und die Bereitwilligkeit dieser Menschen zum Aufbau zu beobachten. Sie zahlen Mittel in einen Bau-Fonds ein, um Bauarbeiter bezahlen zu können; sie bezahlen Sportgebühren, mit denen die Schulen Sportausrüstung anschaffen können, denn die Regierung stellt nur die Bücher.

Einige Gebiete des Distrikts brauchen ausländische Hilfe: z.B. half die EG in einer Gegend mit etwas Geld, eine Wasserversorgung durch das "Solar-System" herzustellen. Das war in Katsande. So haben nun Schulkinder Trinkwasser.

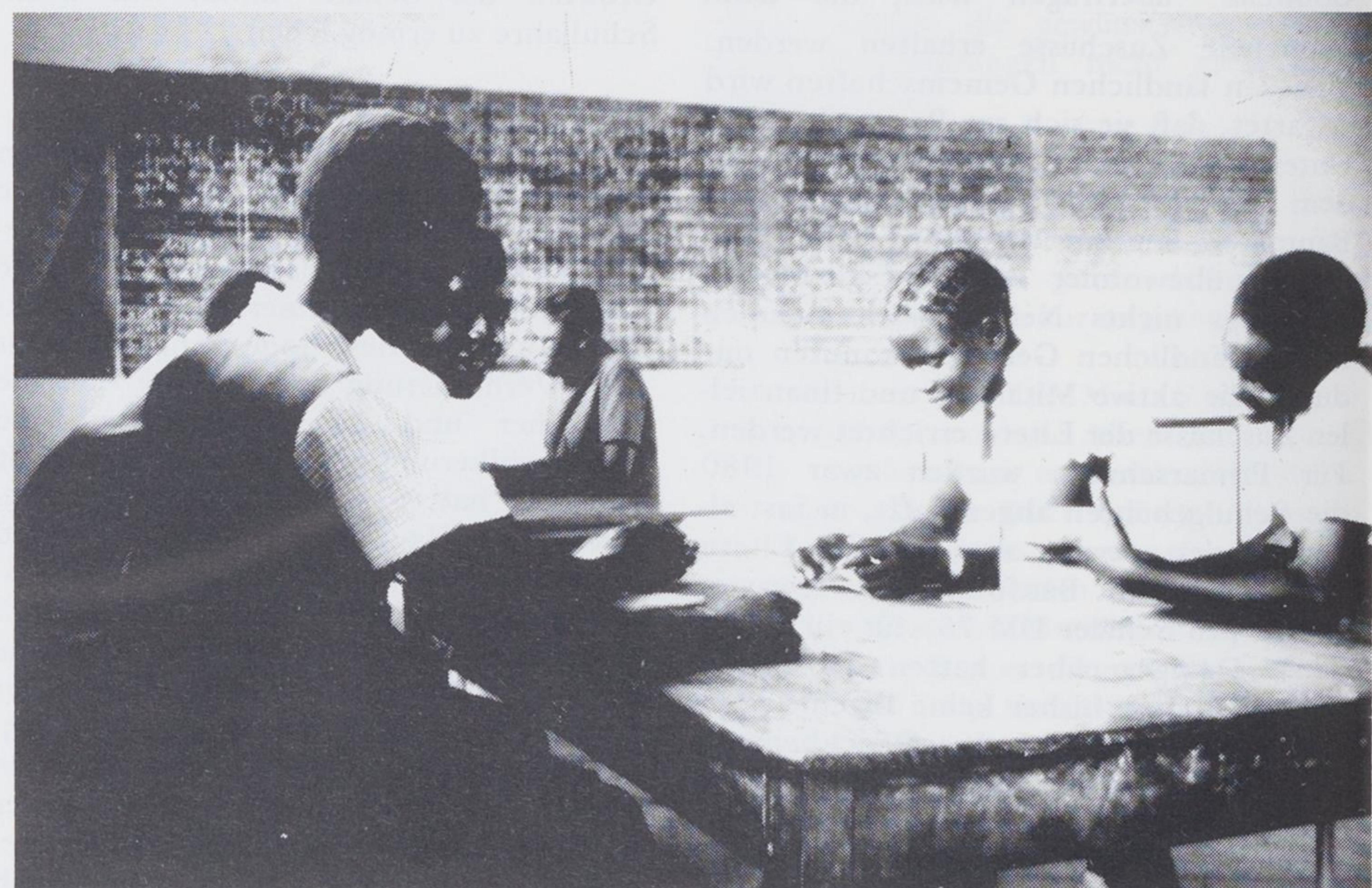
Gegenden wie Chikwizo, das im Osten des Distrikts liegt, bekommen ihr Wasser zum Trinken und für den sonstigen Bedarf aus Brunnen. In Jahren mit genügend Niederschlag kann das bis in den August hinein reichen. Wenn das Wasser aufgebraucht ist, bringen die Schulkinder den Lehrern Wasser von zuhause mit. Die Krankenstation hier wird auch von den in der Gegend wohnenden Leuten versorgt.

Wo es Wasser gibt, formen die Leute Ziegelsteine; sie brennen sie an Ort und Stelle und tragen sie dann vier oder fünf Kilometer weit zur Schule. Sie wollen für ihre Kinder zusätzliche Klassenräume bauen, denn die meisten Klassen lernen im Freien unter Bäumen und ohne Tafeln. Die Regierung stellt Baumaterial nur für Gebäude, die während des Krieges zerstört wurden.



Bau einer Ziegelmauer

Mangels ausreichender Schulbücher teilen sich 4 Schüler ein Buch



Daneben besuchen die Eltern auch selbst Alphabetisierungskurse. Daran nehmen allerdings hauptsächlich Frauen teil, da die Männer damit beschäftigt sind, Geld zu verdienen und Nahrungsmittel für die Familie zu besorgen. Weil es in der Gegend keine Industrien und Arbeitsplätze gibt, verdienen die meisten ihr Geld durch selbständige Arbeiten wie Schnitzen und Jagen und versuchen, im Sommer und im Winter, wenn es etwas Wasser gibt, neue Gärten anzulegen, um optimale Ernterträge zu erzielen.

Es ist schwer, sich vorzustellen, wie kooperativ die Menschen hier sind und un-

ter wie schwierigen Verhältnissen sie kämpfen.

* Der Verfasser ist Lehrer in Chikwizo.

Spenden für Chikwizo: Zimbabwe Information Group, Kto. Nr. 3161797601 BfG Köln BLZ 370 101 11 Stichwort "Chikwizo". Wichtig: BfG anweisen, das Geld auf das Konto der Zimbabwe Information Group nach Harare/ Zimbabwe, (Zimbabwe Banking Corporation Limited, ZIMBANK, KtoNr. 3012497-3, Angwa Street Branch) zu überweisen.

Bondamakara School

Deutsche Lehrer in Zimbabwe

Holger Lichty

Nach einer halbstündigen Suche nach einer Tankstelle mit Dieseltreibstoff und weiteren 4 Stunden Fahrt über gut ausgebauten Straßen erreicht der Bus Bondamakara, 170 km nordöstlich von Harare. Ungefähr 3 000 Menschen leben hier verstreut auf einer Hochebene, ausgewiesen als Tribal Trust Land.

Zentral an der Straße liegt die Bondamakara-Schule. Mehrere langgestreckte Schulgebäude, eine Kirche und ca. 10 kleine ebenerdig gebaute Lehrerwohnhäuser stehen auf dem umzäunten Gelände. Einige Fundamente, ein Haus ohne Dach und Fenster sowie halb zugeschüttete Laufgräben erinnern noch an das während des Befreiungskampfes eingerichtete rhodesische Militärcamp. Auffallend die im Verhältnis zur Bewohnerzahl vielen Toilettengebäude. Auch sie Relikte des Smith-Regimes, das während des Krieges alle Menschen der Umgebung in einem "protected village" zwangsweise ansiedelte und deren Hütten zerstörte. Kinder sind heute, am Sonntag, kaum zu sehen, dafür tummeln sich auf dem Schulgebäude wie an den übrigen Tagen Ziegen, Hunde und dunkle Rinder mit langen Hörnern.

Meine Freunde Georg Gerchen und Karin Machau leben zusammen mit den afrikanischen Lehrern Florence und Dube, sowie dessen Verlobter Happy in einem Haus mit 4 Räumen und einem größeren Eß- und Kochraum, der gleichzeitig als sicherer Aufbewahrungsort für Werkzeug, Gartengeräte und Fahrräder dient. Die Zimmer sind 9 - 12 qm groß, haben einen Zementfußboden, der Blick zum Eternitdach wird durch keine Decke behindert. Einige selbstgezimmerte Regale, Tische und Bänke, sowie Stühle und Matratzen möblieren die Räume, batteriebetriebene Radios sorgen den ganzen Tag über in den meisten Wohnungen für Hintergrundgeräusche.

Gekocht wird entweder über einem offenen Holzfeuer oder, ein wahrer Luxusartikel, auf einem einflammigen Gasherd. Gasnachschub gibt es im 20 km entfernten Mutoko. Da es keine Elektrizität gibt, entfällt jede Vorratshaltung durch Kühlung. Der nächste Schlachterladen ist 20 km entfernt, frisches Hackfleisch gibt es in Harare.

Das Wasser muß aus 15 Minuten entfernten Wasserlöchern geschöpft werden. Es wird in der Pause von Schülerinnen geholt, die für ca. 0,50 DM pro Woche bei

Florence angestellt sind. Die Schülerinnen haben wiederum jüngere Freundinnen als zusätzliche 'Mitarbeiterinnen' angeheuert. Sie waschen auch das Geschirr ab, halten die Wohnung sauber und bereiten Mahlzeiten zu. Die Beschäftigung dieser Mädchen ist ein noch nicht gelöstes Problem für Karin und Georg. Die afrikanischen Kollegen sind der Meinung, daß ihnen dieser Service zusteht; die Schülerinnen und deren Eltern sind sauer, wenn jemand, der es sich leisten kann, keine Hilfen einstellt und sie Geld verdienen läßt. Höhere Löhne oder Extra-Geschenke würden die Preise verderben und damit die Kollegen verprellen.

Montagmorgen. Wie an jedem Wochentag versammeln sich alle Schüler vor ihren Klassenräumen. Um 7.20 Uhr sind die Klassen auf dem Schulhof zur 'assembly' angetreten. Kein lektischer Lehrer gibt Anweisungen, keine Befehle, kein lautes Wort. Eine Lehrkraft hält eine kurze Ansprache. Es geht um Themen wie Körperhygiene, Wasserversorgung, Bodenerosion oder nationale Gedenktage. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche hören dem in normaler Lautstärke sprechenden Lehrer zu, um anschließend ruhig in die Klassenräume zum Unterricht zu gehen.

1300 - 1500 Schülern in 34 Klassen stehen im Dezember 10 Klassenräume zur Verfügung. Mehrere Klassen werden in der Kirche oder im Schatten eines Baumes unterrichtet, ungefähr 200 Vorschüler auf einem großen Felsen. Unterrichtsfächer sind Shona, Englisch, Mathematik, Science, religiöse Erziehung, Sport (nicht im Sommer), Building und Landwirtschaft. Heute platzt den Schülern aber der Kragen. Eine neunte Klasse tritt in den Streik, die beiden anderen schließen sich an, und alle versammeln sich unter einem großen Baum, um dem Rektor ihre Kritik vorzutragen. Alles in sachlicher, ruhiger Atmosphäre, aber knallhart auf den Punkt gebracht.

Die Schüler stammen überwiegend aus ärmlichen Verhältnissen. Nur wenige, darunter die Kinder des Laden- und Mühlenbesitzers, tragen die korrekte Schuluniform. Auch Taschengeld für Schulfahrten oder kleinere Anschaffungen kann von den meisten Eltern nicht gezahlt werden. Ältere Schüler verdienen sich Geld durch Arbeit in Lehrerhaushalten, eigene Gemüseproduktion, eine kleine Hühnerzucht oder Ferienarbeit in der Stadt. Neben Schulbesuch und Schularbeit müssen

die meisten zuhause bei der Feldarbeit mithelfen. Aus diesem Grund wird der Heimweg nach Schulschluß (16. - 16.30 Uhr) gerne so hinausgezögert, daß man erst bei Dunkelheit zuhause ankommt.

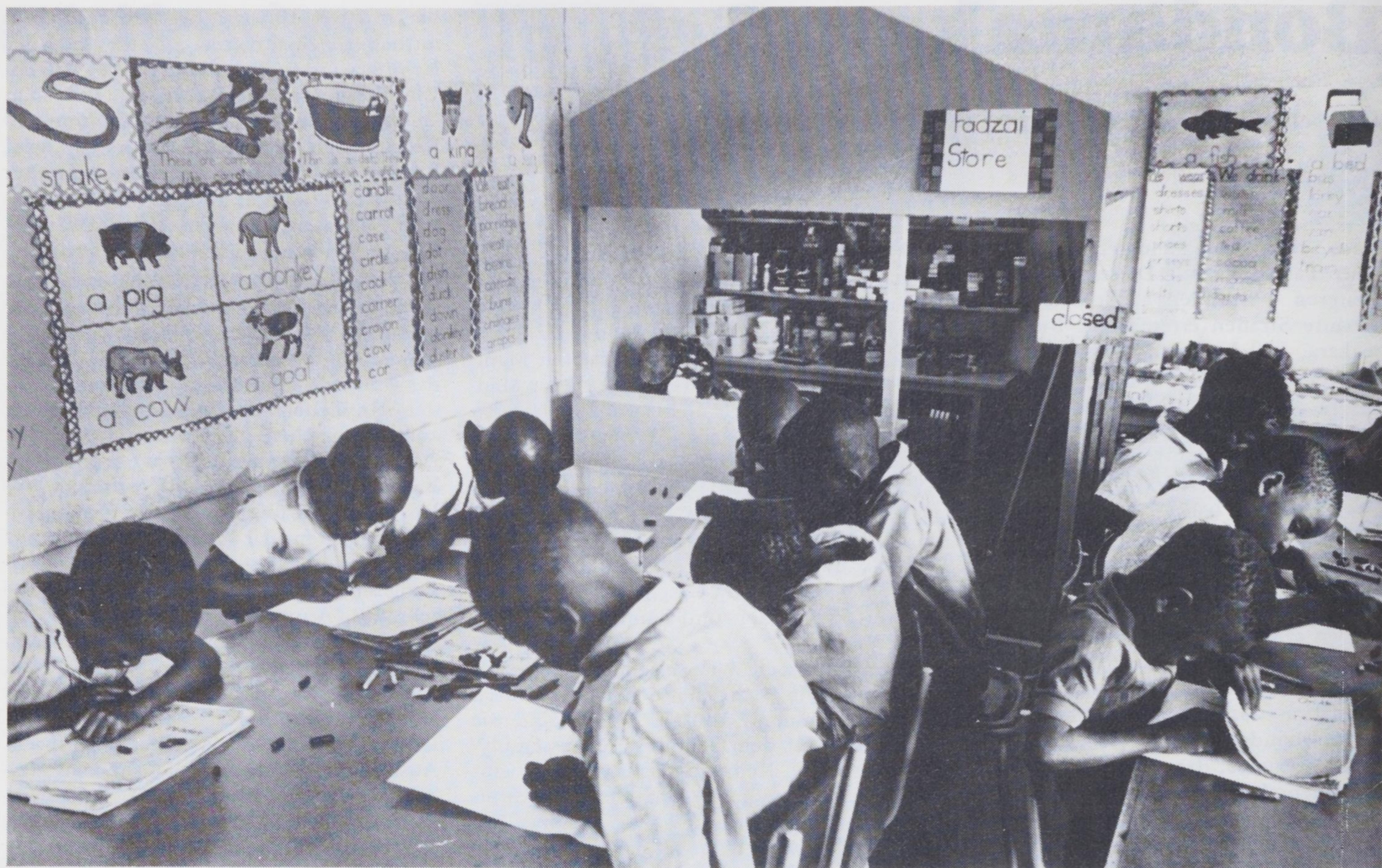
Befragt nach ihren Zukunftsvorstellungen, äußern die Schüler folgende Wünsche: erst mit 25 Jahren, also später als die Eltern, heiraten, weniger (ungefähr vier) Kinder haben und einen Beruf erlernen.

Im Alter von 40 - 50 Jahren wollen sie dann in ihr Dorf zurückkehren und dort in 'business' machen, womit meistens ein kleiner Laden gemeint ist. Leider dürfte das fehlende Ausbildungsplatzangebot in den ländlichen Gebieten viele Wünsche zunichte machen.

Der Sexualkundeunterricht (vor allem Empfängnisverhütung) soll nach dem Willen der Regierung in nächster Zeit intensiviert werden. Die Ansätze sind aber nur zaghaft und verschämt und dann ausschließlich auf die Schülerinnen beschränkt. Aussage einer Vierzehnjährigen im Gespräch mit einer Lehrerin: Wenn ich einen Jungen auf der Straße treffe, gehe ich ganz schnell weiter, damit ich kein Baby bekomme.

Lehrer in Zimbabwe werden nach ihrem Ausbildungsstand bezahlt. Die Anfangsgehälter liegen zwischen 100 Zimbabwe-Dollar (ca. 290,- DM) für einen nichtstudierten Lehrer und 500 ZDol bei einer vollen akademischen Ausbildung. Ein Landarbeiter verdient 50 - 70 ZDol monatlich. Das Unterrichtssoll ist nicht so strikt reglementiert wie in der BRD und paßt sich stärker den Erfordernissen der Schule an. Die Stundenzahl liegt zwischen 25 und 36 Stunden in der Woche (Montag-Freitag). Auf drei Monate Schule folgt ein Monat Ferien. Ein Wohnraum wird im allgemeinen kostenlos oder sehr preisgünstig (ca 3 ZDol pro Monat) zur Verfügung gestellt. Ein kleines Stück Land kann (überwiegend von der Frau) bebaut und damit die eigene Nahrungsversorgung verbessert werden. Die Klassen sind bis zu 45 Schüler stark, wobei in höheren Klassen das Problem der Altersstruktur hinzukommt. In einer 8. Klasse waren die Schüler z.B. zwischen 14 und 25 Jahre alt.

Der Unterricht soll möglichst viele praxisnahe Bezüge enthalten. So gibt es z.B. in der Woche eine Stunde theoretischen und zwei Stunden praktischen Unterricht in Garten und Ackerbau. Dabei werden im Schulgarten Obst und Gemüse, auf den Schulfeldern Mais und Sonnenblumen angebaut. Von der Bodenvorbereitung mit dem Ochsengespann über Aussaat, Düngung und Bewässerung wird alles von den Schülern und Schülerinnen per Hand erledigt. Wenn nicht gerade die Ziegen trotz des Zaunes alles wegfressen oder wie in diesem Jahr der Regen ausbleibt, wird die Ernte verkauft und der Erlös für Neuan-



schaffungen der Schule benutzt. Im Fach Bauen sollen die dringend benötigten neuen Schulgebäude errichtet werden. Die Regierung stellte letztes Jahr 10 000 ZDol für diesen Zweck zur Verfügung, schießt neue Mittel aber nur nach, wenn sparsam und erfolgreich gewirtschaftet wurde. So wählten die Eltern ein Building-Committee, das fast täglich tagt.

Alle Schüler müssen Geld für den Neubau in eine Kasse einzahlen. Wer nicht zahlt, wird von der Elternvertretung aus der Klasse geholt und bis zur Bezahlung vom Unterricht ausgeschlossen. Mit dem Bus wird Zement herangeschafft, und von 14 bis 16.30 Uhr stellen die Schüler dreimal in der Woche bei 35 Grad Zementsteine her. 15 Minuten Weg sind es zum Wasserloch und ebenso weit in die andere Richtung zur Kiesabbaustelle. Die Zementmischung wird in die beiden einzigen Steinformen geschaufelt und dann zum Trockenplatz gebracht. Auch alle Eltern müssen jeweils 25 Steine herstellen. Kleineren Schüler leisten später Handlangerdienste, während die größeren beim Bauen das Mauern lernen. Auch die Eltern wollen ein Gebäude hochziehen. Auf diese Art und Weise werden sechs neue Klassen sowie drei Materialräume gebaut werden können. Hätte man alles Material gekauft und Maurer hinzugezogen, wären es nur zwei geworden. Abgesehen von der dann

nicht erfolgten handwerklichen Ausbildung der Schüler und Eltern. Geplant ist jetzt der Aufbau einer Holzwerkstatt, um in die Grundzüge des Tischlerns einzuführen. Auch hier hofft man später, ebenso wie im Nähunterricht Dinge zu produzieren, von deren Verkaufserlös Schulprojekte gefördert werden können. An anderen Schulen werden zu diesem Zweck auch Hühner gezogen oder selbstgebackenes Brot verkauft.

Dieser gesamte Unterricht steht unter dem Motto 'Education with Production'. Eine handfeste Sache, die nicht nur irgendwelche schönen Theorien über die Gleichwertigkeit von Hand- und Kopfarbeit aufstellt. Die Schüler können die Notwendigkeit einer Arbeit einsehen und erkennen, daß sie die erworbenen Kenntnisse gebrauchen können.

Neu eingeführt werden jetzt Erwachsenenunterricht für alle Männer und Frauen, die nicht oder nur wenig schreiben und lesen können. So kommen jeden Tag gegen 16 Uhr Scharen von Frauen und auch einige Männer zum Unterricht in die Schule. Es sind ca. 100 - 150 Menschen. Es ist eine witzige Szene. In den Klassen sitzen die Mütter und lernen, vor der Tür sitzen jede Menge kleine Schwestern, die auf die entsprechenden Babys aufpassen. Wenn Baby schreit, wird es schnell zum Stillen hineinge-

geben, was den Fortgang des Unterricht nicht weiter stört.

Ich glaube, aus dem Bericht geht hervor daß der 'Struggle for Zimbabwe' noch lange nicht zuende ist. In Bondamakara stellt er sich im Augenblick so dar, daß auf der einen Seite die Schüler, die Eltern und überhaupt die Menschen auf dem Lande draußen stehen. Menschen, die in mehr oder weniger ärmlichen Verhältnissen leben und für die Verbesserung ihrer Lebenssituation gekämpft haben oder immer noch kämpfen, indem sie es z.B. schaffen, das Schulgeld aufzubringen (ab 8. Schuljahr) und selbst anfangen, Schulgebäude und ähnliches mehr zu bauen, um ihren Kindern die vom weißen Smith-Regime jahrelang versagte Schulbildung zu ermöglichen. Auf der anderen Seite gibt es einige arrogante Lehrer, die häufig aus der Stadt oder Internatsschulen kommen und sich nie die Hände durch handwerkliche Arbeit dreckig machen würden. Hinzu kommen Erschwerisse durch Natureinflüsse und fehlendes Geld und Material. Ich zeige hier nur die Situation einer kleinen unbekannten Dorfschule auf. Es gibt viel mehr und viel wichtigere Probleme in diesem schönen Land. Aber ich glaube, daß solche kleinen Beispiele aus der Praxis manchmal mehr Verständnis und Einsicht wecken können, als viele umfassenden theoretischen Abhandlungen.

Aufholen oder Überholen? Frauen in Zimbabwe

Susanne Habicht

Eunice Makanya lehnt sich gegen ihren reich gefüllten Obststand und hört mir geduldig, aber mit wachsender Verständnislosigkeit zu. Seit 20 Jahren verkauft sie Obst und Gemüse hier auf dem afrikanischen Markt in Harare, aber von einer Marktfrauen-Kooperative, die es hier geben soll, hat sie noch nie gehört. Sie bezieht ihre Tomaten, Bohnen, Orangen und Äpfel von einem Händler, der sie täglich frisch vom Land holt. Ihre Kolleginnen, die um uns herumstehen, nicken zustimmend. Sie machen es genau so. Woher ich denn von dieser Kooperative wüßte! Ach, aus einer deutschen Zeitung? Die Frauen brechen in herzliches Lachen aus. Papier ist ja geduldig! Eine nach der anderen wenden sie sich wieder ihrer Arbeit zu. Mrs. Makanya, die ihr jüngstes Kind in einem bunten Tuch auf dem Rücken trägt, lächelt mir voller Bedauern zu. Ob sie sonst noch etwas für mich tun könne? Ich bin etwas betreten. Insegeheim hatte ich doch angenommen, diese schönen und selbstbewußten Frauen hätten sich alle längst in einer Frauenkooperative organisiert und die profitgierigen Zwischenhändler damit ausgeschaltet... Habe ich mir wieder einmal ein zu schnelles Bild von der "Frauenbefreiung" in Zimbabwe gemacht?

Nun, die Kooperative, von der ich gelesen hatte, gibt es tatsächlich. Überhaupt tun sich im ganzen Land Frauen zusammen, diskutieren, lernen, planen und experimentieren gemeinsam. Da entstehen Frauenfarmen, Ausbildungszentren, Handwerksprojekte, Selbsthilfegruppen von und für Frauen. Ehemalige Befreiungskämpferinnen lernen ein Handwerk, Mütter bekommen Schreibunterricht, alte Frauen legen Gärten an oder organisieren einen gemeinsamen Laden für Gemüse oder Handarbeiten.

Dringlich: das Recht auf Land

Bei aller Vielfalt der Projekte bleibt doch unbestreitbar, daß auch drei Jahre nach der Unabhängigkeit nur relativ wenige Frauen Nutznießerinnen solcher gemeinschaftlicher Initiativen sind. Die meisten Händlerinnen und Bäuerinnen Zimbabwes arbeiten nach wie vor "in Eigenregie". Insbesondere die Frauen auf dem Land, in den ehemaligen "Stammesgebieten", müssen zusehen, wie sie sich und ihre Familien über die Runden bringen.

Dringlicher als die Frage von Kooperativen ist für sie zunächst, daß sie überhaupt Kontrolle über die Landnutzung erhalten. In den traditionellen Shona- und Ndebele-Gesellschaften besaß jede Frau ein gewisses Stück Land (tseu/ zunde/isivande), das sie nach eigenem Gutdünken bebauen und über dessen Erlös sie frei verfügen konnte. Was sie dort anbaute – Gemüse, Obst, Süßkartoffeln – ergänzte die üblichen Grundnahrungsmittel und sorgte so für eine abwechslungsreiche Ernährung ihrer Familie.

In dem Maße, wie weiße Siedler die besten Böden des Landes an sich rissen und neue Technologien sowie großflächige-

ren Anbau von Marktfrüchten einführen, geriet die afrikanische Landwirtschaft unter Druck. Das Land für die Afrikaner wurde so knapp und das traditionelle Landzuteilungssystem so nachhaltig zerstört, daß in vielen Gegenden Zimbabwes das "Frauenland" heute völlig verschwunden, in anderen zur Bedeutungslosigkeit verkommen ist. Die Folgen: die Frauen haben ein Stück Selbstbestimmungsrecht verloren, viele Familien auf dem Land können sich nicht mehr ausgewogen ernähren und sind außerdem darauf angewiesen, daß der Mann – oder ein anderes Familienmitglied – in der Stadt Geld verdient.

Erbittert sind die Frauen nicht allein darüber, daß sich durch den Fortgang der Männer ihre Arbeitsbelastung vervielfacht hat. Schlimmer ist es, daß ihnen das Land, das sie bearbeiten, nicht gehört. Die Männer können ihnen selbst aus der Stadt noch vorschreiben, was sie anzubauen haben, können den Frauen sogar alles Geld abnehmen, was diese mit dem Verkauf ihrer Ernte verdient haben. Schlimm finden die Frauen auch, daß sie kaum Zugang zu Krediten und Vermarktungskanälen haben, von landwirtschaftlicher Beratung und arbeitssparender Technologie ganz zu schweigen. Eine Frau in Mtoko formuliert, was viele denken: "Wir haben keine Landeigentumsrechte – aber wir brauchen unser eigenes Land. Wir wollen gerne mit Landwirtschaftsberatern zusammenarbeiten und lernen, unsere Anbaumethoden zu verbessern – aber unsere Ehemänner erlauben das nicht. Besäßen wir selber Land, könnte uns niemand daran hindern!"

Als besonders ungerecht schließlich empfinden die Frauen, daß sie von den

Landumverteilungsmaßnahmen der Regierung Mugabe bisher weitgehend ausgeschlossen sind: Antragsformulare dürfen nur Männer ausfüllen – überdies nur Männer, die erwerbstätig sind. Was, so fragen die Frauen, wird aus uns, die wir doch die Hauptarbeit mit der Landwirtschaft haben? Was wird aus uns, wenn das Einkommen des Mannes nicht ausreicht, oder der Mann nicht bereit ist, seiner Familie davon etwas abzugeben?

Enttäuschung und Bitterkeit werden laut: "Warum werden nur die Namen von Männern in das Resettlement-Programm aufgenommen, die Kurse besucht und Qualifikationen erworben haben? Wir Frauen haben auch einige Kurse besucht, aber unsre Namen werden nicht aufgenommen. Das heißt doch wohl, daß wir Frauen nicht zählen bei der Entwicklung Zimbabwes. Wir haben hart gekämpft, um dieses Zimbabwe zu gewinnen, aber es sieht so aus, als ob unsere Regierung das vergessen hat und nicht interessiert ist an den Bedürfnissen und der Entwicklung der Frauen."

Ein Ministerium für Frauenfragen

Von außen betrachtet, läßt sich der Regierung Mugabe mangelndes Bewußtsein in der Frauenfrage hingegen kaum vorhalten: das neu eingerichtete Ministerium für Frauenfragen und Community Development, das von einer jungen ehemaligen Befreiungskämpferin, Mrs. Teurai Ropa Nhongo, geleitet wird, unterliegt gewiß nicht dem Verdacht, eine Alibi-gründung zu sein. Gemeinsam mit anderen Ministerien und Frauenorganisationen hat es bislang eine Reihe von Initiativen und Gesetzesvorlagen zur Besserstellung der Frauen erarbeitet, aber auch praktische Vorhaben unterstützt. Ein wichtiger Schritt war die "Majority Age Bill", die kürzlich vom Parlament verabschiedet wurde und den bisherigen lebenslangen Minderjährigkeits-Status von Frauen aufhob. In Zimbabwe gelten Frauen jetzt ab 18 Jahren als volljährig.

Ein Bericht zur Situation der Frauen in Zimbabwe, den das Ministerium Anfang 1982 der Öffentlichkeit vorstellt, enthält eine Reihe weiterer bemerkenswerter Vorschläge:

Kurzfristig etwa soll Frauen auf dem Land die Arbeit durch Bereitstellung von Technologie, Krediten, Gruppenberatung und Kindergarten erleichtert werden; die Gesundheitssituation soll durch mobile Kliniken in Verbindung mit einem ländlichen Basisgesundheitsdienst, Aufklärung über bessere Ernährung und einem Programm zur Versorgung der Dörfer mit sauberem Wasser verbessert werden. Ebenfalls kurzfristig sollen Kleinprojekte von Frauen unterstützt werden – vorgeschlagen wird etwa, daß Frauen in Kooperativen Ziegel brennen, Häuser bau-

9. Tübinger Festival für AFRIKA



Albrecht Dürer: Die Mohrin Katherina, 1521



Albrecht Dürer: Portrait eines Afrikaners, 1508

gegen Apartheid
und Rassismus
27.-29. Mai
1983

NÄHERE INFORMATIONEN:

Club Voltaire e.V., Haaggasse 26 b

7400 Tübingen, Tel. 07071/21 15 24

en, Kleider und Schuluniformen nähen, ein regionales Transportnetz mit Minibusen aufzubauen.

Längerfristig sollen Landnutzungssysteme neugeregt und angepaßte Technologien entwickelt werden, die der Zubereitung, Verarbeitung und Lagerung von Nahrungsmitteln dienen, die Frauen von immer wiederkehrenden mühsamen Arbeiten entlasten und die Ernährungslage verbessern. Weiterhin sollen alle Gesetze auf die Diskriminierung von Frauen hin überprüft und der Rechtsstatus von Frauen (Besitz- und Erbrecht!) verbessert werden. Durch ein Quotensystem sollen Frauen Zugang zu qualifizierten Berufen erhalten. Moderner Sozialgesetzgebung entnommen sind Vorschläge, einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und getrennte Besteuerung für Ehegatten einzuführen. Generell sollen die Bedürfnisse der Frauen auf allen Ebenen in die nationalen Entwicklungspläne einbezogen werden.

...und die praktischen Schwierigkeiten

Probleme gibt es allerdings mit der Umsetzung dieser Empfehlungen. Da sind hohe Erwartungen der Frauen, besonders der Frauen in den ländlichen Gebieten, die die Hauptlast des Krieges getragen und sich dabei enorm politisiert haben. Geldmangel, Landknappheit und das Fehlen von geschultem Personal für landwirtschaftliche, medizinische und technische Beratung werden von der Regierung

immer wieder als Gründe angeführt, warum keine schnelleren Fortschritte erzielt werden können. Vereinzelt mögen die Hoffnungen der Frauen übertrieben sein – etwa die Vorstellung, daß Kenntnisse im Lesen und Schreiben automatisch das Recht auf einen Bürojob bedeuten –, teilweise haben staatliche Maßnahmen auch ungewollte Nebenwirkungen: so führte beispielsweise die Aufhebung der Schulgeldpflicht dazu, daß heute fast alle Kinder Zimbabwes wenigstens zur Grundschule gehen – aber ihre Mütter klagen nun, daß sie weniger Hilfe bei der Feldarbeit und beim Viehhüten haben und nicht mehr zureckkommen.

Die größten Schwierigkeiten für die "Frauenpolitik" Zimbabwes liegen jedoch nicht in überhöhten persönlichen Erwartungen oder in staatlichen Budgetlücken.

"Nachholende Entwicklung" für Frauen?

Das Land, das heute Zimbabwe heißt, hat in den letzten 90 Jahren einen tiefgreifenden sozialen Wandel durchgemacht. Kolonialismus und Landnahme durch die weißen Siedler, Industrialisierung und Weltmarktproduktion, Plantagenwirtschaft und Wanderarbeit zerstörten die Grundlagen der afrikanischen Gesellschaft, wobei sich die kulturellen Werte sehr viel langsamer veränderten als die Organisation von Staat, Gesellschaft und Ökonomie.





Was jetzt ansteht und durch die Regierung Mugabe offensichtlich auch gefördert werden soll, ist die Anpassung von Werten, Überzeugungen und Leitbildern an den längst vollzogenen gesellschaftlichen Wandel. Enthusiastisch und gleichzeitig behutsam schlägt das Frauenministerium ein regelrechtes "Modernisierungsprogramm" für Frauen vor, das von Gedanken der Menschenrechte und

Ende November 82 diskutierten in Harare Frauen aus den Frontstaaten Strategien zur Verbesserung ihrer Lage.



der bürgerlichen Freiheiten durchzogen ist. (Ein gewisser Weltbankjargon ist in den Formulierungen freilich nicht zu übersehen.) Eine "nachholende Entwicklung" für die zimbabwischen Frauen analog der "nachholenden Industrialisierungsstrategie" für Entwicklungsländer? Die offiziellen Verlautbarungen legen diesen Schluß nahe – auch die Frauenpolitik bewegt sich im Rahmen der Regierungsstrategie "Growth with equity". Die Zeitung "Herald" verglich die zimbabwischen Frauen in einem Artikel zur zweijährigen Unabhängigkeit gar mit einem Auto, das als Langsamstarter nun endlich im höchsten Gang läuft und den Vorsprung schnellerer Wagen aufholt ("Catching up at last – women in top gear", Herald, 17.4.82). Dabei fehlt im Bericht des Frauenministeriums der Rückgriff auf afrikanische Tradition keineswegs. Diskussionen über bezahlten Mutterschaftsurlaub in einer Gesellschaft, in der Frauen beim Tode ihres Kindes noch der Hexerei beschuldigt werden können, verdeutlichen das Ausmaß der geforderten Anpassungsleistungen. Desgleichen die hitzigen öffentlichen Debatten um die Beibehaltung oder Abschaffung von "Lobola": dieses Brautgeld, traditionelles Symbol für die Verbundenheit zweier Familien und gleichzeitig gewisse Entschädigungszahlung an die Brauteltern für den Verlust der töchterlichen Arbeitskraft, wird immer häufiger als "Kaufpreis" für eine Frau miß-

braucht. Mit einem Vorstoß gegen "Lobola" gewann die Regierung zwar Sympathien unter den Männern, die sich z.T. lebenslang verschulden müssen, wenn sie heiraten wollen, brachte aber wider Erwarten zahlreiche Frauen gegen sich auf, die in dem Brautgeld keine Fessel sehen, sondern eine Einrichtung, die ihren persönlichen Status erhöht und sie im Fall des Scheiterns der Ehe materiell absichert.

Was in derartigen Diskussionen mitverhandelt wird, ist nichts weniger als die Frage, wie die persönlichen und familiären Beziehungen der Menschen untereinander künftig geregelt werden sollen, welche Rechte die Frauen besitzen und welche gesellschaftlichen Leitbilder für Frauen es geben darf und soll. Diese kulturellen und ideologischen Klärungsprozesse vollziehen sich stets langsamer und oft nicht weniger schmerhaft als der wirtschaftliche oder politische Wandel, der ihnen vorausgeht und der sie notwendig macht. Gesellschaftlich gültige Antworten auf diese Fragen kann auch keine noch so gutwillige oder fortschrittliche Regierung für das Volk formulieren, sie müssen immer ein Stück weit erkämpft werden. Deshalb dauert das alles so lange mit den Veränderungen, deshalb kommt es auch zu Reibungen zwischen den Betroffenen, in diesem Fall den Frauen, und denen, die eigentlich der Anwalt der Frauen sein wollen. Die zimbabwischen Frauen sind dabei durchaus zu unterstützen, wenn sie die ihnen zustehenden Rechte immer ungeduldiger fordern, wenn sie am gesellschaftlichen Wandel endlich angemessen beteiligt und für erlittene Nachteile entschädigt werden wollen. Für diese Ziele ist das Programm des Frauenministeriums sicherlich hilfreich. Fraglich ist nur, ob das, was die zimbabwischen Frauen eines Tages in dieser Richtung durchsetzen werden, von uns wirklich "Befreiung" genannt werden kann. Auf den Trümmern der alten Gesellschaft entsteht zwar etwas Neues. Aber damit dieses "Neue" für die Menschen tatsächlich Befreiung bedeutet, ist mehr nötig als "nachholende Entwicklung" bisher benachteiligter Gruppen. Frauen in Industriegesellschaften wissen davon ein trauriges Lied zu singen.

Literatur:

Eine Darstellung der rechtlich-sozialen Situation der Frauen in Zimbabwe sowie Auszüge aus der "Lobola"-Diskussion finden sich in den Artikeln von Renate Nestvogel und Renate Giesler in "Entwicklungspolitische Korrespondenz" 4/82, Themenschwerpunktheft Zimbabwe.

Zimbabwe Women's Bureau: We carry a heavy load – rural women speak out. Harare 1981.
Ministry of Community Development and Women's Affairs: Report on the situation of women in Zimbabwe. Harare Feb. 1982

Zimbabwe Netzwerk e.V.

Geschäftsstelle: 4800 Bielefeld, August-Bebel-Str. 62 (Dritte Welt Haus)

Aus dem Selbstdarstellungsprojekt:

“... Das koloniale Erbe stellt Zimbabwe vor Probleme mit enormer Brisanz. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung, aus Armut und Unrecht herauszukommen, ist groß. Das Londoner Abkommen legt der Regierung Fesseln an. Die Wirtschaft befindet sich überwiegend in weißer Hand und in ausländischem Besitz; sie verfolgt eigene Ziele. Das mächtige Nachbarland Südafrika, dessen Unrechtsregime die Frontstaaten wirtschaftlich erpreßt und militärisch überfällt, zielt auf eine Destabilisierung Zimbabwes; es will die Welt und die eigene Bevölkerung von der “Unfähigkeit schwarzer Regierungen” überzeugen.

In dieser Situation braucht Zimbabwe mehr als die übliche politische, wirtschaftliche und publizistische Beachtung eines sogenannten Krisenlandes. Zimbabwe bedarf unserer aktiven Solidarität...”

“Für uns ergibt sich die Notwendigkeit, einen Kreis von Zimbabwe-Freunden zu schaffen, Freunden, die einen langen Atem haben, deren Sympathie nicht im unspektakulären Alltag eines Entwicklungslandes versickern oder sich bei den ersten Enttäuschungen verflüchtigen, Freunden, die entschlossen sind, sich am Aufbau gerechter Verhältnisse im befreiten Zimbabwe zu beteiligen.

Zimbabwe Netzwerk e.V., im September 1982 in Bonn gegründet, knüpft an die Zimbabwe-Solidarität der Zeit vor der Unabhängigkeit an. Inzwischen hat die Zahl derer zugenommen, die sich in Hilfswerken, Medien und Bildungseinrichtungen beruflich mit Zimbabwe befassen oder in Zimbabwe arbeiten. Zimbabwe Netzwerk möchte zwischen diesen ein Netz spannen, durch das bundesdeutsche Beiträge zum Aufbau Zimbabwes wirkungsvoller werden können.

Zimbabwe Netzwerk versteht sich nicht als herkömmlicher Verein oder abgehobenes Koordinierungsgremium. Es will weder in Konkurrenz zu Hilfswerken treten noch Aktionsgruppen absorbieren. Zimbabwe Netzwerk will Zusammenarbeit und gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch organisieren.

Solidarität mit Zimbabwe begreifen wir nicht als blinde Zustimmung. Versuchen, Zimbabwe an einseitigen Wunschvorstellungen zu messen, wollen wir jedoch entgegentreten...”

Aus der Satzung:

§ 1 Zweck des Vereins

“Das Zimbabwe Netzwerk verfolgt die Ziele:

- die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und West Berlin in der Bevölkerung Zimbabwes zu fördern,
- die Bemühungen Zimbabwes zu unterstützen, seine nationale Unabhängigkeit und Blockfreiheit zu schützen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen und eine nicht-rassische und sozial gerechte Gesellschaft zu entwickeln,
- durch Informationen, Publikationen, Öffentlichkeits- und Bildungsveranstaltungen und durch Kulturaustausch bei der Bevölkerung der BRD und West Berlins Verständnis für die Probleme und Ziele Zimbabwes zu wecken,
- den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit von Institutionen und Einzelpersonen (Entwicklungs hilfeorganisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern, Lehrern usw.), die sich für Zimbabwe interessieren und mit Zimbabwe kooperieren, zu vertiefen,
- sich um die Herstellung und die Pflege von Kontakten mit zimbabweschen Partnern zu bemühen,
- Projekte in Zimbabwe zu unterstützen.”

Aus der Arbeit:

Die National Dance Company of Zimbabwe

Die “Expedition ins Innere Deutschlands” der National Dance Company of Zimbabwe stellt die erste große Unternehmung des Zimbabwe Netzwerks dar. Die Expedition bietet die Gelegenheit, auf unterhaltende Art über Kultur, Geschichte und Gegenwart Zimbabwes zu informieren. Gegenseitiges Verständnis und Solidarität mit Zimbabwe können verstärkt werden. Die Vorbereitung durch örtliche Aktionsgruppen und Kulturämter, Begegnungen mit hiesigen 3. Welt- und Kultur-Initiativen sowie die weitgehend private Unterbringung der Truppe begünstigen dies.

Während der Rundreise der Dance Company läuft eine Spendenkampagne für die Nkululeko-Schulform.

Nkululeko-Schulfarm

Die Nkululeko Schulfarm nördlich von Gweru in den Midlands von Zimbabwe wird bereits seit 2 Jahren von verschiedenen Seiten aus der Bundesrepublik unterstützt. Dazu gehören neben Brot

Seminar

“Erziehung mit Produktion-Schulfarmen in Zimbabwe”

Veranstalter:

Zimbabwe Netzwerk/ Brot für die Welt

Zeit: 22. - 24. April 1983

Ort: Haus Annaberg, Bonn-Bad Godesberg

Themen u.a.:

Koloniale Erziehung und ihre Auswirkungen / Was bedeutet “Erziehung mit Produktion” / Wie steht es mit der praktischen Verwirklichung? / Unterstützung aus der Bundesrepublik / Schulpatschaften

Film zum Thema von Meißner/ Koch, Mülheim

Referenten:

Martin Stäbler, Melanie v. Pentz (Lehrerin in Nkululeko), Hans-Martin Große-Oetringhaus.

Vorankündigung:

Zimbabwe-Seminar 14. - 16. Oktober '83, Ev. Akademie Bad Boll

National Dance Company of Zimbabwe

Expedition

ins Innere Deutschlands

vom 25. Mai bis 11. Juni 1983

Programm:

- Tanztheater “Zimbabwe, der Geist der nationalen Befreiung”, dargeboten durch 25 Künstler,
- traditionelle Tänze aus Zimbabwe,
- Chimurenga-Lieder aus dem Befreiungskampf,
- Workshop in Bonn

Veranstaltungsorte:

Köln, Bochum, Bielefeld, Berlin, Hamburg, Bremen, Aachen, Schwäbisch Hall, Frankfurt, Heidelberg, Hannover

für die Welt und der Aktion Solidarische Welt an erster Stelle Afrikafrik Bielefeld, die Zimbabwe Hilfsaktion, Bochum, und das Organisationskomite der Afrika-Solidaritätsgruppe.

Acht dieser Schulfarmen befinden sich z.Zt. im Aufbau. Die erste Aufgabe dieser Schulen war es, die 10.000 ehemaligen Flüchtlingskinder aus Mosambik und Sambia aufzunehmen. Die zweite ist, ein neues Erziehungssystem zu entwickeln und zu erproben. Die Grundidee ist die Gleichgewichtigkeit von Hand- und Kopfarbeit. Das neue System heißt “Erziehung mit Produktion.” Es hat Vorläufer in anderen afrikanischen Län-

dern. Obwohl die Voraussetzungen für ein Gelingen bereits geschaffen sind, bedarf es noch großer Anstrengungen seitens Zimbabwes. Die Solidaritätsbewegung kann durch finanzielle und materielle Hilfe einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg leisten. Die weitere Förderung der Nkululeko Schulfarm wurde daher zu einem Schwerpunkt der Arbeit von Zimbabwe Netzwerk erklärt.

Materielle Hilfe soll in Form von Geräten und Material für Landwirtschaft, Nähen, Holz- und Lederverarbeitung geleistet werden. Bedarfslisten des Planungs- und Verwaltungsgremiums aller Schulfarben, ZIMFEP, liegen vor. Die Zimbabwe Hilfsaktion kann bereits 25 Nähmaschinen und 8 Schreibmaschinen zur Verfügung stellen. Alle oben genannten Gruppen haben beschlossen, ihre Zimbabwe-Unterstützung nur noch über Zimbabwe Netzwerk laufen zu lassen.

Zum Nkululeko-Projekt gibt es Film, Dia-Serie, Schautafeln und Broschüren. Näheres über die Adresse von Zimbabwe Netzwerk.

Frauen-Projekt

Selbsthilfe-Kooperativen im ländlichen Bereich, wie das der Hamamaoko-Frauen

im Chiweshe-Gebiet Zimbabwes, gehören zu der Art von Projekten, die Zimbabwe Netzwerk fördern will. Es handelt sich um 35 Frauen, die durch Gemüseanbau, Weben und Nähen den Lebensstandard ihrer Familien anheben und als Frauen mehr Selbständigkeit erreichen wollen. Die Hamamaoko-Frauen arbeiten mit dem Zimbabwe Women's Bureau, Harare, zusammen, einem Zusammenschluß von Frauen, der Starthilfen und Anleitung gibt.

Die Unterstützung dieses Projektes wurde vor einem halben Jahr vom Organisationskomitee der Afrika-Solidaritätsgruppen begonnen. In Zukunft soll die Hilfe durch Zimbabwe Netzwerk koordiniert werden.

Informationsarbeit

Zu den vordringlichen Aufgaben von Zimbabwe Netzwerk gehört die Informations- und Bildungsarbeit zu Zimbabwe. Ein Informationsdienst, der über die Entwicklungen des Landes berichten und Hinweise auf konkrete Hilfsprojekte bieten soll, wird von der Geschäftsstelle zusammengestellt. Zimbabwe Netzwerk ist bemüht, vielfältiges Material, wie Ton-Dia-Serien, Filme, Rundfunkbeiträ-

ge, Zeitungsausschnitte etc., verfügbar zu machen. Seminare und Veranstaltungen werden nicht nur mit eigenen Referenten und Zimbabwe-Heimkehrern durchgeführt, sondern auch mit zimbabweschen Besuchern in der Bundesrepublik.

Partnerschaften

Seit der Unabhängigkeit haben sich Partnerschaften zwischen deutschen und zimbabweschen Schulen (z.B. in Bielefeld) und Universitäten (z.B. in Aachen) angebahnt. Zimbabwe Netzwerk möchte solche langfristigen Kontakte aktiv unterstützen.

Journalisten-Rundreise

Dienste in Übersee (DÜ) der Ev. Kirche ermöglichte 1982 deutschen Journalisten einen Besuch in Zimbabwe. Im Frühsummer 1983 wird dieselbe Organisation zimbabweschen Journalisten die Gelegenheit gegeben, die Bundesrepublik und West Berlin kennenzulernen. Zimbabwe Netzwerk hat in Absprache mit DÜ einen Teil der inhaltlichen Vorbereitung, die Begegnung mit Dritte-Welt-Journalisten und einen Teil der Betreuung der Journalisten aus Zimbabwe übernommen.

Namibia am 6. März 1983

Folgender Brief erreichte uns aus Namibia. Er schildert die Reaktionen auf die Bundestagswahl im deutschsprachigen Rundfunk und Öffentlichkeit des Landes.

Der Deutsche Dienst im Südwestafrikanischen Rundfunk organisierte am Abend der Wahl zum Deutschen Bundestag eine 4-stündige Rundfunksendung, wie wohl alle Deutschsprachigen im Lande an den Empfängern versammelte. Angeboten wurden Direktberichte aus Bonn, Hamburg und München mit den laufenden Hochrechnungen der Wahlergebnisse, Interviews mit den führenden Politikern und Hintergrundinformationen über die Wahlprogramme und Zielsetzungen der einzelnen Parteien. Im Studio des Deutschen Dienstes stellte sich Prominenz der deutschsprachigen Bevölkerung zur Diskussion: Dr. Weitzel, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger und Konrad Lilenthal als "Chefideologe" der IG. Ein weiteres Mitglied der Diskussionsrunde war Frau v. Linteln, die als Lehrkraft an der Deutschen höheren Privatschule auf Zeit angestellt ist und sich als deutsche Wahlberechtigte und engagierte Sozialdemokratin mit fundierten Sachkenntnissen vorstellte. Zur Teilnahme an dieser Studio-Diskussion per Telefon war die gesamte Zuhörerschaft aufgefordert. Es wurde fleißig davon Gebrauch gemacht.

Euphorie überschwemmte Namibia, als sich in den ersten Hochrechnungen der Medien ein Erfolg der Unionsparteien abzeichnete. Schon sah man Strauß als Außenminister und damit den unbeliebten Genscher weg vom Fenster. Auftrieb verspricht man sich nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für Südwestafrika. Kapital wird hereinkommen, deutsche Investoren werden die auf Talfahrt befindliche Wirtschaft wieder auf die Beine stellen. Und Bonn wird mit Strauß Namibia Entwicklungshilfe leisten schon vor der Unabhängigkeit. Das war der Ton in der hochfliegenden Begeisterung im ganzen Lande, von den Herren im Studio zwar etwas sub-

tiler kommentiert, doch gemeint war dasselbe. Nur zwei, drei vorsichtige Stimmen erinnerten an den NATO-Doppelbeschluß, die Raketenstationierung und die damit verbundene Bedrohung für die deutsche Heimat. Die Warnung ging unter im Taumel der Begeisterung. Ein ehemaliger Kriegsteilnehmer brachte per Telefon seine Zufriedenheit zum Ausdruck und verglich die eben beendete Wahl mit der von 1933. Eine Regionalgruppe der IG prostete aus der Kneipe mit lautem Hochrufen auf den großen Sieg.

Es ist ein tragisches Unvermögen der in Namibia lebenden Deutschen, die Auswirkungen dieser Wahl realistisch einzuschätzen. Für sie ist Strauß der Freund Südwestafrikas; aber er ist auch ein Freund Südafrikas und dessen Rassenpolitik. Und was er als Ministerpräsident des Bundeslandes Bayern versprach, wird er als Außenminister der Bundesrepublik wohl kaum verwirklichen können. Als solcher ist er anderen Prioritäten verantwortlich und Namibia ist nicht der Nabel der Welt. Man wird es erleben.

Dies meinte wohl auch Pik Botha, Südafrikas Außenminister, als er in einem ersten Kommentar zum Ausgang der Wahl warnte, "man solle den Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland nicht überschätzen. Südafrika sei nach wie vor in der Lage und auch gewillt, seine Probleme, besonders das Problem Namibia, selbst zu lösen." Also kein Grund zu Euphorie.

Ich bin eine Frau und lebe in Namibia. Über den Erfolg der Unionsparteien bin ich nicht erfreut. Wäre ich wahlberechtigt, was ich wegen des Daueraufenthalts in Südafrika und trotz meiner deutschen Staatsangehörigkeit nicht bin, hätte ich die Grünen gewählt, als Alternative und aus Überzeugung. Ich hätte den hier und anderswo als "Spinner" und "Chäoten" abqualifizierten Menschen meine Stimme gegeben. Daß sie in den Bundestag einziehen werden, ist mein Grund zur Freude. Übrigens – ganz alleine stehe ich damit in Namibia nicht.

M.W. (Windhoek)

zeitschriftenschau

AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 3/1983

Vor dem Delhi-Gipfel der Nichtpaktgebundenen + Nikaragua: "No pasaran" + Deklaration von Managua + Der Fall der Miskitos + El Salvador: Die FMLN auf dem Vormarsch + Bei der salvadorianischen Guerilla im kontrollierten Gebiet + Mittelamerika: Koordinierungsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika + Israel: Waffengehilfe der USA in Mittelamerika + Argentinien: Der "Marsch für die Demokratie" + China: Neue Trends in der chinesischen Außenpolitik + Die Afrikatournee des Zhao Ziyang + Südkorea: Das Diktaturregime wird beschleunigt aufgerüstet + Mosambik: Innerer Wandel unter äusserem Druck. Zur Diskussion um "Befreiungsbewegungen an der Macht" (2) + Kultur: "Yol" – der rebellische Weg des Yilmaz Güney + Bundesrepublik - Dritte Welt: Wahlprüfsteine 1983 zur Entwicklungspolitik + Karl Marx und die Dritte Welt + Rezessionen: Neuerscheinungen zum Südlichen Afrika

Preis 2,50 DM, Abo 25,- DM

Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

blätter des iz3w, Nr. 108, März 1983

Afghanistan: Widerstand im Wandel + Der Itaipu-Stausee + Israel: Der Bericht der Untersuchungskommission zu den Massakern + Ausländer in der BRD – Keine Chance für Bewerber aus der Dritten Welt + Ausländer (-verdrängungs-)politik – Ausländer 'raus aus Nigeria + Der "Leuchtende Pfad" in Peru + Kupferbergbau in Papua Neuguinea

Preis: DM 5,-, Abo DM 40,-

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Mosambik-Rundbrief

Der Mosambik-Rundbrief erscheint vierteljährlich und enthält aktuelle Informationen und Berichte über Mosambik:

- Zusammenstellung von Berichten in- und ausländischer Zeitschriften
- Beiträge von Kooperanten, die in Mosambik arbeiten
- Informationen über das Kooperantenprogramm
- Informationen über Solidaritätsgruppen und -aktionen in der BRD

An den
Koordinationskreis Mosambik
Helmut Suttor
c/o Knoblauch
Mainluststr. 4
6000 Frankfurt

Ich bin interessiert an:
● Probeexemplar des Mosambik-Rundbriefs
● Jahres-Abo des Mosambik-Rundbriefs (DM 10,-)
● Informationen über das Kooperantenprogramm

Hans-Martin Große-Oetringhaus

Jeder ein Lehrer Jeder ein Schüler Emanzipatorisches Lernen in Afrika

Noch immer ist die neo-koloniale Bildung in vielen afrikanischen Ländern zu sehr an europäischen Lehrinhalten orientiert. Darum baut sie keine Unterentwicklung ab, sie verstärkt sie stattdessen.

Es gibt aber auch Ansätze, in denen Afrikaner versuchen, Bildung als Motor für gesellschaftliche Emanzipation anzusehen. Sie versuchen das alte, von den Metropolen überbestülpste Bildungssystem abzuschütteln und ein 'emanzipatorisches Lernen' dagegenzusetzen, das sich an ihren eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen orientiert.

An allen Beispielen wird deutlich, daß 'emanzipatorisches Lernen' nicht nur in der Schule stattfindet, sondern überall dort, wo die Menschen begonnen haben, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, wo sie begonnen haben, sich zu befreien.

300 Seiten; zahlreiche Karten, Fotos und Schaubilder; 24,- DM

Zu bestellen bei: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Ila-info Nr. 64, März 1983

Costa Rica: Gescheitertes Entwicklungsmodell und Abbröckeln der demokratischen Fassade + Papstbesuch und Kirchenverfolgung in Mittelamerika: Grenada: Frauenkonferenz + Peru: Die parlamentarische Linke und "Sendero Luminoso" + Brasilien: Der Genosse Bürgermeister von Diadema + Ländernachrichten + Gespräche mit dem Präsidenten der honduranischen Menschenrechtskommission zur wachsenden Repression in Honduras + Zu den "Wahlprüfsteinen 1983 zur Entwicklungspolitik" + Kommentar zur Wahl in der BRD: Wahlergebnisse: Kardinal Höfner schließt Bonner Studentengemeinde + Paraguay: Bald Farmland für die Bundesregierung? + Agro-Business in Brasilien + Gründung der Landes-AG "Ökologie und Dritte Welt" der Grünen + Hungertote in mexikanischen Elendslagern + Die Bundesregierung setzt auf Rios Montt + Seminar "Dritte Welt und Frieden" – Eine Bilanz

Preis: 2,50 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Nachrichten, März 1983

Mittelamerika: Die Papstreise + El Salvador: Grund zum Optimismus? + Honduras: Stagnierende Agrarreform und Verfolgung der Campesinos + Nicaragua: Demokratie in den

Massenorganisationen + Mexiko/Guatemala: Korruption und Terror in den Flüchtlingslagern + Jamaika: Rückblick + Kolumbien: Interview mit der Vertreterin der M-19 in Europa + MAS - eine paramilitärische Organisation + Peru: Sendero Luminoso

Preis: Abo DM 40,-

Bezug: Lateinamerika-Nachrichten c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

Einladung

zum 2. Internationalen Workcamp
des Südafrika-Stipendienfonds e.V.,
74 Tübingen, Postfach 2331 (BRD)

Ort: 2211 Lütjenwestedt/Schleswig-Holstein (BRD)

Zeit: 1. - 14. August 1983

Sprachen: Deutsch und Englisch
Ziele:

- a) Sortieren, verpacken und verschicken von diversen Materialien für südafrikanische Flüchtlinge in Afrika
- b) Arbeit zu folgenden Themen: Rassismus, Apartheid, 3. Reich und Ausländerfeindlichkeit
- c) Gegenseitiger Austausch der Erfahrungen der Anti-Apartheid- bzw. Südafrika-Solidaritätsarbeit
- d) Internationale Begegnung
- c) gemeinsame Freizeit

Kosten: 300,- DM für Verdienende, 150,- DM für Nichtverdienende

Anmeldeschluß: 31. Mai 1983

Anmeldeformulare und genaue Beschreibung des Workcamps sind anzufordern beim Südafrika-Stipendienfonds e.V.

Paraguay-Rundbrief Nr. 40/Februar 83

Schwerpunktthema: Stroessner: Siebente Amtsperiode? + Weitere Themen: Waffenhilfe für Diktator Stroessner + Wahlen a la Paraguay: Die 6. Wiederwahl A. Stroessners 1983 + Gejagte Jäger – Hinweise auf eine Ausstellung + Gespräch mit Umberto Rubin anlässlich des Verbots, Fernsehsendungen über Behinderte auszustrahlen + Über die Situation der Behinderten in Paraguay + Ökologisches Ungleichgewicht in Paraguay + Dissertationen über Paraguay

Preis: 2,50 DM/Abo: 15,- DM

Bezug: Paraguay Rundbrief, Inge Gräfe, Sandbergstraße 45, 6100 Darmstadt

Solidarität Nr. 76, März 1983

Krise der Militärs in Lateinamerika (Chile, Brasilien, Peru) + PLO zwischen Flexibilität und Kompromissen + Nigerianische Fremdarbeiterpolitik a la Suisse? + Lange Problemliste für die Blockfreien in New Delhi + "Wildnis und Zivilisation" am Baseler Theater

Preis SFr 2.50

Bezug: Skaal, Postfach 2009, CH 4001 Basel